

diskus 3





DKP Presse- politik

Der diskus druckt auszugsweise eine Erklärung der bisherigen Mehrheitsfraktion der SOPO

In den letzten Jahren sind mehrere Zeitschriften, die von nichtrevisionistischen Gruppen gegründet und aufgebaut wurden, in die Hände von revisionistischen und sektiererischen Gruppen gefallen. Erinnert sei an „Kürbiskern“, „Extradiens“, „Argument“ – heute alle SEW/DKP – und an die „RPK“ – heute KPD/AO. Die dabei verwendeten Methoden gleichen einander: Berufung auf bürgerliches Recht; z. T. in Verbindung mit politischen Putschaktionen.

Die in der SOPO Redaktionskonferenz seit Ende letzten Jahres stattfindenden Auseinandersetzungen um die Bestimmung des Inhalts und der politischen Linie der Zeitschrift, ihr Verhältnis zu den Parteaufbauorganisationen in Westberlin und zu den im Proletariat und an der Hochschule arbeitenden studentischen Gruppen in Westdeutschland ist durch die Usurpation der Zeitschrift durch das Redaktionskollektiv auf dem Wege der Gründung einer GmbH „Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik“ abgebrochen worden. Mit diesem Schritt versucht das Redaktionskollektiv sich das alleinige Eigentumsrecht und die Verfügungsgewalt über die Zeitschrift auf bürgerlich-rechtlichem Wege zuzuschaffen, um auf diese Weise die „planmäßig vollzogene Instrumentalisierung der Zeitschrift im Vorfeld der kommunistischen Partei“ (sprich SEW-DKP) zu sichern. Das Redaktionskollektiv erklärte gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der Redaktionskonferenz, welche bisher den Inhalt der Zeitschrift nahezu 100prozentig bestimmte; für beendet, behielt sich allerdings vor, weiterhin solchen Gruppen aus der Redaktionskonferenz die Zusammenarbeit anzubieten, welche bereit sind, auf seine Linie zu gehen, auf eine Linie, welche vom Redaktionskollektiv im Sinne der oben zitierten Äußerung festgelegt wird. Die Linienbestimmung erfolgt auf der Grundlage einer liquidatorischen Stellung zur gesamten Studentenrevolte und den ihr folgenden Organisationsversuchen. Eine nichtrevisionistische Linie der Zeitschrift, welche in den politischen Auseinandersetzungen seit Ende des Jahres mehrheitlich von der Redaktionskonferenz angestrebt wurde, und welche schon

vorher den politischen Inhalt der Zeitschrift bestimmte, erscheint dem Redaktionskollektiv als nichts anderes, denn ein „ideologisches Abfallprodukt der Intellektuellenbewegung“, als „prinzipienloser Eklektizismus der bisherigen Ausgaben“ mit dem jetzt „Schluß gemacht“ werden müsse, da es nicht „Aufgabe einer Zeitschrift wie der der SOPO“ sei, „Tummelplatz sektiererischer Aktivitäten zu werden“. In solch forscher Redeweise seine eigene Genese und die der Zeitschrift negierend, kann es dem Redaktionskollektiv nur noch darum gehen, sich und der Zeitschrift „unumwunden die proletarische Anschauungsweise anzueignen“, welche es in den nach seiner Meinung „im Proletariat verankerten kommunistischen Organisationen SEW und DKP“ entdeckt hat. (Sämtliche Zitate aus der Stellungnahme des Redaktionskollektivs zur gegenwärtigen Situation und Entwicklung der SOPO).

Wir gehen im Gegensatz zum Redaktionskollektiv nicht davon aus, daß die DKP-SEW heute im Proletariat verankert ist und die proletarische Klassenkampfbewegung repräsentiert. Ihre Taktik, Wahlkämpfe als Schwerpunkte der politischen Aktivität zu sehen; die nach wie vor geringe Verankerung aktiver Arbeiterkader in den Betrieben; die Einflußlosigkeit von Betriebskadern innerhalb der Partei; das in der Regel opportunistische Verhalten gegenüber dem Gewerkschaftsapparat: all diese Merkmale der gegenwärtigen DKP-SEW widerlegen die Behauptung, diese Partei sei im Proletariat verankert. Was das Verhältnis von Theorie und Strategiebestimmung angeht, so hat die DKP-SEW gegenüber den studentischen Parteaufbauorganisationen allerdings einen Vorsprung. Während diese ihre Strategiebestimmung z. T. ohne jede Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe unbezogen den Klassikern und der Vergangenheit der Arbeiterbewegung entnehmen, z. T. aus einer äußerst bruchstückhaften Analyse, kann die DKP-SEW auf eine scheinbar konsistente Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verweisen und behaupten, ihre politische Strategie und Taktik basiere auf dem wissenschaftlichen Sozialismus. Doch diese Theorie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die Marxsche Form der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft auf weite Strecken beiseite geschoben hat. Statt die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe aus den Bewegungsgesetzen und inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegsphase abzuleiten, geht die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus von den empirischen Erscheinungsformen des Verhältnisses von Staatsgewalt zu Großkonzernen aus, und leitet daraus ganz neue Qualitäten des Kapital-

verhältnisses sowie der politischen Strategie ab, wobei sie sich selbst bei dieser Ableitung häufig noch in Widersprüche verwickelt. Dem entspricht eine weitgehende Unfähigkeit zur Prognose über die Entwicklung der Klassenkämpfe, welche einer Analyse der Situation des Kapitals auf Weltmarktebene und seiner zukünftigen Tendenzen bedürfte. Sie ist unfähig, Inhalt und Bewegungsrichtung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital zu bestimmen und damit auch unfähig, Inhalt und Intensität der spontanen Kämpfe des Proletariats einzuschätzen. Entsprechend besteht die politische Praxis der kommunistischen Parteien Westeuropas darin, den spontanen Klassenkämpfen hinterherzuhinken oder sie zu behindern.

Für ein Arbeitsprogramm sind (von der ausgebooteten Mehrheitsfraktion – Anmerk. durch diskus) folgende Schwerpunkte beschlossen worden:

1. Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
2. Analyse der Gewerkschaften, Taktik kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Auseinandersetzung mit der Bestimmung der Rolle der Gewerkschaften bei den Parteaufbauorganisationen.
3. Gegenwärtige Phase des BRD-Kapitals (Wirtschaftskrise?). Spontanes Klassenbewußtsein des Proletariats unter den allgemeinen Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus und den besonderen Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD.
4. Aufarbeitung der Studentenbewegung.
5. Theoretische und empirische Analyse der Übergangsgesellschaften.
6. Entwicklung des Kapitals auf Weltmarktebene, Imperialismus und Unterentwicklung. (Die Punkte 4–6 sollen vor allem im nächsten Jahr Arbeitsschwerpunkte bilden.) Dabei ist anzustreben, daß die SOPO bzw. ihre Nachfolgezeitschrift kollektiver Organisator marxistischer Forschungsarbeiten wird, indem sie Arbeitsaufgaben formuliert, Prioritäten vorschlägt und Arbeiten initiiert; dies soll in Zusammenarbeit mit im Proletariat arbeitenden Zirkeln der BRD und Westberlin erfolgen.

Ein Schwerpunktthema zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und eines zur Gewerkschaftsfrage sind geplant. Zu diesen beiden Heften sollen Arbeitskonferenzen im Mai und im Juli dieses Jahres stattfinden.

Mehrheitsfraktion der Redaktionskonferenz der Sozialistischen Politik:
Elmar Altwater, Gerhard Armanski, Hans-Dieter Bahr, Bernhard Blanke, Klaus Busch, Helga Faßbinder, Dietrich Haensch, Hans-Dieter Heilmann, Eckhard Hildebrandt, Jürgen Hoffmann, Ulrich Huttenlocher, Wolfgang Müller, Christel Neusüß, Susanne Piening, Bernd Rabehl, Martin Reimann, Lothar Riehn, Holger Rohrbach, Willi Semmler, Rudi Schmidt, Wolfgang Schöller, Frank Unger, Dieter Schütte.



DDR- Dramatik

Einem naiven Verständnis zufolge führt die Abschaffung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel schon zur Befreiung des Menschen von allen Zwängen. Wie die Erfahrung zeigt, hat auch das Vaterland aller Werktätigen Bedingungen geschaffen, die die Künstler den restriktiven Forderungen der Bürokratie unterwerfen. Wie Alexander Rauch zeigt, haben Brecht und seine Schüler Probleme angesprochen, die im offiziellen Optimismus des Regimes nicht existieren. Brecht und seine Schüler fühlen sich einer sozialistischen Gesellschaft verpflichtet, die sich selbst und ihre Probleme kritisch reflektiert. Das Händeklatschen der Hofliteraten und Kulturfunktionäre stalinistischer Provinienz schafft ein Klima, das die Kritiker zu Randfiguren stempelt. Alexander Rauch diskutiert die Intentionen von Sozialisten, für die der sozialistische Realismus obsolet ist.

Seite 6

Bloody Mama (SPD)

Die erwartete Härte der Bundestagswahl 1973 wirft in der Vorbereitung der SPD ihre Schatten voraus. Während die inneren Reformen den Kapitalinteressen nach Export und Wachstum zum Opfer fallen, wird die innere Reform der SPD selbst, ihrer Parteiorganisation, mit außerordentlicher Gründlichkeit betrieben. Die Referententwürfe zur Partei-„Reform“ zielen auf eine Zentralisierung der SPD-internen Presse und Disziplinierung der unteren Parteigliederungen ab.

Seite 11



Die Schwarz- Weiß-Rote Zunft

Die Probleme, denen ein Student angesichts ordinarialer Jugendweihen priesterhafter Historiker sich gegenüber sieht, werden von dem Hamburger Professor E. Geiss aufgegriffen. Gemeint sind zwei Hauptmängel bürgerlicher Geschichtswissenschaft: die Heroisierung von Einzelpersonen als zentrale Faktoren geschichtlicher Ereignisse und die nationalistische Vernebelung der Vergangenheit oder deutschnationale Nabelschau. Zur Reform der Studiengänge für Historiker schlägt Geiss die systematische Beschäftigung mit Wirtschafts- und Sozialgeschichte und eine Entprovinzialisierung des Lehrstoffs vor, so daß die gegenwärtigen internationalen Konflikte (Nahost, Pakistan, Südafrika...) nicht ohne historische Voraussetzungen und unverstänlich bleiben.

Seite 14

Fachbereiche

In Anbetracht der Fachbereichswahlen sollen in diesem Heft Probleme verschiedener Fachbereiche angesprochen werden. Für die Sozialwissenschaftler stellt sich das Problem des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, worauf Christian Strohbach eingeht. Die SOHOG und Teile der WiSo-Fachschaft legen ein Programm eines sozialwissenschaftlichen Eingangstudiums für Wirtschaftswissenschaftler vor. Der Fachbereichsschwerpunkt über Historiker wird mit zwei Beiträgen von Geiss und Beckermann fortgesetzt. Des weiteren werden Schwierigkeiten angesprochen, die sich einer modernen Sprachwissenschaft stellen.

Seiten 16, 20 und 28



Geschichts- wissenschaft

Was ein wissenschaftstheoretisch hilfloser Historiker derzeit von einem wissenschaftstheoretisch orientierten Philosophen erfahren kann, hat A. Beckermann nachfolgend notiert. Dergestalt klar formuliert, ist das neu und notwendig. Freilich läßt sich eine am forschungslogischen Modell der Physik orientierte Wissenschaftstheorie der Geschichte für die Bedürfnisse aufzuklärender Historiker noch konkretisieren, um die Konstruktion von Geschichte allein im Bereich von Einsicht („Geistesgeschichte“) zu ersetzen. Für Studenten wird wichtig, daß sie bei ihrer häufigen Reaktionsbildung Marxismus nicht verharren und diese Propädeutik zur Kritikfähigkeit nicht vergessen.

Seite 17

CDU- Konser- vativismus

Daß die jüngsten Aktionen der Basisgruppe Zinsfuß nicht unreflektierter Putschismus sondern Ausfluß einer gesicherten Gesellschaftstheorie sind, beweist uns Dreggers Intim-Ideologe Dietmar Bauer, dessen Vision die fortgeschrittenste Position der christlich-theoretischen Diskussion umreißt. Die diskus-Redaktion wünscht gute Unterhaltung.

Seite 30



BRD- Klassen- konflikt

Zur Bekämpfung der gegenwärtigen Preissteigerungswelle scheint der SPD-Regierung nicht mehr einzufallen als die traditionalistische, stabilitätsorientierte Konjunkturpolitik nach CDU-Muster, von der sie allerdings die erklärte Absicht trennt, keine Arbeitslosigkeit zuzulassen. Die Fragen der Konjunktursteuerung und der Finanzierung der inneren Reformen sind von klassenpolitischer Relevanz und nicht technokratische Probleme, insbesondere, wenn öffentliche Ausgaben als technokratisches Steuerungsmittel behandelt werden. Der IG-Metall-Vertreter H. Hinz liefert in diesem Zusammenhang eine detaillierte Begründung der Forderung nach Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.

Seite 24



diskussion	4			diskus frankfurter Studentenzeitung 6 Frankfurt am Main Jügelstraße 1 Telefon 7 98 31 88
Hochschulpolitik	16	Sprachverwirrung	Beate Barsch	Herausgeber Veit Feger, Ulrich Möllenstedt, Konrad Schacht, Lutz Unterseher
	21	AfE: Integration in den sozialwissenschaftlichen Fachbereich. Dargestellt am gesellschaftswissenschaft- lichen Fachbereich der Universität Frankfurt	Christian Strohbach	Verlagsleiter H. Heinz Funke
	28	Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft – Erfahrungen beim Versuch der Operationalisierung und Durchsetzung eines Konzepts zur Reform des ökonomischen Studiums an der WiSo	SOHOG-WiSo	Geschäftsführender Redakteur Bernd Grass (verantwortlich) Wolfgang Bertelsmeier
DDR	6	Sozialistisches Drama im Honeckerland	Alexander Rauch	Redaktion Manfred Murck, Arno Müller Wolfgang Bertelsmeier
Parteien	11	Bloody Mama (SPD)	Renate May	Gestaltung/Produktion Lothar Leßmann, Eduard Wolczak
	1	DKP Pressepolitik	Elmar Altvater u. a.	Anzeigen/Vertrieb H. Heinz Funke
Geschichtswissenschaft	14	Die Schwarz-Weiß-Rote Zunft	Immanuel Geiss	Druck Buch- und Verlagsdruckerei Paul Nack, 645 Hanau, Hammerstraße 9
	17	Erklärung in den Geschichts- wissenschaften	A. Beckermann	Auflage 15 000
Medizin	12	z. B.: Hans Mausbach (Opfer ärztlicher Ideologie)	Michael Krawinkel	Erscheinungsweise 8mal im Jahr
Justiz	23	Bundesarbeitsgericht	Lutz Unterseher	Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gekennzeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Gewerkschaften	24	Konjunktur und Klassenkonflikt in der BRD	Horst Hinz	Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Erlaubnis der Redaktion. Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe. Unverlangt eingesandte Besprechungs- exemplare werden nicht zurückgegeben.
Gesellschaftstheorie	30	Grundlagen des modernen Konservatismus	Dietmar Bauer	Gerichtsstand Frankfurt am Main
Organisationen	32	Amnesty International 1961–1971	Wolfgang Faix, Jürgen Fay, Barbara Thür	

Dialektik und Logik

Im diskus 2/1971 erschien die Entgegnung eines Dr. Steigerwald zu dem Artikel von Tegmeier und Bühler aus dem diskus 4/1970. Seine Schrift war ein Versuch von der eigentlichen Kritik an der marxistischen Erkenntnistheorie abzulenken, durch Fragen wie: „Wo haben wir denn behauptet auf dem Boden des Induktivismus zu stehen? ... oder eine gegenüber den anderen wissenschaftlichen Verfahren völlig selbständige Methode begründet zu haben?“ Eine eigentliche Sachkritik findet nicht statt, dafür wird auf diverse DDR-Literatur verwiesen, die nach Ansicht des Dr. Steigerwald die Kritiker am Marxismus eines Besseren belehrt. Es wird daher notwendig sein, die entscheidenden methodologischen und inhaltlichen Einwände zu wiederholen.

Laut Zeleny sei Marxens dialektische Entwicklung eine „strukturell-genetische Analyse sui generis“. Sie drücke: „... in konzentrischer Weise die immanente Natur des untersuchten Gegenstandes aus ... sie hängt also von einer neuen Konzeption der ontologischen Struktur der Wirklichkeit ab“ (1).

Mit anderen Worten, die marxistische Erkenntnistheorie ist genau deswegen richtig, weil das Wesen der Methode genau dem Wesen des Erkenntnisgegenstandes entspricht. Methode ist, sehr richtig, Dialektik. Iljenkow drückt das sehr genau aus: „Das Objekt ist so beschaffen, daß ihm nur eine solche Tätigkeitsform des Bewußtseins entspricht und nicht irgend eine andere; es ist so beschaffen, daß es im Bewußtsein nur durch diesen Vorgang reflektiert werden kann“ (2).

„Man muß beim Einmaligen nur festzuhalten wissen, nicht was die Einmaligkeit und Besonderheit des Falles konstituiert, sondern seine Allgemeinheit“ (3).

Das ist die Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten, sie ist völlig unbegründet! Denn sie wäre dann und nur dann richtig, wenn die Erkenntnistheorie mit dem Wesen des Seins identisch wäre. Die marxistische Methode kann sich jedoch nicht selbst begründen, da sie das Sein nur unter ihrem eigenen Gesichtspunkt untersucht, sie betrachtet das zu Beweisende schon in ihrem Beweis als wahr. Das ist aber ziemlich der größte, logische Fehler! Hier hilft auch nicht der Hinweis auf die, ebenso dieser „petitio principii“, unterliegenden dialektischen Logik. Die Begründung der dialektischen Logik soll darin liegen, daß die Bewegung selbst ein Widerspruch ist; ein Punkt soll zur gleichen Zeit an demselben Ort sein und nicht sein. Hebt man aber die Kontinuität der Bewegung auf, muß man auch die Kontinuität der Zeit aufheben, teilt man aber die Linie der Bewegung in Punkte auf, dann muß man auch die Kontinuität der Bewegung aufheben, dann entspricht aber jedem Punkt der Bahn je eine besondere Lage des Körpers, in beiden Fällen ist also kein logischer Widerspruch in der Bewegung (4).

Damit wäre aber nur bewiesen, daß die marxistische Methode unbegründet ist, und von sich selbst aus unbegründbar. Alles hängt davon ab, ob es eine Dialektik der Natur gibt, durch die sie sich allein begründen könnte. Eine induktive Begründung führt zu einem zweifach unendlichen Regreß; denn die Verifikation der Behauptung könnte nur dann erfolgen, wenn alle Einzelereignisse empirisch festgestellt und als in Einklang mit der Behauptung stehend befunden würden, schriebe man der induzierten Behauptung auch nur Wahrscheinlichkeit

zu, dann könnte dieses nur auf Grund des induktiven Systems sein, das wiederum nur induktiv begründbar ist. Man könnte aber immer noch mit der Möglichkeit einer nicht beweisbaren Dialektik der Natur argumentieren, diese ist aber ebenso auszuschließen, denn Dialektik als Bewegungsform des Materiellen ist unmöglich.

Dialektik als ontologischer Vorgang ist dann und nur dann möglich, wenn bei gleichzeitiger Priorität des Geistes vor der Materie beide identisch sind. Denn nur als Denkakt ist die Voraussetzung der Dialektik, die Identität von Sein und Nichts, möglich. Der Grundschrift der Dialektik, daß das eigentlich Positive das Negative seiner selbst hervorbringt, das Negative also im Positiven essentiell ist, dadurch sich aber aufhebt und fortschreitet, ist auf der materiellen Ebene undenkbar, da es die Annahme einer inneren Negativität des Seins, ein reales Nichtsein also voraussetzen würde. Ebenso sind die für die Dialektik erforderlichen kontradiktorischen Gegensätze im materiellen Sein unaufzeigbar. Aus diesem Grund läßt hier (5) G. Klaus, der von Dr. Steigerwald so empfohlen wird, die kontradiktorischen Gegensätze sich in konträre verwandeln, die nach der Weise des „Kampfes der Gegensätze“ den gewünschten Erfolg bringen sollen. Damit wird aber das Mittel der Dialektik aufgegeben, das allein einen qualitativen Sprung erklärt.

Kämpfende Gegensätze, positive Bestimmtheiten also, können jedoch qualitativen Wechsel nicht erklären, da in dem Ergebnis einer Kausalbewegung qualitativ nicht mehr liegt, als schon qualitativ in den Wirkursachen vorhanden ist. Dasselbe gilt für die sogenannte „Dialektik“ zwischen Mensch und Natur, denn sie muß sich bewähren in ihrer ontologischen Anwendbarkeit. Ist sie Dialektik im eigentlichen Sinn, also Selbstbewegung aus sich selbst, dann ist sie als Realdialektik wertlos, ist sie Dialektik im uneigentlichen Sinn, Kampf positiver Bestimmtheiten, mithin Kausalbewegung, dann erklärt sie nur Einflüsse der Natur auf

den Menschen, die den Qualitätsunterschied zwischen diesen Seinsstufen nicht überschreitet, und vermag überhaupt, nicht die Entstehung der verschiedenen Seinsstufen, oder marxistisch gesprochen, die Entstehung der qualitativ verschiedenen Seinsstufen der Materie (anorganische Materie, organische Materie, Denken als Bewußtseinsform der Materie) zu erklären.

Ebenso ist und bleibt, trotz der Verschleierungstaktik des Dr. Steigerwald, das Prinzip der Praxis, als Kriterium der Wahrheit, erkenntnistheoretisch wertlos. Um nämlich die Überprüfung der bezweckten Übereinstimmung von Urteil und richtigem Sachverhalt durchführen zu können, wäre ein Urteil über das ursprünglich gefällte Urteil und ein weiteres Urteil über den Sachverhalt erforderlich, zwischen welchen dann der Vergleich stattzufinden hätte, usw. ad infinitum.

Die marxistische Erkenntnistheorie erfüllt weder inhaltlich noch methodisch die geringsten Erfordernisse der Rationalität.

Konrad Wiedemann

Literatur:

- Ogiermann, Materialistische Dialektik, München 1958, Slegmüller, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie, Band I und II, Berlin 1970.
1) Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt 1970, S. 76/77.
2) s. o., S. 110.
3) s. o., S. 113.
4) K. Ajdukiewicz, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 4 (1956), S. 318 ff., A. Schaff, s. o., S. 338 ff.
5) G. Klaus, Jesuiten - Gott - Materie, 1957, S. 297.

Ermordung der Theorie?

Lieber Herr Heidemann, ich habe mich in den letzten Jahren daran gewöhnt, in der studentischen Publizistik Aufhänger oder Gegenstand der Agitation zu sein; daher freue ich mich über Ihre sachliche Argumentation. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich mich zu einer Berufung nicht äußern konnte, bevor sie ausgesprochen war. Das ist inzwischen geschehen. Soweit ich jetzt sehen kann, werde ich im September meine Tätigkeit als Direktor an dem Starnberger Max-Planck-Institut, das bisher von Carl Friedrich von Weizsäcker alleine geleitet worden ist, aufnehmen. Gerne komme ich Ihrer Aufforderung nach, vor meinen Studenten diesen Entschluß zu rechtfertigen.

Natürlich gibt es viele und gute Gründe, die auch gegen meinen Entschluß sprechen. Zu diesen Gründen gehört vor allem die Reform der hessischen Hochschulen, die jetzt in Gang gekommen ist. Im Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Ländern halte ich das Hessische Hochschulgesetz, bei allen offensichtlichen Mängeln, immer noch für das beste. Mit der von Ihnen befürchteten „Signalwirkung in der Öffentlichkeit“ rechne ich nicht, da einer privaten Entscheidung kaum ein solches Gewicht beigemessen werden dürfte; käme ihr aber eine Indikatorfunktion zu, dann könnte meine Entscheidung allenfalls auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, daß nach der längst überfälligen egalitären Neuordnung der Lehrkörperstruktur nun auch die Möglichkeit für eine funktionale Differenzierung der Tätigkeit der Hochschullehrer nach Schwerpunkten in Lehre, Forschung und Verwaltung eingeräumt werden muß. Sonst werden die forschungsintensiven Bereiche in der neuen überwiegend

ausbildungsorientierten Hochschule austrocknen müssen.

Das Gerücht, das Sie erwähnen: ich befürchtete, daß der künftige Fachbereich meine Forschungsmittel beschneiden würde, hat etwas Rührendes. Während meiner zehnjährigen Tätigkeit an der Hochschule habe ich über keinen Pfennig dieser Art verfügt. Wenn wirklich einmal eine Gruppe von Diplomanden eine kleine empirische Untersuchung durchgeführt hat und einen Teil der Unkosten nicht selber tragen konnte, haben wir dafür Geld aus den Honoraren für „Student und Politik“ in Anspruch genommen. Die einzige größere empirische Untersuchung unseres Seminars, die Dr. Oevermann leitet, wird (über das Berliner Institut für Bildungsforschung) von der Max-Planck-Gesellschaft finanziert. In diesem Zusammenhang will ich von dem finanziell ohnehin beengten Institut für Sozialforschung nicht sprechen; für mich hat zudem niemals die Möglichkeit bestanden, mit den Mitarbeitern in das Institut einzutreten, mit denen ich kooperieren möchte.

Auf der anderen Seite hat die Max - Planck - Gesellschaft meinen Mitarbeitern und mir, in Kenntnis unserer Forschungsabsichten, großzügige Ressourcen zur Verfügung gestellt. Wir haben die Absicht, Komplexe zu bearbeiten, die politisch bequeme Informationen kaum erwarten lassen: dabei handelt es sich unter anderem um Fragen, die sich auf Grenzen der administrativen Konfliktregelung, auf Determinanten der staatlichen Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik und auf Entstehungsbedingungen neuer Apathie- und Konfliktpotentiale beziehen. Selbstverständlich werden wir über die Wahl, die Ent-

wicklung und die Durchführung unserer Projekte im Rahmen des Starnberger Instituts unbeeinflusst beraten und frei entscheiden können. Sie brauchen sich keine Sorge zu machen, Herr Heidemann: solange ich an dem Starnberger Institut arbeite, wird dort die Freiheit der Forschung genau so garantiert sein wie an der Frankfurter Universität. Ein Unterschied besteht freilich: ich kann dieses Recht dort auch dann in Anspruch nehmen, wenn es etwas kostet. Das dürfte für Soziologen so erstaunlich nicht sein.

Sie erwähnen Pressemeldungen über den Widerstand von Vertretern der Großindustrie gegen die von Herrn von Weizsäcker seinerzeit durchgesetzte Institutsgründung. Ich fände es beunruhigender, wenn diese Seite ihre Interessen nicht angemeldet – und wenn das Institut nicht gegen diesen Widerspruch gegründet worden wäre. Auflagen für die Forschungsarbeit am Starnberger Institut, ich wiederhole es, bestehen nicht.

Meine Auffassung schließlich über das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung habe ich nicht revidiert. Freilich habe ich meine Zweifel, daß sich dieser Grundsatz im künftigen sozialwissenschaftlichen Fachbereich unserer Universität auch dann wird durchsetzen lassen, wenn mit den vorhandenen Kräften die sozialwissenschaftliche Grundausbildung aller Lehrer, Juristen und Volkswirtschaftler bewältigt werden soll. Ich selbst möchte die Lehrtätigkeit keineswegs ganz aufgeben; ich habe die Absicht, sie an einem geeigneten Ort und in beschränkterem Umfang wieder aufzunehmen. Ich trenne mich von Frankfurt, auch nach Adornos Tod, nicht leichten Herzens. Im übrigen dürfte es für eine Reihe von Studenten und Mitarbeitern hilfreich (und für mich eine Erleichterung) sein, wenn eine ambivalent besetzte Projektionsfigur dem Frankfurter Gesichtsfeld entschwindet.

Mit freundlichen Grüßen
bin ich Ihr
Jürgen Habermas

diskussion

Sozialistisches Drama im Honeckerland

Was nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR an gesellschaftlichen Veränderungen geschah, war eine Revolutionierung ohne Revolution. Der Unterschied zum klassischen Muster der Oktoberrevolution liegt auf der Hand. Denn der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion bildete gleichsam eine organische Einheit mit der ihm vorangegangenen Erringung der Macht. Das revolutionäre Selbstbewußtsein, das die Massen durch den Sturm aufs Winterpalais und ähnliche Gelegenheiten der action directe erworben hatten, konnte sich als revolutionärer Enthusiasmus auf die darauffolgende „Alltagsarbeit“ des sozialistischen Aufbaus übertragen. Selbst der Stalinismus hat es nur sehr allmählich vermocht, diesen Enthusiasmus

zu ersticken. Der Unterschied in der Geschichte des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in der DDR erklärt sich u. a. daraus, daß die stalinistische Bürokratie, in welche die russische Revolution mündete, der Ausgangspunkt wurde für die importierte und administrierte Revolution im östlichen Teil Deutschlands.

Sozialistischer Realismus im noch nicht realisierten Sozialismus

Diese Ausgangssituation war kein Anlaß zu besonderer Begeisterung in der Art Majakowskischer Hymnen. Zwar gab es auch in Deutschland, und zumal in der aus der Emigration

zurückkehrenden linken Intelligenz, zunächst eine Art von Enthusiasmus; allerdings müßte man auch ihn schon mehr als pazifistisch-sozialistisch denn als sozialistisch-revolutionär bezeichnen, jedoch machte die gleich in der ersten Nachkriegszeit in Ostdeutschland einsetzende Bürokratisierung diesen Ansätzen bald ein Ende.

Brecht, der 1948 aus den Vereinigten Staaten nach Europa zurückkehrte und sich in Ostberlin niederließ, ist ein exemplarischer Fall. Man hat im Westen immer wieder hervorgehoben, daß er in den acht Jahren in Ostberlin nur ein einziges Stück und auch das nicht über die Verhältnisse seiner neuen Umwelt geschrieben habe. Diese Feststellung ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Versuche Brechts, der veränderten Wirklichkeit mit seiner Methode beizukommen, hat es gegeben. Daß es Versuche blieben, ist nicht zu leugnen.

Warum es Versuche bleiben mußten, diese Frage kann in diesem Rahmen nicht beantwortet werden. Allerdings ergeben sich Vermutungen schon aus einer vergleichsweise flüchtigen Betrachtung der beiden bis jetzt bekanntgewordenen Projekte Brechts.



Das erste ist der Plan zu einem Stück über den ersten sogenannten Aktivist der DDR, Hans Garbe. Der hatte 1949 in einem Berliner Betrieb einen Ringofen auf eine neue zeitsparende Weise repariert. Brecht ging es natürlich nicht um den Arbeitsrekord als solchen, sondern um die kollektiven und individuellen Beweggründe, aufgrund derer ein solcher „sozialistischer Rekord“ zustandekommt. Über einen Entwurf und einige Szenen ist die Arbeit nicht hinausgekommen, das eine wie das andere übrigens noch unveröffentlicht. Der Ostberliner Literaturwissenschaftler Werner Mittenzwei referierte die Konzeption folgendermaßen nach Brechts Notizen:

1. Garbe erscheint beim Anwalt. Er hat eine Kriegerfrau geschwängert. Benutzt gestohlene Lebensmittel als Bestechung.
2. Nach der Befreiung arbeitet Garbe wieder im Privatbetrieb. Er versucht, den Besitzer zu enteignen und wird aus der Partei ausgeschlossen.
3. Demontage des besitzerlosen Betriebs (die Arbeiter bergen die Werkzeuge).
4. Garbe ist für die Herabsetzung der Normen. Er schädigt sich selbst und gilt als Tarifrücker.
5. Garbe beginnt den Kampf um den Ofen.
6. Garbe wendet sich erfolglos gegen die weitere Herabsetzung der Normen.
7. Es geht um die Frage: Kann die Regierung die neuen Normen beibehalten oder muß sie sie preisgeben? Sie kann sie weder halten noch preisgeben. Die Regierung gibt die Normen preis.
8. Der 17. Juni.
9. Garbes Schüler flieht nach dem Westen.
10. Die Fabrik wird von den Russen gerettet. Garbe stirbt.
11. Der Schüler kehrt zurück. (Brecht notiert dazu, der Schüler komme zu spät für jetzt, aber nicht für immer)!"

Wie man sieht, hat Brecht den Handlungsbogen weit über das Ereignis jener legendären Ofenreparatur hinausgespannt. Der spätere Aktivist Garbe erscheint zunächst noch in den alten Verhältnissen, offenbar eine Art von Schweyk-Figur, jedenfalls ein Plebejer, der für sich das Beste herauszuschlagen sucht. Nach der Befreiung dann plötzlich das, was Lenin Linksradikalismus nannte: mit einem Schlag den Privatbetrieb enteignen zu wollen – das ist zu spontan und gegen die Disziplin der Partei gehandelt. Garbe wird ausgeschlossen. Erst allmählich wollte sich Brecht offenbar an die Peripetie heranpirschen. Gleichsam ein Auspendeln nach beiden Seiten hin – einmal der Handel mit Diebesgut, dann der Versuch einer kommunistischen Blitzaktion – bringt die Figur Garbe zu sich selbst. Aber dann – die Fabrik ist von den Russen gerettet und alles offenbar in Ordnung –, dann ist es für Garbe zu spät. Er stirbt. Dieser Schluß ist typisch für

Brecht. Es gibt keine Apotheose des siegenden Sozialismus, sondern einen Toten. Aber durch dessen Individualität stellt sich so etwas wie eine Perspektive ein. Nun bildet allerdings der Tod Hans Garbes nicht den Schluß in Brechts Konzeption, sondern die Rückkehr des Schülers. Doch dieses Ereignis ist nur eine Verlängerung des ersten Schlusses, so wie der Schüler eine Neuauflage der Garbe-Figur ist. Denn er kann schließlich nur zurückkehren, nachdem er vorher „abgehauen“ war. Auch er, der Jüngere, ist also von Brecht konzipiert als einer, der durch Fehler hindurch sich entwickelt. In diese Interpretationsrichtung verweist der Zusatz Brechts, daß der Schüler zwar zurückkehre, doch zu spät, aber, sagt Brecht, dann doch wieder nicht zu spät „für immer“. Zu ergänzen ist: zu spät nur für dies Mal. Der Sachverhalt wird auf diese Weise nicht eindimensional-belehrend mitgeteilt. Dadurch verliert sie an massiver Direktheit. Man darf annehmen, daß Brecht einen Parteisekretär ebensowenig von vornherein positiv darzustellen versucht hätte, wie er es mit dem Aktivist Garbe tat.

Für diese Annahme gibt es übrigens Belege. Sie finden sich in den sogenannten Katzgraben-Notaten. Katzgraben – das ist der Titel eines Stückes von Erwin Strittmatter, das die Veränderungen in der DDR auf dem Lande darstellt, und das von Brecht 1953 inszeniert wurde. Die Notaten haben die wesentlichen Äußerungen Brechts während der Inszenierungsarbeit festgehalten. Einmal geht es dabei um die Frage, wie positiv die positive Figur des Parteisekretärs, der auch in diesem Stück vertreten ist, dargestellt werden soll. Diese Frage ergibt sich aus der Haltung eines Schauspielers, der, als er wählen konnte zwischen der Rolle des Bösewichts – in diesem Fall des Großbauern – und der des Parteimenschen, sich für den ersteren entschied – und zwar mit der Begründung, daß die positiven Helden weit weniger interessant seien als die negativen. Nachdem der Schauspieler auf die Frage Brechts, was er denn unter interessant verstehe, geantwortet hat: „farbig, mit individuellen Zügen“, läßt sich Brecht folgendermaßen dazu aus:

„Ich schlage vor zu untersuchen, woraus die Farben bei Rollen bestehen. Das Wort bedeutet eigentlich nur, daß verschiedene Tönungen da sind, das heißt, daß nicht alles grau in grau ist, schematisch, eintönig, langweilig und so weiter. Das ist doch bei den neuen Figuren, die wir positiv nennen, auch möglich. Es darf eben nicht „der“ Parteisekretär sein, ein Extrakt aller Parteisekretäre, ein Muster von einem Parteisekretär, eine Figur ohne alle Züge als parteisekretärischen. Die Figur Steinert (so heißt der Parteisekretär in Strittmatters Stück) ist durchaus individuell komponiert, es ist schon ein älterer Mensch, ein Kumpel, der die Bauern nicht besonders schätzt, der sich auch nicht besonders mit ihnen auskennt, mit allerhand Parteierfahrung und mit sogenanntem einfachen gesunden Men-

schverstand privater Prägung und so weiter und so weiter.“

An einer anderen Stelle in den Notaten überträgt Brecht diese Realismus-Konzeption auf die Darstellung einer Situation. Im Stück ist es eine Krisensituation. Der Kleinbauer, der ökonomisch noch vom Großbauern abhängig ist und trotzdem in der Gemeindeversammlung gegen dessen Interessen für seine eigenen gestimmt hat, bekommt die Folgen zu spüren. Zum Schauspieler, der dies darstellen soll, sagt Brecht:

„Spielen Sie hier, daß Sie vor dem Abgrund stehen, nicht nur eine Art momentane Ratlosigkeit. Wir haben da eine auf dem Theater üble Gewohnheit, die Krisen unserer sympathischen Figuren dadurch zu überwinden, daß wir sie unterspielen und verdecken. Unsere Ungeduld, die Frage zu beantworten, ist so groß, daß wir sie oft gar nicht abwarten. Wir müssen überall, wo wir Lösungen zeigen, die Drohung der Niederlage zeigen, sonst entsteht der Irrtum, es handle sich um leichte Siege.“

Das Prinzip Optimismus

Schließlich noch ein Dialog zwischen Brecht und einem Probenbesucher, Herrn X, worin sich Brecht gegen einen allzu optimistisch auftrumpfenden Optimismus wehrt:

HERR X: Ist Katzgraben nicht zu finster?

BRECHT: Natürlich. Das ist der Sinn des Stücks. Darum muß es geändert werden, weil es zu finster ist.

HERR X: Sie wissen, daß ich etwas anderes meinte.

BRECHT: Ja, Sie meinten, ob das alles für eine Komödie nicht zu finster ist. Nein. Die Komödie braucht nicht alles heiter zu machen; nur das Heitere. Was „Katzgraben“ angeht, haben wir den Optimismus des Stückeschreibers und der Anderer in seinem Stück. Das ist kein Grund zur Schönfärberei.

HERR X: Aber das Publikum!

BRECHT: Oh, man kann das Lachen des Publikums, wie jeder Praktiker weiß, zum Verstummen bringen, wenn man zuviel auf der Bühne lacht. Es gibt einen Routineoptimismus, der im Zuschauerraum Pessimismus erzeugt. Nur der Optimismus ist gültig und wirksam, der aus den Vorgängen, den Charakteren und der Einstellung des Stücks im Ganzen hervorgeht.

Brecht und sein Gesprächspartner X vertreten hier die beiden Anschauungen oder Tendenzen, die seitdem für die DDR-Dramatik konstitutiv geworden sind. Die Partei des Herrn X ist die der heute offiziellen DDR-Dramatik, ihre Mitglieder sind die Routine-Optimisten, deren Namen die Spielpläne dominieren und die in der Bundesrepublik meist unbekannt sind. Auf der anderen Seite stehen weniger Namen zur

Verfügung: Heiner Müller wäre wohl an erster Stelle zu nennen, dann Peter Hacks und Volker Braun. Hartmut Lange, der bis 1965 dazu gehörte, lebt inzwischen in der Bundesrepublik. Brechts Ansatz hat also eine der Zahl nach geringe Nachfolge erhalten. Spekulationen darüber, warum er sein Stück über Hans Garbe nicht beendet hat, führen nicht weit. Ob es nun äußere Gründe waren oder seine individuelle Unfähigkeit, über dieses Thema ein Stück zu schreiben – das ist kaum mehr zu ergründen; wahrscheinlich trifft beides zu. Fest steht jedoch, daß seine Nachfolger, die die Wirklichkeit der DDR, der Partei und des sozialistischen Aufbaus so darstellten, wie es Brecht vorschwebte, nur noch in Ausnahmefällen an die Öffentlichkeit drangen. Die Entwicklung in der DDR hat dazu geführt, daß – wie es ein ostdeutscher Kritiker einmal formulierte – ein Parteisekretär auf der Bühne nicht fremdgehen darf. Korrekturen fanden immer nur am Detail statt, heute dürfen Parteisekretäre auf der Bühne auch schon mal fremdgehen. Aber solche kleinen Fehler müssen stets im Bereich des Harmlosen, des rein Komödiantischen bleiben; auch heute stellen sich Mißlichkeiten dieser Art am Ende des Spiels meist als bloße Mißverständnisse heraus.



Brecht- und wenig Folgen

Heiner Müller hat wohl am direktesten Brechts Ansätze weiterentwickelt. Sein erstes Stück ist ein Einakter mit dem Titel „Der Lohndrucker“, 1957 entstanden. Es behandelt eben den Hans-Garbe-Stoff, den Brecht im Auge hatte. Schon im Einakter liegt die Beschränkung auf den zentralen Vorgang der Ofenreparatur beschlossen, also kein so weit gespannter Bogen wie in Brechts Plan. Die Szenen wechseln hauptsächlich zwischen zwei Schauplätzen, der Fabrikhalle und der Betriebskantäne. Damit ist die Intention Müllers angedeutet: es geht hier um die bahnbrechende Reparatur

und die Reaktion der übrigen Arbeiter darauf. Denn in ihren Augen ist Balke (so heißt Garbe bei Müller) nichts weiter als ein Lohndrucker. Sie messen seine Höchstleistung noch mit Maßstäben aus der kapitalistischen Zeit, und dort bedeutete sie Unkollegialität und Profit für den Fabrikeigentümer.

Aber nicht nur das Bewußtsein der Arbeiter erscheint bei Müller dergestalt rückständig. Balke selbst ist keineswegs ein ungebrochen positiver Held der Arbeit. Es wird angedeutet, daß er die Hochleistung nur vollbringt, um eine in der Nazizeit von ihm begangene Denunziation an dem jetzigen Parteisekretär des Betriebs wieder auszubügeln. Unter solchen Voraussetzungen ist kein Hurra-Sozialismus möglich. Dennoch zeigt Müllers Stück, wie bei diesen Arbeitern, die durch Kapitalismus und Faschismus deformiert sind, andeutungsweise so etwas wie sozialistische Bewußtheit zu erwachen beginnt.

Alles was in diesem Stück an halbwegs Positivem geschieht, ist Ergebnis von Kompromissen, die die Individuen gleichsam notgedrungen, unter dem Zwang der Verhältnisse und in widerwilliger Einsicht miteinander eingehen. Das kann in Form von Szenenanweisungen, also pantomimisch geschehen, wie in einer Szene im Büro des Direktors, die folgendermaßen eingeleitet wird:

„Der Direktor nimmt eine Flasche und ein Schnapsglas aus dem Schreibtisch, trinkt. Es kommt Schorn, der neue Parteisekretär. Der Direktor, nach einem Versuch, Glas und Flasche verschwinden zu lassen, stellt ein zweites Glas vor Schorn.“

Und das kann in kürzesten Lakonismen geschehen. So in einer Kantinenszene. Einer der Arbeiter kauft zu einem horrenden Preis eine Schnapsflasche, läßt sie unter den Kollegen kreisen und fragt, als sie leer ist, rhetorisch: „Legen wir zusammen?“ Worauf es in der Szenenanweisung lapidar heißt: Schweigen. Von Solidarität ist also keine Spur. Jeder sucht, daß er zu dem Seinen kommt. Dennoch findet sich am Ende, aufgrund eines neuen Kompromisses, die Andeutung einer konstruktiven Entwicklung. Der Ofen wird repariert, weil zwei Arbeiter, Balke und Karras, vom Parteisekretär ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß jeder von ihnen, obwohl sie einander persönlich spinnefeind sind, die Arbeit jenseits dieses persönlichen Verhältnisses ausführen könne und müsse. Die entsprechende Szene:

Regieanweisung: **Karras (Balke ansehend, der sich wendet):**

KARRAS: Balke hat sich die Suppe eingebrockt. Soll er sie auslöffeln.

Arbeiter: Balke ist nicht für sich selber in den Ofen gegangen.

Regieanweisung: **(Pause)**

KARRAS: Wann soll ich anfangen?

Dieser Dialog stellt die Widersprüche dar, indem er nur ihr Umkippen protokol-

Rotbücher



20 Sozialistisches Jahrbuch 1

Über die Organisation des Befreiungskampfes

Wissenschaftl. Revolution und Imperialismus/Beginn der Black Power/Die CSSR und die Sowjet. Strategie/u. a. 272 Seiten DM 8.50 (Abo: 7.50)

23 Sozialistisches Jahrbuch 2

Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung

Korsch: Warum ich Marxist bin/Sweezy/Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne/Gorz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewiki. 244 S. DM 8.50 (Abo: 7.50)

Wagenbach Berlin

Schnellkurse in Maschinenschreiben (10-Finger-System, blind)

2 1/2 Wochen und Stenografie garantiert nach der weltbekannten Methode

Mit Erfolgsgarantie. Als Förderungswürdig anerkannt.

Sight + Sound
Eschersheimer Landstr. 5 - 7
Telefon 55 04 25/26

liert. Müller interessiert nicht, des langen und breiten kundzutun, was für Bedenklichkeiten der Arbeiter Karras in sich erwägt, bevor er seine Zusage gibt. Daraus sich einen Vers zu machen, soll dem Zuschauer überlassen sein. Indem er sich Gedanken darüber macht, was im Arbeiter Karras wohl vorgehen mag, wird er im Brechtschen Sinne schöpferischer, mitproduzierender Zuschauer. Müller spricht diese Absicht selbst aus. Über den „Lohndrücker“ schreibt er:

„Das Stück versucht nicht, den Kampf zwischen Altem und Neuem, den ein Stückeschreiber nicht entscheiden kann, mit dem Sieg des Neuen vor dem letzten Vorhang darzustellen; es versucht, ihn in das neue Publikum zu tragen, das ihn entscheidet.“



Das sozialistische Drama als Kritik am etablierten Sozialismus

Heiner Müller hat zur gleichen Zeit wie den „Lohndrücker“ einen anderen Einakter geschrieben, eine Art Fortsetzung des ersten. Beide wurden 1958 mehrmals aufgeführt, seitdem jedoch nie wieder. Ein längeres Stück mit dem Titel „Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande“ wurde nicht veröffentlicht und von einem Ostberliner Literaturwissenschaftler als Gegenstand nicht der Wissenschaft, sondern der Staatsicherheit bezeichnet. Es soll, wie man hört, die Kollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland zum Thema haben. Das bisher letzte Stück, in dem Müller die Verhältnisse der DDR darstellt, ist „Der Bau“. Es ist bis jetzt noch nicht aufgeführt worden, abgedruckt wurde es nur in einem inzwischen vergriffenen Heft von „Sinn und Form“.

„Der Bau“ ist wohl das schwierigste, man kann fast sagen das esoterischste Stück, das bisher in der DDR entstanden

ist. Der Titel bezeichnet den Schauplatz, eine industrielle Großbaustelle. Was sich dort abspielt, ist weniger eine Handlung, zumindest nicht im Sinn einer erkennbaren Fabel, als vielmehr ein Ensemble von Beziehungen zwischen Personen und Gruppen. Aber auch mit dieser Definition ist das Stück nicht ausreichend bestimmt. Was den „Bau“ einzigartig macht, ist, daß das Wechselverhältnis der Figuren nicht unmittelbar dargestellt ist, sondern vermittelt wird über das allen Figuren gemeinsame Arbeitsobjekt und Arbeitsprodukt, eben den Bau. Die Esoterik erweist sich somit als eine marxistische. Die Entfremdung des Menschen im Produkt seiner Arbeit und ihre im DDR-Sozialismus noch nicht verwirklichte Aufhebung wird abgehandelt.

Diese Problematik ist von der der frühen Einakter Müllers sehr verschieden. Zeitgeschichtlich gesprochen handelte es sich damals um die erste Phase des sozialistischen Aufbaus; heute kann man von einem im wesentlichen konsolidierten sozialistischen Gesellschaftssystem sprechen und von seiner gleichsam immanenten Thematik

Müllers realistische Methode hat sich dementsprechend verändert. Aus den Stenogramm-Dialogen wurde eine stilisierte freie Versproche und, was wichtiger ist, eine monologische Struktur. Die Personen, auch wenn sie sich als Dialogpartner gegenüberstehen, sprechen monoman ihr Verhältnis zum Bau aus. Das beginnt gleich in der ersten Szene. Donat, der neue Parteisekretär, tritt auf mit der nicht eben alltäglichen Frage: „Warum zertrümmert ihr das Fundament?“ Darauf eine Stimme: „Der Mann aus dem ersten Jahrhundert.“ Und dann ununterbrochen 59 Verszeilen des Baubrigadiers Dreier als Antwort auf die Frage. Daß diese Antwort sich allein durch ihre Quantität verselbständigt und das Dialogverhältnis auflöst, liegt auf der Hand. Hier ist sie auszugsweise:

„Hast du ‚ihr‘ gesagt? Ich werd dir Augen machen.

Ich zeig dir wer das Fundament zertrümmert.

Das ist der Embryo von einem Kraftwerk Vom Neuesten das Neueste, nämlich es soll Salzkohle fressen, was kein Kraftwerk vor ihm

Geschluckt hat. Salzkohle ist billig, wir stehn drauf

Aber sie will verdaut sein, schlackt, frißt Kessel.

Besondre Mahlzeit braucht besondre Därme.

Ein Brocken für die Projektierer, sie kaun dran

Und malen einen Grundriß nach dem andern

Und ein Gemälde löscht das andre aus.

Das geht in Ordnung, wenna auf dem Papier bleibt

Neu will probiert sein und Papier ist geduldig.

Auf dem Papier bleibt nicht; der Bau ist Schwerpunkt

Beschluß der VVB, warum weiß Stalin.

Ich weiß es auch nicht: das macht sich gut, Salzkohle

Erstmalig in der Welt, das schüttet Prämien Die Politik geht vor der Ökonomie

Ein Schwerpunkt ist ein Schwerpunkt, ein Beschluß

Ist ein Beschluß auf Biegen oder Brechen. Ausbaden muß es der Beton, und der

Ist nicht geduldig, und wir badens aus.

Jetzt weißt du wer das Fundament zertrümmert.

Papier sprengt den Beton, Papier wellt den Boden,

Kracht auf dein Trommelfell, leert meine Taschen...

Einen ganz anderen Weg, die „immanente Thematik“ des sozialistischen Gesellschaftssystem darzustellen, haben Peter Hacks und Volker Braun gewählt. Hacks hat diesen Weg einmal ziemlich deutlich formuliert:

„Jede Zeit hat ihre Lieblingsfiguren, die sie verdient: die Lieblingsfigur des sozialistischen Dramatikers ist der Riese. Der Riese, das ist der nicht durch Fehler der Welt eingeschränkte Mensch. Seitdem der zerstörerische Widerspruch zwischen den Menschen und der Klassengesellschaft sich aufzulösen beginnt, werden die produktiven Widersprüche zwischen den Menschen und der Gesellschaft als solcher sichtbar; da ist keine Identität möglich.“

Einen solchen Riesen hat Hacks mit Moritz Tassow, dem Helden der gleichnamigen Komödie, auf die Bühne gebracht. Die Geschichte des Schweinehirten, der 1945 in Mecklenburg den utopisch-revolutionären Sprung vom Feudalismus direkt in den Kommunismus macht und deshalb von der bedächtigeren Partei am Ende abgesetzt wird – diese Geschichte ist bekannt und mittlerweile fast zum Klassiker geworden. Moritz Tassow ist ein Beispiel für jene von Hacks angedeutete Nicht-Identität zwischen Individuum und Gesellschaft. Mit Gesellschaft ist in diesem Fall natürlich die von der Partei bestimmte gesellschaftliche Tendenz gemeint. Im Vergleich zu früheren ostdeutschen Stücken hat sich nun das Verhältnis umgekehrt. Denn früher waren Helden stets solche Individuen, die ihr altes Bewußtsein abstreifen und das Neue lernen mußten. Die Gesellschaft, vertreten durch den pädagogisch angehauchten Parteisekretär, war der fortschrittlichere, der lehrende Part. Moritz Tassow nun steht viel weiter links als die Gesellschaft, indem er sogleich in den Endzeitkommunismus eintreten will. Ihm muß nicht mehr beigebracht werden, was Sozialismus und Kommunismus sind, das weiß er, sondern eher das Gegenteil: nämlich wie man politisch klug faktieren muß, um bescheidenere Ziele vorläufig zu erreichen. Dies ist jedoch ein ganz anderer Lehrstoff, als er bis dahin in ostdeutschen Dramen üblich war.

Eine ähnliche Figur wie Moritz Tassow hat Volker Braun konzipiert. „Kipper Paul Bauch“. Held und Stücker Titel sind wiederum identisch, ein Signal dafür, daß der Held „den Laden schmeißt“. Paul Bauch ist Kipper von Beruf, das ist eine traurige, nämlich rein mechanische Tätigkeit, alles andere als eine Arbeit zur Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit. Doch gleichzeitig ist Paul Bauch ein Riese im Hacksschen, ein Kraftkerl im Sinn des jungen Goethe. Seine Persönlichkeit kollidiert mit seiner Tätigkeit. Es beginnt damit, daß er die stumpfsinnige Kipperei im Sinne seiner Persönlichkeit organisieren will, das heißt – mit seinen eigenen Worten – „Arbeit als Sport“, das bedeutet: Planlos, voluntaristisch, anarchistisch. Doch diese Auffassung von Arbeit steht im Widerspruch zur offiziellen, denn die ist dem Plan verpflichtet. Angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses zieht Bauch natürlich den kürzeren. Er verläßt die Kippe und die Bühne, und die letzten Worte spricht lapidar ein Arbeiter; der, ein guter Dialektiker, stellt fest: „Er ist weg, den seid ihr hier nicht los.“ Paul Bauch wird dadurch, daß er abtritt, nicht zurechtgestutzt auf die herrschenden engen Verhältnisse. Dieses Von-der-Bühne-Verschwinden, dieses Sich-für-die-Zukunft-Konservieren hat er übrigens mit Moritz Tassow gemein.

In der ostdeutschen Kritik ist Brauns Stück ebenso wie das von Hacks mit Re-

BRD-DDR Vergleich der Gesellschafts- systeme

Mit Beiträgen von Anne Hartmann, Stefan Schardt, Gerhard Weiß, Jürgen Harrer, Heinz Jung, Frank Deppe, Eberhard Dähne, Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden, Georg Fülberth, Helge Knüppel, Reinhard Kühnl, Peter Römer, Herbert Lederer, Hans-Jochen Michels, Helga Deppe-Wolfinger, Jutta von Freyberg, Hans-Ulrich Deppe, Erich Wulf, André Leisewitz, Rainer Rilling, Dieter Kramer, Paul Schäfer, Helga Schuler, Michael Schuler, Kurt Steinhaus

Wolfgang Abendroth zum 65. Geburtstag

Kleine Bibliothek Band 13
442 Seiten, DM 12,80
Pahl-Rugenstein Verlag

serve aufgenommen worden. Eben jene bis zum letzten Akt und darüber hinaus anhaltende Nicht-Übereinstimmung von Protagonist und Gesellschaft wurde kritisiert. So heißt es vorwurfsvoll in der Fachzeitschrift „Theater der Zeit“:

Die absolute Freiheit des einzelnen als die Voraussetzung für das Glück im Kommunismus! Das kommunistische Prinzip ‚Jedem nach seinen Bedürfnissen‘ wird nicht im dialektischen Zusammenhang mit der kommunistischen Erziehung gesehen, mit der Erziehung der Menschen zu sozialistisch-humanistischen Bedürfnissen, die auf der Übereinstimmung des ‚Ich‘ mit dem ‚Wir‘ beruhen; es wird mechanisch auf jene Bedürfnisse bezogen, die kleinbürgerlichen Radikalen als ‚kommunistisch‘ vorschweben mögen.“

Solche Kritik ist typisch. Im speziellen Fall von Volker Braun wird sie interessant durch die Erwiderung, die Braun in einem offenen Brief an den zitierten Kritiker richtete, einer der ganz seltenen Fälle, in denen ein Autor so offen gegen die offiziöse Kritik in der DDR Stellung bezieht. In dem Brief heißt es unter anderem:

„Sie scheinen zu befürchten, daß das Theater, obwohl es Theater ist, Aussprüche, Haltungen des Helden als verbindlich gibt und nicht unter Umständen als Ausflüchte aus einer nicht individuell und nicht sofort zu vertreibenden Misere, und daß die Zuschauer, obwohl sie Zuschauer sind, die unpraktische Privatlösung, den Aufbruch in die Illusion für sich gutheißen (statt durch sie ihre eigene Lage besser zu sehen, Ansprüche anzumelden und praktischer zu verfechten). Solchen Zuschauern, ein solches Theater vorausgesetzt, ist das Stück gefährlich.“

Mit diesen Sätzen wäre der Bogen zurück zu Brecht geschlagen. Der Dialog zwischen Brecht und dem Herrn X, der den Optimismus vermißte, reproduziert sich in der Kritik und der Antwort Volker Brauns.

Andere Stückeschreiber, und sie machen die erdrückende Mehrzahl aus, kennen nicht die Schwierigkeiten Volker Brauns. Ihnen gelingt es stets auf Anhieb und ohne Mühe, die geforderte „Übereinstimmung des Ich mit dem Wir“ herzustellen. Sie heißen zum Beispiel Horst Kleineidam, Claus Hammel, Rainer Kerndl, die Titel ihrer Stücke lauten: „Morgen kommt der Schornsteinfeger“ oder „Zwei in einer kleinen Stadt“ oder „Von Menschen und Riesen“, die Namen der Hauptfiguren: Jette, Jule, Jochen, Marion und sofort. Man kann diese Art von Dramatik unter das Motto „Seid nett zueinander“ stellen. Denn wie die Bild-Zeitung unter dieser Devise die formierte Gesellschaft als eine Gesellschaft des Frohsinns anbietet, so erscheint in diesen Komödien die sozialistische Gesellschaft als vollkommen, konfliktlos und heil. Claus Hammel etwa beschreibt das neuerworbene Wohlstandsbewußtsein der DDR-Bürger in seinem geradezu biedermeierlichen Stück

„Morgen kommt der Schornsteinfeger“, das er im Untertitel „Versuch über das Glück“ nennt. Vom Titel her bedeutend großzügiger kündigt sich Horst Kleineidams „Von Menschen und Riesen“ an. Hier geht es auch nicht bloß um das Lob des sozialistischen Konsums, sondern um die Grundlage der neuen Gesellschaft. Das Stück spielt in einer Familie der sozialistischen Neo-Bourgeoisie. Großvater, Vater und Sohn sind die Protagonisten. Die beiden letzteren leiten den Betrieb, der auch der Schauplatz ist. Der Großvater nimmt als rüstiger Rentner an den Geschicken von Vater, Sohn und Betrieb Anteil. Als ein Generationskonflikt zwischen Vater und Sohn entsteht, vermittelt der Opa den allseits befriedigenden Ausgang.

Riesen im Sinne von Peter Hacks sind diese Familienmitglieder nun wahrhaft nicht. Es ergibt sich die durchaus undialektische Paradoxie, daß als sozialistischer Riese deklariert wird, wer sich fugenlos den bestehenden Verhältnissen einpaßt.

Ähnlich, doch weniger naiv verfährt Helmut Baierl. Weil er mit Brechts Begriffen argumentiert und sogar Brechtische Stückfabeln aufnimmt, ist er auch in der westlichen Kritik als würdiger Schüler des Meisters etikettiert worden. Das trifft nicht zu. In seinem ersten größeren Stück vor 10 Jahren versuchte Baierl, die Figur der Mutter Courage unter den Verhältnissen des sozialistischen Aufbaus weiterzuentwickeln oder vielmehr umzufunktionieren. Die Titelheldin Frau Flink „verliert“ einen ihrer Söhne nach dem anderen an den neuen Staat DDR, weil sie sich beharrlich gegen das Neue sträubt. Aber mit dem Verlust der Söhne, der natürlich als objektiver Gewinn gemeint ist, macht sie selbst eine Entwicklung durch. In der letzten Szene ist sie nicht nur nicht mehr skeptisch, sondern Delegierte auf dem Parteitag. Gründlicher geht eine Wandlung nun wahrlich nicht. Brechts Gesprächspartner X. wäre zufrieden gewesen.

In ähnlicher Manier verfuhr Baierl in seinem neuen Stück „Johanna von Döbeln“, das 1969 vom Berliner Ensemble uraufgeführt wurde. Hier geht es nicht mehr darum, die Wandlung einer Figur zu sozialistischem Bewußtsein vorzuführen; das hat diese neueste Johanna zur Genüge. Sie aktualisiert es, indem sie in einem sozialistischen Betrieb nach dem Rechten schaut. Sie untersucht, ob es dort vielleicht unsozialistisches Verhalten, unsozialistische Routine gebe oder gar dunkle Flecken in der Vergangenheit. Und es scheint das auch fast der Fall zu sein. Bis kurz vor Schluß des Stückes meint Johanna, und mit ihr meint es auch das Publikum, daß der Fabrikdirektor vor einigen Jahren einem Betriebsangehörigen unkollegial mitgespielt habe. Aber selbst diese harmlose Unstimmigkeit platzt am Ende wie eine Seifenblase; alles erweist sich als von jeher und schon immer in bester Ordnung befindlich.

Alexander Rauch

Bloody Mama (SPD)

Die Arbeitsgruppen der Programmkommission beim Vorstand der SPD, die sich mit Fragen der Parteiorganisation beschäftigen, haben im April ein Bündel von Vorschlägen verabschiedet und dem Parteivorstand vorgelegt. Die Autoren sind in ihrer Mehrzahl hauptamtliche Parteisekretäre. Ihre Anregungen fügen sich zu einem Konzept, das Interessen der Hauptamtlichen, technokratische Erfordernisse einer effizienteren Parteiarbeit und den Willen zur Disziplinierung der Untergliederungen verbindet. Die Diskussion um die Organisationsreform verfährt sich in der widersprüchlichen Aufgabe, einerseits langfristig angelegte Strategien „konzeptioneller Politik“ zu entwickeln andererseits die Taktik am aktuell Durchsetzbaren zu orientieren. Für den Entwurf einer „Reformstrategie“ ist die innerparteiliche, für die Gewinnung beständiger Wähler die öffentliche Diskussion notwendig. Um der Parteiführung taktische Flexibilität zu sichern und das Abwandern von Grenzählern zu verhindern, scheint eine Instrumentalisierung der Partei zur fügsamen Akklamationsmaschine nötig.

Im folgenden sollen vier zentrale Bereiche der geplanten Parteiorganisation skizziert werden. Die Vorschläge beziehen sich auf Maßnahmen, die nur zum geringen Teil der Beschlußfassung durch den außerordentlichen Parteitag im November bedürfen, ein anderer Teil kann vom Vorstand beschlossen werden, ein Punkt schließlich bedarf der Regelung durch den Bundestag.

Personalpolitik

Hauptamtliche Parteisekretäre aller Bundestagsparteien sollen nach BAT (Bundesangestelltentarif) bezahlt werden. Die Möglichkeit einer Übernahme in den bzw. aus dem Öffentlichen Dienst soll sichergestellt werden. Die rechtlichen Voraussetzungen einer solchen Verflechtung von Partei- und Beamtenkarrieren sind durch den Bundestag zu regeln. In der Begründung wird auf die Notwendigkeit eines Stabes qualifizierter und mobiler Parteisekretäre für die untere und mittlere Ebene hingewiesen. Da bisher diese Stellen finanziell nicht attraktiv und beruflich eine Sackgasse sind, gibt es Schwierigkeiten bei der Rekrutierung aber auch bei der Entlassung (weil die betreffende Parteigliederung Härtefälle nicht verschulden will).

Mit einem solchen weiteren Schritt zur Verstaatlichung der etablierten Parteien würden Personen, deren Verhaltensweisen im öffentlichen Dienst geprägt oder deren Berufserwartungen auf die Kommunal- und Landesverwaltung gerichtet sind, in Positionen gesetzt, die mit der zunehmenden fachlichen Qualifikation ihrer Inhaber zu strategischen Sammelstellen von Information würden.

Partei- presse

Der „Vorwärts“ soll seinen Namen an ein monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt des Vorstandes abtreten. Dieses Vorstandsblatt soll durch Zwangsbeiträge (50 Pfennig je Mitglied) finanziert und an jedes Mitglied verschickt werden. Der alte „Vorwärts“ soll sich – an einem glockerten Vorstandszügel – auf dem „freien“ Markt behaupten lernen.

Die Annahme eines solchen Vorschlages hätte zur wahrscheinlichen Folge, daß kleinen Parteiblättern auf Bezirks- oder Landesebene mit dem Hinweis auf das Vorstandsblatt die finanzielle Unterstützung gestrichen wird. Über kurz oder lang müßte das Zentralblatt diese sich nicht tragenden Blätter, in denen aber ab und an die Chance der Veröffentlichung auch von nicht ganz vorstandskonformen Meinungen besteht, verdrängen.

Parteitage

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Parteitage von der Flut der oft gleichlautenden oder sich überschneidenden Anträge überschwemmt werden. Um die Woge zu stoppen, soll die Arbeit der Antragskommissionen effizienter geregelt werden, und das Antragsrecht der Ortsvereine entfallen. Antragsrecht zu Parteitagen soll erst mit der Ebene des Unterbezirkes zugestanden werden. Die Arbeitsgemeinschaften sollen ein eigenes Antragsrecht erhalten. Man kann den Verlust des Antragsrechts von Ortsvereinen als prophylaktische Absicherung gegenüber nicht gefilterten Wünschen der Basis beklagen, es darf aber nicht übersehen werden, daß dieses Recht nie wirklich genutzt wurde. Wenn es wirklich einmal einen aus der Reihe tanzenden Ortsvereinsantrag gab, pflegte er mit großen Mehrheiten „als Material an den Vorstand“ ins Leere verwiesen zu werden. Zudem: der Zwang, Konzepte über den Unterbezirk einzubringen, kann zunächst innerparteilicher Diskussion dienlich sein.

Das gesonderte Antragsrecht der Arbeitsgemeinschaften birgt die Gefahr, daß solch ein Sonderstatus die Anträge mit dem Stigma „Sonderinteresse“ versieht.

Arbeits- gemeinschaften

Das Paket „Arbeitsgemeinschaften“ betrifft die berufsständischen Vereinigungen in der Partei (wie etwa die Arbeitsgemein-

schaft sozialdemokratischer Ärzte und Pharmazeuten oder die der Lehrer) aber auch Arbeitsgemeinschaften mit generellem Merkmal, nämlich die der Frauen und der Jusos.

Der Vorschlag von Annemarie Renger, Mitglied der mit diesem Punkt befaßten Untergruppe, alle ständigen Arbeitsgemeinschaften aufzulösen und nur noch ad hoc vom Parteivorstand Arbeitsgemeinschaften ein- und abberufen zu lassen, konnte sich nicht durchsetzen. Statt des Todesurteils zog man lebenslängliche Haft vor.

Eine vollständige Kontrolle der Arbeitsgemeinschaften soll über zwei Hebel sichergestellt werden: (1) Die Arbeitsgemeinschaften sollen ihre Finanzhoheit verlieren. Die Vorstände auf entsprechender Ebene sollen die Verwendung der Gelder nicht nur nachträglich kontrollieren sondern im voraus bestimmen. (Das gilt auch für die den Jusos aus dem RPJ-Fond zufließenden Mittel.) (2) Alle öffentlichen Äußerungen der Arbeitsgemeinschaften sollen der Genehmigung des Parteivorstandes der entsprechenden Ebene bedürfen. Das würde für die Presseerklärung einer Gruppe auf Ortsvereinsebene gelten so gut wie für die Veröffentlichung von Beschlüssen eines Bundeskongresses. Die gesamte Juso-Presse würde einer Vorzensur unterworfen, jegliche Kommunikation der verschiedenen Juso-Gruppen praktisch unmöglich gemacht.

Daß der Parteivorstand die innerparteiliche Diskussion fürchtet und verhindern will, ist unbeschadet der Mannheimer Umarmung klar (vgl. zuletzt die Antwort des Vorstandes auf die Bremer Jusobeschlüsse). Daß er die formale Möglichkeit zur Durchsetzung des Paketes „Arbeitsgemeinschaften“ hat, ist dem Parteistatut zu entnehmen, ob er die politische Macht haben wird, hängt von den Mitgliedern ab.

Renate May

**Schnellkurse
in Maschinenschreiben
(10-Finger-System, blind)
2¹/₂ Wochen
und Stenografie
garantiert
nach der weltbekannten
Methode**

**Kein Üben zuhause,
keine eigene Schreib-
maschine notwendig.**

Sight + Sound
Eschersheimer Landstr. 5 - 7
Telefon 55 04 25/26

Z.B.:

Hans Mausbach

(Opfer ärztlicher Ideologie)

Geht man heute daran, einen Ausschnitt aus den Diskussionen um die Reaktion auf das Auftreten des Dr. Hans Mausbach wiederzugeben, oder einen Beitrag zur Diskussion zu leisten, so stehen zwei Wege offen: Entweder man wiederholt noch einmal die Aussagen Mausbachs, resümiert die Mißhandlungen und Diffamierungen, korrigiert die Unterstellungen und berichtet von den Solidaritätsadressen und Protesten, oder aber man wendet sich den kritisierten Inhalten zu. Da ersteres inzwischen in Rundfunksendungen, Fernsehmagazinen, Zeitungen, Zeitschriften und öffentlichen Diskussionen ausführlich geschehen ist (1), nutze ich die Gelegenheit, hier auf die Hintergründe einzugehen und die Reaktionen der Ärzteschaft im letzten halben Jahr nur als besonders ausgeprägte Manifestationen der Erstarrung in vordemokratischen und vorkapitalistischen Zuständen anzusehen.

Zur medizinischen Ideologie

Der Bezug des Mediziners zur gesellschaftlichen Realität ist direkt ableitbar aus dem Primat der Naturwissenschaft in der Medizin. Es ermöglicht die Objektivierung des Gegenstands der Medizin, dessen Objektivität durch Begriffe wie „Verschicken in ein Sanatorium“ Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden hat. „Der kranke Mensch erhält einen Sonderstatus: Er ist ‚Patient‘ – Gegenstand der Verifizierung ‚objektiver Tatsachen‘, denen gegenüber der Arzt in leidenschaftsloser, beobachtender ‚Neutralität‘ verharren kann. Der Mensch als Patient ist losgelöst vom ‚Rest‘ der Wirklichkeit, reduziert auf wissen-

schaftlich Nachweisbares.“ (2) Damit hört der Patient im Auge des Arztes auf, Mensch zu sein. Er ist Funktion seiner physis, und der vielgebrauchte Begriff des Vertrauens reduziert sich auf die Anerkennung dieses Status durch den Patienten. In dieser für den Arzt akzeptablen, weil teilnahmslosen Situation glaubt er auf die Reflexion der gesellschaftlichen Realität verzichten zu können, indem er auf die immensen Erfolge somatischer Medizin verweist. Gleichzeitig nimmt er dankbar die „Hilfen“ der pharmazeutischen Industrie auf, die eine „Therapie“ auch jener Erkrankungen ermöglichen, bei denen der Erlebnischarakter der Genese nicht ignorierbar ist. Dieser kurze Horizont verhindert zugleich die Erkenntnis des eigenen Standorts in der Gesellschaft und sichert die charismatische Selbsteinschätzung:

„Fungiert die Arztprofession als gesellschaftlich vorgesehener Verwalter von Gesundheit und „Krankheit“ durch die Ausschaltung sozialer und psychischer Bedingungen aus dem Krankheitsbegriff und damit aus dem Bewußtsein von Krankheit noch mittelbar als Agent von Herrschaftsinteressen, so steht sie andererseits, indem sie um die Bemühungen um die Regeneration der Ware Arbeitskraft für den Produktionsprozeß eingespannt wird, unmittelbar im Dienst von Herrschaftsinteressen.“ (3)

Noch weiter geht H.-U. Deppe in Bezug auf das Selbstverständnis der Ärzteschaft: „Medizinische Theorie ist Aufklärung im Detail geblieben. Sie stagniert beim bloßen Erkunden isolierter Fakten und verdrängt dabei, daß diese aus einem historischen Zusammenhang gelöst sind, dessen fermentativer Verbund bewußte gesellschaftliche Arbeit sein kann. Diese Ideologie des ‚matter-of-fact‘, die in den USA offensichtlich zur ‚zweiten Natur‘ geworden ist (und) die schon im deutschen Faschismus ‚Ärzte zur ‚Medizin ohne Menschlichkeit‘

verführte... diese Ideologie ist heute noch tragendes Element des imperialistischen Krieges in Vietnam.“ (4) – Dazu gehört das beim gleichen Autor zitierte Zitat eines deutschen Arztes in Hue:

„Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und historische Zusammenhang in dem die ‚facts‘ sich ereignen, bleibt unbefragt, und die eigene Urheberschaft an einem solchen Zusammenhang kann getrost verdrängt werden. Elend und Luxus, aber auch Bombenregen (mit allen traumatischen und anderen Folgen, d. Autor) lassen sich auf diese Weise zu natur- und schicksalhaften ‚Gegebenheiten‘ hypostasieren, für die eine höhere Macht eintreten muß ganz ähnlich wie klimatische Verhältnisse, Naturkatastrophen oder angeborene Mißbildungen, an denen ja auch ‚kein Mensch‘ schuld ist und die man eben respektvoll als eine Art Gottesurteil hinnehmen muß.“ (5) Ein für uns besonders greifbares Ergebnis der fehlenden rationalen Standort- und Funktionsbestimmung der Medizin in der Gesellschaft klingt hier bei Deppe bereits an: das Verhalten der Ärzte im 3. Reich. Diese von Mitscherlich und Mielke referierte „Medizin ohne Menschlichkeit“, die in der deutschen Medizin nie bewältigt worden ist, ist leicht verständlich auf dem Hintergrund der fehlenden gesellschaftlichen Reflexion, der bedingungslosen Kapitulation vor einem „Apparat“, dem man nicht zuletzt wegen des Mangels einer rationalen Einschätzung der eigenen Tätigkeit nicht gewachsen war.

„... jeder dreihundertste Arzt ein Verbrecher? Das war eine Relation, die man nie zuvor in der deutschen Ärzteschaft hätte finden können. Warum jetzt (im 3. Reich, d. Autor)? – Doch das trifft nicht den Kern. 350 waren unmittelbare Verbrecher – aber es war ein Apparat da, der sie in die Lage oder in die Chance brachte, sich

zu verwandeln. Sie haben ja nicht die Patienten ihrer Praxis getötet. Sie haben sich zumeist an diskriminiertem ‚Menschmaterial‘ versucht. . .“ (6) An den beiden letzten Beiträgen werden die Schwächen der medizinischen Ideologie besonders deutlich, ihre ungehinderte Potenz, in Inhumanität und Antisozialität umzuschlagen und unter dem Vorwand, einzelnen zu helfen, oberflächliche Symptome zu kurieren, die krankmachenden und traumatisierenden Strukturen einer Gesellschaft zu stabilisieren.

Vor-demokratische und vor-kapitalistische Organisation

„Bei uns in Deutschland ist es schon so, daß die Chefs so halbe Gottheiten sind und daß man mit ihnen kaum ins Gespräch kommt und daß alles vor ihnen furchtbar katzbuckelt, daß jede Entscheidung von ihnen richtig ist. . . . Einen rein menschlicheren Kontakt, wenn man mit den Leuten haben könnte. Der ist bestimmt in vielen Fällen nicht da. Das weiß ich vom Famulieren her und weiß das auch von Kliniken, von Uni-Kliniken her, daß die höheren Leute dann sich als Halbgötter fühlen.“ (7) Diese ungelenke, naiv klingende Aussage eines Medizinstudenten umschreibt die Krankenhausorganisation der klinischen Medizin fast genauso gut wie die wohlüberlegte Aussage des Dr. Mausbach. Sie zeigt, wie evident den in der Medizin Arbeitenden die Mißstände vor Augen liegen und wie sich diese Mißstände durch die Unreflektiertheit oder Resignation der Beteiligten perpetuieren können. Dabei wäre eine Demokratisierung nicht nur im Interesse des Arztes sondern auch im Interesse des Patienten wichtig,

„denn wie alle Professionals, so brauchen auch die Ärzte ‚Freiheit, um in erster Linie professionelle Entscheidungen auf Grund ihres durch Ausbildung erworbenen Urteilsvermögens zu treffen und nicht auf Diktat des Vorgesetzten in einer bürokratischen Hierarchie“ (8). Deutlicher gesprochen: Unter Ärzten im Krankenhaus dürfte es an sich „keine starre Autoritätsstruktur geben, sondern eine je nach der Situation und dem Gegenstande der Entscheidung sich einspielende Autoritätsverteilung“ (9).

„Die autoritäre Struktur des heutigen Krankenhausbetriebes behindert die nach modernen Erkenntnissen bestmögliche medizinische Behandlung und macht die für den Patienten notwendige Neufassung eines an gesellschaftlichen und psychosomatischen Kriterien orientierten Krankheitsbegriffes unmöglich.“ (10)

In allen Schilderungen wird so nicht nur die vordemokratische Struktur in der Organisation der klinischen Medizin deutlich, sondern zugleich deckt sich der Widerspruch auf, der darin liegt, daß diese Medizin im Außenverhältnis sehr wohl den Bedürfnissen des Kapitalismus entgegenkommt, im Innenverhältnis aber nicht nur vordemokratische sondern auch vorkapitalistische Zustände konserviert. Dabei werden nicht einmal zugunsten der einfachsten Prinzipien der Effizienz Zugeständnisse von der absolutistischen Hierarchie gemacht: „In den heutigen Medizinbetrieben spitzen sich katastrophale Mängel zu (vgl. auch im Bereich des Pflegepersonals), nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitsplatzbedingungen immer unzumutbarer werden und persönliche Initiative durch medizinisch nicht gerechtfertigte Aufrechterhaltung hierarchischer Strukturen eingeengt wird. Ärzte, die im Krankenhaus eine gute fachliche Qualifikation erreicht haben, verlassen z. B. das Krankenhaus, um unter weniger eingeengten Bedingungen, aber ohne dort ihre Fähigkeiten voll nutzen zu können, isoliert in eigener Praxis zu arbeiten.“ (10)

So weisen die Strukturen der Medizin Züge auf, die in krassem Gegensatz zum modernen Kapitalismus stehen. Dies hat zwei Konsequenzen:

1. Bei der Diskussion über die Strukturen des Krankenhauses ist von der einfachen Projektion eines kapitalistischen Modells abzusehen und
2. Bei der Reform des Krankenhauses wird man besonders darauf achten müssen, daß demokratische Positionen gegenüber technokratischen durchgesetzt werden. Nur bei Berücksichtigung dieser zwei Punkte kann das vermieden werden, was Deppe in einer Kritik der derzeitigen Ansätze zur Krankenhausreform schrieb: „Selbst wenn hier Autoritätskonflikte und Einkommensunterschiede in ungewohnter Schärfe hervortreten, so sind die tatsächlichen Strukturen von Herrschaft, die auf der privaten Aneignung fremder Arbeitsleistungen kraft des Einsatzes von Kapital beruhen, an diesem Objekt nur schwer einsehbar zu machen. Daher kann die in Gang kommende Krankenhausreform nicht mehr sein als eine längst überfällig gewordene Angleichung des Krankenhauswesens an die modernen Formen einer rentablen und reibungsloseren Betriebsführung, die in der Privatwirtschaft seit Jahren praktiziert wird.“ (11) Ob diese Prognose der zukünftigen Entwicklung zutreffen wird, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es gelingt, sich die demokratische Meinungsbildung und Entscheidungsstruktur während des Studiums anzugewöhnen. Unter diesen Umständen bieten die demokratischen Ansätze, die sich nach dem Hess. Universitätsgesetz nun auch auf die Medizin erstrecken, die Chance einer Fortwirkung in die Krankenhäuser.

Michael B. Krawinkel

Zitate:

- (1) Hier sei nur auf 2 Beiträge verwiesen: Harry Dreiszig, *Der Fall Medizin*, in *diskus* 3/70 und Hans Mausbach, „Halbgott in Weiß“ und die Folgen, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/70, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln
- (2) Urs Linder, *Produktivkraft Medizin? Eine Kritik ihrer Widersprüche* in *POLEMOS* Heft 15/Januar 1971/Basel
- (3) Horst Krähe und G. Schöning, *Funktionen der Medizin und ihre Manifestation in der medizinischen Ausbildung*, in *DAS ARGUMENT* 60 Kritik der bürgerlichen Medizin, Argument-Verlag, Berlin 1970
- (4) Hans-Ullrich Deppe, *Zum „Objekt“ der Medizin*, in *DAS ARGUMENT* 50/3 *Zur Sozialkritik der Psychologie, Psychiatrie und Medizin*, Argument-Verlag, Berlin 1969
- (5) „Georg W. Alshemer“ aus *Amerikaner in Vietnam* von E. Wulff in *DAS ARGUMENT* 36, Berlin 1966 (zitiert nach (4))
- (6) Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*, 3. Auflage, Frankfurt 1962
- (7) Antwort eines anonym interviewten Medizinstudenten auf die Frage: *Wie stellen Sie sich den idealen klinischen Lehrer vor?*, aus J. Feest und H. Kapuste, *Interviews in Ixburg*, Seite 125, Urban & Schwarzenberg-Verlag, München-Berlin-Wien 1970
- (8) Mary E. W. Goss, *Influence and Authority Among Physicians in an Out-Patient Clinic*, zitiert nach
- (9) J. J. Rohde, *Probleme des Arztberufs im Krankenhaus*, in „*Der Kranke in der modernen Gesellschaft*“, Seite 358, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 2. Auflage 1969
- (10) Auszug aus einem Vorabdruck aus *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, *Texte und Dokumente zum Frankfurter Krankenhauskonflikt*
- (11) Hans-Ullrich Deppe, *Zur Krankenhausreform*, in „*links*“ *Sozialistische Zeitschrift*, Nr. 16, Offenbach, November 1970

Die Schwarz-Weiß-Rote Zunft



Der große intellektuelle Gärungsprozeß, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre – scheinbar unvermittelt – in der Bundesrepublik durchbrach, machte auch nicht vor der traditionellen Domäne konservativ-liberaler „Geistigkeit“ halt, der deutschen Geschichtsschreibung. Die 100. Wiederkehr des Reichsgründungstags vom 18. Januar 1871 machte wieder einmal deutlich, welchen Weg die neuere deutsche Geschichtsschreibung zurückgelegt hat, zum Entsetzen der dahinsterbenden traditionellen Zunft-Orthodoxie. Fast ein Jahrhundert lang waren deutsche Historiker mit ihrem enormen Prestige Herolde der spezifisch preußisch-deutschen Ideologie gewesen, wie sie sich aus den politischen Bedürfnissen der herrschenden Klasse im preußisch-deutschen Reich gebildet hatte. Vor 1866/71 waren die deutschen Historiker überwiegend liberal-konservativ gewesen. An der Reichsgründung hatten sie als politisch engagierte Publizisten einen erheblichen Anteil, nach der Reichsgründung wurden sie überwiegend reichspatriotisch-konservativ. Rationale und progressiv-emanzipatorische Ansätze aus der Aufklärung her und selbst beim jungen Ranke wurden endgültig rigoros unterdrückt. Es entstand die kopflastige pseudo-philosophische Geschichtsideologie des deutschen Historismus, die in der Spiritualisierung der (eigenen) staatlichen Macht kulminierte und sich auf Irrationalismus und Subjektivismus, also auf das Gegenteil rationaler und objektiver Wissenschaft, stützte, am reinsten verkörpert in Friedrich Meinecke. Gleichzeitig verengte sich der Horizont der deutschen Geschichtswissenschaft von der relativen Weite Rankes auf eine germanisch-borussisch deutschnationale Nabelschau – in der Neuzeit von Luther über den Großen Kurfürsten, Friedrich den Großen, preußische Reformzeit 1861/3, zu Friedrich Wilhelm IV. und Bismarck. In der Weimarer Republik

trat die schon fast neurotische Verbissenheit hinzu, mit der das große Kriegserlebnis von 1914–1918 abgehandelt wurde.

Der formalen Verengung auf die preußisch-deutsche Geschichte entsprach die innere Borniertheit. Nur allzu rasch und allzu gründlich bewahrheitete sich im neudeutschen Kaiserreich die sarkastische Prognose von Jacob Burckhardt zu Sylvester 1872, als er ironisch empfahl, mit der Anschaffung neuer Bücher zur deutschen Geschichte für das Historische Seminar noch einige Jahre zu warten, „bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/1 orientiert sein wird“. In der Tat wurde die Weltgeschichte so intensiv auf schwarz-weiß-rot umgepinselt, daß seitdem ganzen Generationen in Deutschland ein anderes Geschichtsbild nicht mehr vorstellbar ist, höchstens als Geschichtsfälschung und Geschichtsklitterei. Kein Wunder, daß die Repräsentanten der alten Sicht in Geschichtswissenschaft und Politik Skandal schreien, weil sich seit einigen Jahren eine heranwachsende Generation von Historikern daranmacht, die Verzerrungen und Verzeichnungen des letzten Jahrhunderts wieder zu eliminieren, die der herrschenden Klasse als bequemes Opium für das Volk gedient hatten.

Wichtiger Bestandteil in dem nun angelaufenen und mit normalen wissenschaftlichen Methoden nicht mehr umkehrbaren Prozeß, die Aufklärung in Deutschland auch auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft nachzuholen, war die Hinwendung zur vorher ideologisch perhorreszierten Wirtschafts- und Sozialgeschichte unter Rezipierung sowohl der englisch-amerikanisch-französischen als auch der marxistischen Geschichtsschreibung, ferner unter Aktivierung einer oppositionellen Minderheitsströmung aus der Weimarer Repu-

blik, wie sie sich vor allem im Werk von Eckart Kehr verkörpert. Denn der deutschen Apologie liebstes Kind war die Behauptung gewesen, daß Männer, also große Einzelpersonlichkeiten, die Geschichte ganz oder überwiegend machten. Die Behauptung erschien halbwegs plausibel, solange das Werk eines der „großen Männer“ der jüngeren deutschen Geschichte einigermaßen funktionierte, das Bismarckreich. Nach seinem Sturz und Ende in zwei Raten im Anschluß an zwei im wesentlichen vom Deutschen Reich selbst verursachten Weltkriegen bot sich das absonderliche Schauspiel, daß die deutsche Zunft an ihrem „theoretischen“ Dogma festhielt, soweit ihre „positiven“ Helden zur Debatte standen, es aber im gleichen Atemzug preisgaben, wenn es darum ging, historische Verantwortlichkeiten für den allgemeinen Bankrott des Deutschen Reichs zu konstatieren. Dann wurden sie plötzlich von jeder Verantwortung freigesprochen zugunsten von neuen Bösewichtern, die vor der Katastrophe, manchmal von den gleichen Historikern, noch als die Helden der deutschen Welt ausgegeben worden waren – Ludendorff und die Alldeutschen nach dem Ersten Weltkrieg, Hitler und der Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Außerdem wurde die Verantwortung auf kollektive böse Mächte abgeschoben, und wenn alles nichts half, war immer noch als „deus ex machina“ das „Schicksal“ oder „Verhängnis“ als vernebelnde Kategorie hilfreich zur Stelle. Gerhard Ritter war nur der bedeutendste und bis in die ältere Generation unserer Tage hineinwirkende Großmeister jener apologetischen Verneblungszunft. Es ist nur konsequent, daß sich bei ihm die Beispiele der plattesten politischen Identifizierung mit den Akteuren der von ihm erlebten und beschriebenen Epoche auf deutscher Seite besonders häufen: der absolut unwissenschaftliche Gebrauch der Pronomina „wir“, „uns“ und „unser“ zur Bezeichnung der deutschen Seite, „Feinde“ und „Gegner“ der Alliierten im Ersten Weltkrieg, oder emotionale Vokabeln wie „leider“, „unglückseligerweise“ usw. Entsprechend nimmt sich Ritters schon fast manische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und seiner Vorgeschichte aus. Mit dem Anspruch wissenschaftlicher, objektiver Analyse produzierte sich Gerhard Ritter in Wirklichkeit nur als Schamane der herrschenden Klasse nach 1945. Mit seinem Bemühen, den Nationalsozialismus zu dämonisieren und damit aus der deutschen Geschichte zu eskamotieren, füllte er die Funktion eines Zauberpriesters aus, der mit rituellen Reinigungszeremonien seinen Stamm von unerklärlichem Unheil befreien will. Hatte Meinecke noch in relativ „heilen“ Jahren bereits in kritikloser Anknüpfung an Ranke von der Funktion des Historikers als Priester gesprochen, so erreichte die deutsche wissenschaftlich drapierte Geschichtsmagie mit dem späten Meinecke und Gerhard Ritter nach 1945 ihren ebenso atembe-

raubenden wie provozierenden Gipfel. Danach war nur noch der „Absturz“ in die Rationalität möglich. Hier liegt die emanzipatorische Bedeutung der leidenschaftlichen Debatte um die Rolle des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg, die als „Fischer-Kontroverse“ bereits in die Wissenschaftsgeschichte eingegangen ist.

Denn das „Weltkriegserlebnis“ gehörte zu den zentralen Bestandteilen der deutsch-national reaktionären Geschichtsideologie zwischen den beiden Weltkriegen. Die Tatsache, daß die Vertreter der orthodoxen Zunft, an ihrer Spitze Gerhard Ritter, in einem entscheidenden Punkt gleichsam systemimmanent widerlegt wurden, hatte eine befreiende Wirkung auf übrige Bereiche der deutschen Geschichtsschreibung. Ausgehend vom Ersten Weltkrieg setzte ein radikaler Revisionsprozeß ein, der von 1914/18 rückwärtsschreitend immer weitere Perioden der preußisch-deutschen Geschichte erfaßte. Gleichzeitig wandten sich auch immer mehr deutsche Historiker außerdeutschen, ja außereuropäischen Themen zu, auch dies ein Zeichen dafür, daß die deutsche Geschichtsschreibung dabei ist, den Anschluß an die internationale Geschichtswissenschaft zu gewinnen.

Es gibt natürlich nach wie vor noch Historiker, die im alten Stil weiterschreiben, aber sie produzieren, wie Walther Hubatsch in Bonn, im Grunde kaum viel mehr als Makulatur und geraten immer mehr in die Defensive und Vergessenheit zu Lebzeiten, was natürlich auch ihre Frustration und massive Reaktion gegen die jüngere Richtung erklärt. Sie überleben sich sichtbar schon zu ihren Lebtagen, haben aber in die Fakultäten der unreformierten Universitäten noch immer so viel Macht, daß sie selbst habilitierte Vertreter einer modernisierten Geschichtsschreibung nicht hochkommen lassen. Der legendäre Pluralismus an den deutschen Universitäten, den solche Ordinarien krampfhaft hochhalten, wirkt eben noch immer zugunsten der bisherigen Reaktion. Um so entlarvender wirkt es aber auch, wenn chauvinistische Politiker, wie Franz Josef Strauß, noch heute mit deutschnationalen Legenden der 20er und 30er Jahre über den Ersten Weltkrieg, namentlich der deutschen Kriegsunschuld, bei dafür empfänglichen Rechtskreisen hausieren gehen. Hier kann angewandte Geschichtswissenschaft gezielte politische Aufklärung leisten, denn die „wissenschaftliche“ Basis eines Strauß für seine pseudo-historischen Geschichtsklitterungen sind natürlich noch dürftiger als die eines Gerhard Ritter oder Walther Hubatsch, die wenigstens noch über erhebliche Kenntnis von (wenn auch einseitig selektierten und interpretierten) Fakten verfügen bzw. verfügten.

Deshalb ist es so außerordentlich zu bedauern, daß in dem gleichen Augenblick, da sich eine junge, moderne und emanzipatorische Geschichtswissenschaft zu

entwickeln anschickt, eine Welle der Ablehnung der Geschichte und des historischen Prinzips durch die junge Generation, namentlich auch die Neue Linke geht. Die Reaktion ist verständlich: Weil Historiker in den letzten 100 Jahren überwiegend reaktionär waren und reaktionär auftraten, hat sich offenbar die Ansicht durchgesetzt, daß alle Historiker und daß die Geschichte selbst reaktionär (weil per definitionem mit Dem Alten zu tun habend) sein müßten. Das ist ein schwerwiegender Irrtum. Die Vergangenheit, also die Geschichte, wirkt nach wie vor in unsere Gegenwart hinein, eben weil unsere gegenwärtigen sozialen und politischen Strukturen in der Vergangenheit entstanden sind. Die Spannungen und Konflikte auch unserer Gegenwart bleiben ohne Kenntnis der historischen Voraussetzungen unverständlich, ob man lokale Konflikte nimmt, wie den Bürgerkrieg in Nigeria und Pakistan, oder regionale und globale, wie den Ost-West-Konflikt oder den sich abzeichnenden Konflikt zwischen den industrialisierten (wohlhabenden) und den agrarischen (armen) Ländern und Gesellschaften der Erde. Eine neue Geschichtswissenschaft mit emanzipatorischem und aufklärerischem Ansatz könnte und müßte durch rationale Analyse zur Erhellung und größeren Transparenz unserer ohnehin verworrenen Situation beitragen, eben durch die Einführung der historischen Dimension, ohne in den Fehler zu verfallen, sie zu verabsolutieren. Dazu gehört eine sinnvolle Kombination von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Elementen mit den traditionellen der politischen und geistesgeschichtlichen, von „nationalen“ und international-universalen. So wird es einem deutschen Historiker, wenn er über deutsche Geschichte gearbeitet hat, stets gut tun, wenn er auch einmal über ein außereuropäisches Thema forscht, das auf ersten Blick nichts mit Deutschland zu tun hat. Die Weltpolitik seit 1945 hat immer wieder Themen geliefert, die mit ihrer brennenden Aktualität auch in Deutschland zur Kenntnis genommen werden und zu denen in der bundesdeutschen Gesellschaft ein erheblicher Nachholbedarf an schlichter Information vorliegt: Vietnam, Afro-Amerikaner und „Black Power“, Nahostkonflikt, Südafrika, Nigeria, Lateinamerika. Die Geschichte selbst zwingt uns Deutsche endlich zur längst überfälligen Deprovinzialisierung, gerade auch in unserem Geschichtsbild und in unserer Geschichtskennntnis. Hier liegt ein weites und fruchtbares Feld für jüngere Historiker, neben der notwendigen Aufarbeitung der traditionellen deutschen Geschichte unter kritischen und wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten.

Imanuel Geiss

Sprach- verwirrung

Symptomatisch für den eigenartigen Parallelismus von Desinteresse und gleichzeitiger Kritik an der Linguistik ist das Deutsche Seminar:

„Das Hauptgewicht (einer zukünftigen Germanistik, meine Anmerkung) muß auf einer Auseinandersetzung zwischen marxistischer und analytisch-positivistischer Forschungsstrategie liegen.“¹⁾

So weit ist diese Feststellung trivial. Wenn nun aber der Vorschlag für eine Forschungsstrategie so konzipiert wird:

„Dabei sind die axiomatischen und semiotischen Voraussetzungen der modernen Linguistik, des Strukturalismus auf ihre ideologischen, ahistorischen (gestrichen wurde in der 2. Version „irrationalistischen“) Ansätze hin zu überprüfen.“¹⁾

Dann kann man verschieden reagieren: Entweder man versucht, die in dieser Formulierung falsch verwandten und von Uninformiertheit und Borniertheit zeugenden Begriffe in einer Auseinandersetzung zu klären (dies gelang nicht!), oder man zieht sich, nun selbst borniert, zurück, wissend über derlei untheoretische Gerede. Hier wird der erste Weg erneut versucht, mit Hilfe von Fragen an den Verfasser:

1. Wie können „Voraussetzungen“ auf „Ansätze“ hin überprüft werden?

2. Wie kam die Unterscheidung zwischen „moderne Linguistik“ und „Strukturalismus“ zustande? Die Lektüre eines einzigen Artikels zum „nicht-linguistischen“ Strukturalismus hätte zeigen können, daß diese Differenzierung den Verfasser selbst, nicht die Linguistik (inkl. Strukturalismus) widerlegt. Denn Argumente gegen strukturalistische Theorien (etwa Ethnologie, Literaturtheorie) beziehen sich immer vermittelt auf die Linguistik. Aber auch dies ist für halbwegs Informierte mittlerweile eine Trivialität. Die Fachdiskussion ist bereits weiter, als progressive Germanisten eine zukünftige Germanistik projektieren.

3. Inwieweit kann man zwei so disjunkte Inhalte wie „axiomatisch“ und „semantisch“ durch Konjunktion auf eine konzeptuelle Ebene bringen?

Ein axiomatisches System (axiomatische Voraussetzungen gibt es nicht, es gibt nur Axiome und deren logische Konsistenz in einer Theorie) ist ein System von „nicht hinterfragbaren“ Setzungen, die die Linguistik nicht besitzt, es sei denn, der Verfasser versteht unter „axiomatischen Voraussetzungen“ „S“ (Satz) als Ausgangspunkt der Analyse einer transformationellen Syntax. (S ist hier das einzige Axiom; kraft seiner Intuition stimmt der Verfasser sicher zu, daß ein Satz eine relevante sprachliche Einheit ist.)

Semiotik ist die Lehre von Zeichensystemen gleich welcher Art. Eine „semiotische Voraussetzung“ der Linguistik gibt es nicht. Dies wäre theoretisch ein Unding. Der Gegenstandsbereich der Linguistik ist ein semiotisches System, nämlich Sprache, nicht aber ihre Voraussetzung. Ist möglicherweise die linguistische Fachsprache gemeint? Dann jedoch hätte man

sagen müssen: die metatheoretischen und konzeptuellen Voraussetzungen.

„Axiomatisch“ und „semiotisch“ kann man (sinnvollerweise) nicht so und nicht mit „Voraussetzungen“ verknüpfen, es sei denn, es handelt sich nicht um einen ernstgemeinten Vorschlag, sondern um eine Parodie eines seines Faches nur wenig kundigen Linguisten.

Insofern, d. h. so lange beim Verfasser gar nicht geklärt ist, welche Konzepte wie in der Linguistik ihren theoretischen Stellenwert haben, ist eine „kritische“ Überprüfung unmöglich. Denn: wie kann etwas überprüft und problematisiert werden, was es so gar nicht gibt?

Fazit: Formalisten unter den Linguisten sehen „rosigen“ Zeiten entgegen. Sie haben beim theoretischen Wissen ihrer Kritiker nicht viel zu befürchten:

„Die Germanistik macht einen großen Sprung nach vorn – ein neues Fach etabliert sich (...) Jung, modern, objektiv, wertfrei – die Sprachwissenschaft der Zukunft. ... wenden sich an deutschen Hochschulen viele angehende Sprachlehrer dieser neuen Theorie zu, die (endlich) eine Wissenschaft zu konstituieren verspricht – auslandsimportiert, bürgt für Qualität. ... Was sagen die Marxisten dazu? Erneute Verwirrung. Maschinelle Linguistik in Moskau, generative Grammatik in der DDR – nanu?“²⁾

Eine Curriculum-Diskussion für ein Linguistikstudium muß von einer theoretisch haltbaren Kritik ausgehen können. Solange die Auseinandersetzung sich jedoch nur auf der Ebene heuristischer Vorüberlegungen und Definitions- und Verständnisfragen bewegt, ist es nicht möglich, die Forderung, linguistische Konzepte wissenschaftstheoretisch und hinsichtlich gesellschaftlicher Dimensionen zu reflektieren, sinnvoll zu erfüllen:

„Sowohl sachliche Information seitens der Kritiker als auch kritische Selbstreflexion der Linguisten waren nicht in dem Maße vorhanden, daß eine wissenschaftstheoretische Diskussion hätte sinnvoll geführt werden können.“³⁾

Beate Barsch

¹⁾ Materialien zur Curriculumsdiskussion des Ausschusses Lehre am Deutschen Seminar, 1 (1970).

²⁾ B. Ohl, Ausschnitt aus dem Tutorenprogramm am Deutschen Seminar, 1971.

³⁾ H. Leuninger und P. Pfeffer, Zur Reform des Linguistikstudiums; Ling. Berichte 13 (1971), 67–68.

BOCKENHEIMER BÜCHERWARTE

Studienliteratur
Wissenschaften
Literatur unserer Zeit

direkt an der Universität
Bockenheimer
Landstraße 133

Telefon
06 11/7710 88/89

Sie suchen ein Zimmer?

Aufgrund der prekären Wohn- und Wohnheimsituation in Frankfurt hat die Selbstverwaltung des Studentenwohnheims Schwanheim Richtlinien erarbeitet, nach denen ökonomisch und sozial besonders benachteiligte Kommilitoninnen und Kommilitonen bevorzugt aufgenommen werden können.

Grundlegende Kriterien der Aufnahme sind folgende:

- bis zu 400,- DM monatliches Einkommen gemäß Honeffer Modell BVG (bei entsprechender Unterstützung durch die Eltern müssen Gehalts- und Einkommenserklärungen vorgelegt werden.)
- besondere Belastungen

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an die Heimselbstverwaltung des Studentenwohnheims, 6 Efm.-Schwanheim, Henriette-Fürth-Str. 2, Tel. 35 00 31, 35 00 32

Antragsformulare werden Ihnen umgehend zugesandt.

Erklärung in den Geschichts- wissenschaften

Keine Wissenschaft ist ideologiefälliger und mehr der Manipulation der politischen Meinungs- bzw. Vorurteilsbildung ausgesetzt als die Geschichte. Die faschistischen Geschichtsklitterungen über die Entstehung des 1. Weltkrieges oder die der Neo-Nazis über den 2. Weltkrieg sind nur die Extremfälle ideologischer Verfälschungen, deren Absicht mit unterschiedlicher Deutlichkeit zu durchschauen ist. Ein wesentlicher Aspekt der Ideologiefälligkeit liegt in der methodologischen Unreflektiertheit der Historiker, nicht hinsichtlich der Methodik der Quellenforschung, sondern hinsichtlich der Bedeutung von Erklärungen und allgemeinen Gesetzen in der Geschichte. Die Frage nach der adäquaten Form einer historischen Erklärung kann nicht abgewiesen werden, da der Anspruch der Geschichte nicht auf bloßes Faktensammeln reduziert werden kann. Die Rekonstruktion von Wirkungszusammenhängen in der Geschichte erfordert daher – wie in jeder anderen Wissenschaft – Kausalanalysen und darüber hinaus Theorien, auf Grund derer die einzelnen Kausalfaktoren gewichtet werden können. In der Praxis der Geschichtsschreibung werden Erklärungsgewohnheiten des Alltags in Anspruch genommen, auf deren Explikation meist zu Recht wegen ihrer Trivialität verzichtet werden kann, weil dadurch eine historische Darstellung unnötig belastet würde. Andererseits liegt in dieser Methode darin die Gefahr, daß die stillschweigend vorausgesetzten Erklärungen, wenn sie einer wissenschaftlichen Kritik nicht standhalten und sich als die landläufigen Vorurteile erweisen würden, verdeckt bleiben.

Der Kausalcharakter historischer Darstellung zeigt sich dabei nur in der Auswahl der geschilderten Tatsachen, denen innerhalb eines geschichtlichen Zusammenhangs der Stellenwert von Kausalfaktoren zukommt. Die Willkür in der Auswahl der relevanten Fakten kann nur ausgeschaltet werden, wenn die vorausgesetzten Erklärungen expliziert und der Geschichte verwandte Wissenschaften Soziologie, Kommunikations- und Spieltheorie z. B., in denen gesetzesartige Aussagen bestehen, systematisch ausgewertet werden.

In dem folgenden Artikel werden die wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen zu diesem Problembereich dargestellt, deren Existenz von Geschichts-Professoren hierzulande noch kaum wahrgenommen worden ist.

Red.

Was tut ein Historiker eigentlich, wenn er Geschichte schreibt? Auf diese Frage nach der Wissenschaftstheorie der Geschichtswissenschaften wird den meisten Historikern selbst kaum mehr einfallen, als daß es da doch irgendwo einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Naturwissenschaften auf der einen Seite und den Kultur- und somit auch den Geschichtswissenschaften auf der anderen Seite geben soll. Aber das Wissen um diesen Unterschied ist meist ebenso unklar, wie der ihn begründende Gegensatz zwischen erklärenden und verstehenden bzw. nomothetischen und ideographischen Wissenschaften im Dunkeln bleibt. Wir versuchen daher, in direkter Bezugnahme auf Ergebnisse der neueren wissenschaftstheoretischen Diskussion etwas zur Klärung der Wissenschaftstheorie der Geschichtswissenschaften beizutragen, ohne zunächst an die ältere Kontroverse um den Unterschied zwischen Natur- und Kulturwissenschaften anzuknüpfen.

Die Theorie der wissenschaftlichen Erklärung von C. G. Hempel und P. Oppenheim (ausgehend von: "The Function of General Laws in History" (1)), die zuletzt sehr ausführlich in Stegmüllers Buch "Wissenschaftliche Erklärung und Begründung" (2) dargestellt wurde, erhebt ausdrücklich den Anspruch, eine Theorie aller Formen wissenschaftlicher Erklärung zu sein, so daß der Versuch, mit ihrer Hilfe auch die Struktur geschichtswissenschaftlicher Erklärungen zu analysieren, sich geradezu aufdrängt. In einer etwas vereinfachenden Darstellung lassen sich die Grundgedanken der Hempelschen Erklärungstheorie in etwa so zusammenfassen:

1. Jede adäquate und vollständige Erklärung ist ein deduktives Argument, d. h. ein logischer Schluß, bei dem ein Satz, der das zu erklärende Ereignis beschreibt, aus einer Reihe von Prämissen deduktiv erschlossen wird.

2. Die Prämissen des die Erklärung bildenden deduktiven Arguments bestehen aus zwei Klassen von Sätzen: (a) aus einer Klasse von Sätzen, in denen singuläre Anfangsbedingungen angeführt werden, und (b) aus einer Klasse von Sätzen, die generelle Gesetze repräsentieren.

3. Jede Erklärung muß mindestens ein generelles Gesetz enthalten.

Etwas formalisiert sieht dieses Erklärungsschema, das das deduktiv-nomologische Modell wissenschaftlicher Erklärung genannt wird, also folgendermaßen aus:

$$\begin{array}{l} L_1, L_2, \dots, L_k \\ C_1, C_2, \dots, C_l \\ \hline E \end{array}$$

D. h. in einer adäquaten Erklärung wird aus einer Reihe von Gesetzen (mindestens einem) und einer Reihe von Anfangsbedingungen auf das zu erklärende Ereignis (Explanandum) geschlossen.

Das Beispiel einer physikalischen Erklärung soll hier zur Erläuterung des deduktiv-nomologischen Erklärungsmodells dienen. Angenommen, ein Physiker werde gefragt, war-

um bei einer Expedition auf dem Mont Blanc das Kaffeewasser beim Kochen schon bei einer Temperatur von ca. 84° C gesiedet hat, so wird er wahrscheinlich antworten: Das liegt daran, daß der Mont Blanc 4800 m hoch ist und in dieser Höhe der Luftdruck nur 417 mm Quecksilbersäule beträgt; außerdem siedet jede Flüssigkeit bei derjenigen Temperatur, bei der ihr Dampfdruck dem äußeren Druck gleichkommt, und weiter erreicht Wasser den Dampfdruck von 417 mm Quecksilbersäule bei 84° C. Die Erklärung des Physikers enthält also als singuläre Prämissen die Sätze "Der Mont Blanc ist 4800 m hoch" und "Ein Topf mit Wasser wurde auf dem Mont Blanc auf eine Temperatur von ca. 84° C erhitzt" und als generelle Prämissen die Sätze "Der Luftdruck beträgt auf der Erde in einer Höhe von 4800 m ca. 417 mm Quecksilbersäule", "Der Dampfdruck von Wasser erreicht den Wert 417 mm Quecksilbersäule bei einer Temperatur von 84° C" und "Jede Flüssigkeit siedet, wenn ihr Dampfdruck dem äußeren Druck erreicht". Aus diesen Prämissen läßt sich deduktiv erschließen, daß das Kaffeewasser auf dem Mont Blanc bei einer Temperatur von ca. 84° C sieden mußte.

Eine Auffassung von wissenschaftlicher Erklärung, die im Kern bereits die ganze Hempelsche Erklärungstheorie enthält, hat Popper schon 1934 in der "Logik der Forschung" (3) seinen wissenschaftstheoretischen Überlegungen zugrundegelegt. Er schreibt lapidar: "Einen Vorgang 'kausal erklären' heißt, einen Satz, der ihn beschreibt, aus Gesetzen und Randbedingungen deduktiv ableiten" (4). Aus dieser Konzeption wissenschaftlicher Erklärung gewinnt Popper dann auch gleich noch eine – an die ältere Unterscheidung zwischen nomothetischen und ideographischen Wissenschaften erinnernde – Unterscheidung zweier verschiedener Wissenschaftstypen: die Unterscheidung zwischen theoretischen und historischen Wissenschaften (5). Die theoretischen Wissenschaften sind dabei jene, die versuchen, die Gesetzmäßigkeiten herauszufinden, die in ihrem Gegenstandsbereich herrschen, die historischen Wissenschaften jene, die versuchen, durch die Auffindung passender Randbedingungen und mit Hilfe der von den theoretischen Wissenschaften bereitgestellten Gesetze einzelne Ereignisse wissenschaftlich zu erklären. Dieser Unterscheidung soll aber hier nicht weiter nachgegangen werden.

Kehren wir vielmehr wieder zu dem von Hempel ausgeführten deduktiv-nomologischen Modell der wissenschaftlichen Erklärung zurück und wenden uns dabei der Frage zu, ob dieses Modell auch eine zutreffende Analyse geschichtswissenschaftlicher Erklärungen liefert. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß eine ganze Reihe wissenschaftstheoretischer Autoren diesen Anspruch ganz entschieden bestritten hat. Der vehementeste Gegner der These, auch geschichtswissenschaftliche Erklärungen ließen sich nach dem Hempelschen Modell begreifen, ist dabei vielleicht William Dray (6). Er wendet sich besonders gegen die Behauptung Hempels, jede wissenschaftliche Erklärung müsse zumindest ein generelles Ge-

setz enthalten. Dray führt, um die Plausibilität dieser These infragezustellen, folgendes – schon von Gardiner ausführlich diskutierte (7) – Beispiel einer geschichtswissenschaftlichen Erklärung an: ein Historiker erklärt die Tatsache, daß Ludwig der XIV. unpopulär starb, indem er darauf verweist, daß die Politik Ludwigs XIV. den Interessen seiner Untertanen sehr geschadet hat. Kann man von dieser Erklärung sagen, sie sei erst dann adäquat und vollständig formuliert, wenn in ihr auf zumindest ein generelles Gesetz rekurriert wird?

Dray verneint diese Frage ganz entschieden; denn s.E. existiert solch ein generelles Gesetz, das akzeptierbar (d.h. empirisch gut bestätigt) wäre und andererseits die Erklärung des Historikers auch tatsächlich deckte (im Sinne des Hempelschen Modells), nicht einmal. Ein mögliches Gesetz im Sinne der Theorie Hempels wäre nämlich z.B. der Satz „Herrscher, die eine Politik verfolgen, die den Interessen ihrer Untertanen zuwiderläuft, werden unpopulär“. Aber auch ohne größere empirische Untersuchung läßt sich sehen, daß dieser Satz in seiner Allgemeinheit so nicht akzeptabel ist; denn es ist ja nicht so, daß jede Politik, die den Interessen der Untertanen zuwiderläuft, auch zur Unpopularität ihres Urhebers führt: hätte z.B. Ludwig XIV. in seiner Außenpolitik am Ende seiner Regierung mehr Erfolg gehabt oder wäre er zu der von ihm geführten Politik – von wem auch immer – selbst gezwungen worden oder hätte er außer der Politik, die er führte, auch noch eine Politik des Typus „Brot und Spiele“ betrieben, so wäre er vielleicht zu seinem Lebensende nicht unpopulär geworden. Der angeführte generelle Satz muß daher als empirisch falsch und somit als nicht akzeptierbar angesehen werden.

Außerdem entspricht er in seiner Allgemeinheit auch gar nicht den Intentionen, die den Historiker bei seiner Erklärung leiteten.

Einladung zum kostenlosen Proberauchen

Probieren Sie zungenmilden
Pipe Tobacco! 6 Pröbchen
gratis. Postkarte genügt.

EXCLUSIV

Tobacco

83 Landshut, Postfach 568



Denn dieser hatte ja nicht sagen wollen, daß jede die Interessen der Untertanen mißachtende Politik notwendig zur Unpopularität ihres Urhebers führe, sondern nur, daß die spezifische Form einer solchen Politik unter den gegebenen spezifischen Umständen dazu führte, daß Ludwig XIV. bei seinem Tode unpopulär war. Dray meint daher, ein allgemeines Gesetz könne niemals den Sinn einer geschichtswissenschaftlichen Erklärung wiedergeben, der es um die spezifischen Umstände eines spezifischen historischen Ereignisses gehe; ein solches Gesetz könne in einer geschichtswissenschaftlichen Erklärung daher auch niemals als „covering law“ im Sinne des Hempelschen Modells dienen. Darüber hinaus laufe die Behauptung, eine Erklärung sei ohne die Angabe eines generellen Gesetzes unvollständig, auf nichts anderes als auf eine petitio principii hinaus; denn welchen Grund habe man, an der Vollständigkeit z.B. der angeführten Erklärung der mangelnden Popularität Ludwigs XIV. zu zweifeln, wenn man nicht schon vorab das Hempelsche Modell als Maßstab der Vollständigkeit zugrunde lege?

Betrachten wir das Draysche Beispiel aber noch einmal genauer: auf die unverhältnismäßige Allgemeinheit, die sich nicht nur in der Formulierung des generellen Gesetzes, sondern schon in der Erklärung des Historikers findet, hatte Dray schon selbst hingewiesen. Es erscheint daher nicht unwahrscheinlich, daß die Plausibilität der Argumentation Drays hauptsächlich auf der allzu allgemein gehaltenen Fassung seines Erklärungsbeispiels beruht. Tatsächlich hätte ein Historiker auf die Frage nach den Ursachen der Unpopularität Ludwigs XIV. bei seinem Tode auch wohl eine detailliertere Antwort gegeben als in Drays Beispiel. Vielleicht eine Erklärung der folgenden Art: Ludwig der XIV. starb unpopulär, u. a. weil er sein Land in einer Reihe schließlich erfolgloser Kriege erschöpfte, weil er Jansenisten und Hugenotten verfolgen ließ und weil er eine übertriebene Hofhaltung beibehielt.

Doch auch bei dieser viel spezielleren und konkreteren Erklärung stellt sich die Frage, ob das dieser Erklärung entsprechende allgemeine Gesetz „Jeder Herrscher, der sein Land in erfolglose Kriege mit fremden Mächten verwickelt, der religiöse Minderheiten verfolgen läßt und der einen parasitären Hof beibehält, wird unpopulär“ tatsächlich akzeptierbar ist. Zweifellos ist manchem auch bei dieser Formulierung noch nicht ganz wohl. Und es drängen sich z.B. die Fragen auf: Müßten nicht noch andere Bedingungen in Betracht gezogen werden? und: Ist das angeführte Gesetz in dieser Form auch wirklich allgemeingültig, gilt es z.B. auch für die Stammeshäuptlinge der Indianerstämme am Amazonas? Kann man aber aus der Berechtigung dieser Fragen und aus dem allgemeinen Unbehagen an der angeführten Formulierung darauf schließen, daß sich prinzipiell kein akzeptierbarer genereller Satz finden läßt, mit dessen Hilfe die zweite Erklärung des Historikers im Sinne des Hempelschen Erklärungsmodells zu vervollständigen wäre?

Gegen diese Schlußfolgerung kann zunächst einmal geltend gemacht werden, daß man auf Grund der damals herrschenden Umstände (erfolglose Kriege, Verfolgung religiöser Minderheiten etc.) die Unpopularität Ludwigs XIV. bei seinem Tode durchaus hätte voraussagen können. Dabei spielt es keine Rolle, daß eine gerechtfertigte Voraussage vielleicht noch andere als die in der Gesetzesaussage angeführten Umstände in Betracht hätte ziehen müssen; denn alle diese Umstände können ja bei einer Verbesserung der ursprünglichen Aussage in ein neues gene-

das studentenkino
in der universität

pupille

Die Veranstaltungen finden im Festsaal des Studentenhauses, Jügelstraße 1, statt, wenn nichts anderes angegeben, jeweils 13.45, 18.00 und 20.30 Uhr.

7. 6. Tod eines Killers

The killers

Darsteller: Lee Marvin, Angie Dickinson, John Cassavetes

Regie: Don Siegel

(nach Hemingways Kurzgeschichte „Die Killer“)

9. 6. Machen wir's in Liebe

Let's make love

D.: Marilyn Monroe, Yves Montand, Tony Randall, Frankie Vaughan

R.: George Cukor

(Marilyn at her best)

14. 6. Monte Walsh – Mach ein Kreuz und fahr zur Hölle

Monte Walsh

D.: Lee Marvin, Jack Palance, Jeanne Moreau

R.: William A. Fraker

(das Ende der alten Cowboy-Herrlichkeit)

16. 6. Herzkönig

Le roi de coeur

D.: Geneviève Bujol, Alan Bates, Jean-Claude Brialy, Claude Brasseur, Michèle Morgan

R.: Philippe de Broca

(nett, versponnen – Beispiel 5 unserer Serie über de Broca)

21. 6. Der zweite Atem

Le deuxième souffle

D.: Lino Ventura, Paul Meurisse, Raymond Pellegrin

R.: Jean-Pierre Melville

(Klasse-Krimi)

23. 6. Donald Duck als Sonntagsjäger und andere Zeichentrickfilme

(ab 13.45 durchgehend bis 22.30)

24. 6. Rosemaries Baby

Rosemary's baby

D.: Mia Farrow, John Cassavetes

R.: Roman Polanski

(nur 14.00 und 20.00)

28. 6. Fahrt zur Hölle Ihr Halunken (Italo)

Studenten und Schüler mit Ausweis zahlen 1,60 DM
Establishment/Nichtstudenten 2,50 DM
Karten jeweils 1/4 Stunde vor Vorstellungsbeginn.

relles Gesetz mit einbezogen werden. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr nur die Tatsache, daß die Unpopularität Ludwigs XIV. aufgrund einer endlichen Menge von Umständen hätte vorausgesagt werden können und daß es daher ein generelles Gesetz geben muß, das den Schluß von der Menge der Umstände auf das zu erklärende Ereignis ermöglicht. Dieses Gesetz muß allerdings kein striktes nomologisches Gesetz sein, sondern kann durchaus einen eher „losen“ Charakter haben, in dem Sinne, daß es nur einen Wahrscheinlichkeitsschluß von den Anfangsbedingungen auf das zu erklärende Ereignis zuläßt.

Hempel hat in späteren Formulierungen seiner Erklärungstheorie aus diesem Grunde dem deduktiv-nomologischen ein induktiv-statistisches Erklärungsmodell an die Seite gestellt, das einen ebenso legitimen Typus wissenschaftlichen Erklärens repräsentiert. In diesem induktiv-statistischen Modell dürfen auch statistische Gesetze verwendet werden, d. h. Gesetze, die besagen, daß unter gewissen Anfangsbedingungen ein bestimmtes Ereignis mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Darüberhinaus interpretiert Hempel in späteren Arbeiten seine Erklärungsmodelle als ideale Modelle *vollständiger* Erklärungen, von denen faktische Erklärungen in gewissem Maße abweichen können, ohne deshalb sofort unwissenschaftlich oder gar völlig inadäquat zu sein.

Zwei Haupttypen solcher Abweichungen vom idealen Modell seien hier erwähnt, da sie in den Geschichtswissenschaften des öfteren eine Rolle spielen: die Erklärungsskizzen und die Erklärbarkeitsbehauptungen. Erklärungsskizzen sind dabei sozusagen die Gerippe vollständiger Erklärungen. Sie erwähnen meist nur einige, aber nicht alle Anfangsbedingungen, die zur Erschließung des zu erklärenden Ereignisses notwendig sind, und auch die Gesetze, mit deren Hilfe von den Anfangsbedingungen auf das zu erklärende Ereignis geschlossen wurde, tauchen meist nur in einer elliptischen Formulierung auf, d. h. einer Formulierung, die wiederum nur einige Anfangsbedingungen und an Stelle der fehlenden Anfangsbedingungen eine unbestimmte Klausel enthält. In vielen faktischen Erklärungen werden allerdings Gesetze überhaupt nicht erwähnt, da man sie für selbstverständlich hält. Erklärbarkeitsbehauptungen sind dagegen jene extremen Fälle von Erklärungsskizzen, in denen ein entsprechendes Gesetz überhaupt unbekannt ist. Eine Erklärbarkeitsbehauptung der Art: C_1, C_2, \dots, C_k waren die Ursachen von E, enthält daher immer – gewissermaßen als vielleicht ungedeckten Wechsel auf die zukünftige Forschung – das Existenzpostulat: und es gibt ein Gesetz, so daß auf C_1, C_2, \dots und C_k notwendig E folgt. Es ist klar, daß Erklärbarkeitsbehauptungen aus diesem Grunde in der Wissenschaft nur wenig Bedeutung haben können, wenn nicht zumindest eine indirekte Begründung für die Richtigkeit der in ihnen enthaltenen Existenzpostulate vorliegt.

Im Zusammenhang der Überlegungen der vorhergehenden Abschnitte ist es wohl sinnvoll, die zweite der oben angeführten Erklärungen der Unpopularität Ludwigs XIV. bei seinem Tode als eine Erklärungsskizze aufzufassen, die als generellen Satz die Wahrscheinlichkeitsaussage enthält: Jeder Herrscher, der sein Land in erfolglosen Kriegen gegen fremde Mächte erschöpft, der religiöse Minderheiten verfolgen läßt und der einen parasitären Hof beibehält, wird mit großer Wahrscheinlichkeit unpopulär. Die gegebene Erklärung entspricht in dieser Interpretation also durchaus den Modellen der – modifizierten – Hempelschen Erklärungstheorie. Darüber hinaus wird man

sagen müssen, daß die Erklärung ohne die Angabe eines generellen Gesetzes wohl doch unvollständig wäre; denn wie anders als durch den Hinweis auf ein solches Gesetz will man den behaupteten kausalen Zusammenhang rechtfertigen. Die Frage, warum gerade die Verfolgung religiöser Minderheiten und nicht etwa eine bestimmte Konstellation der Planeten Jupiter und Saturn zur Unpopularität Ludwigs XIV. beigetragen haben soll, läßt sich doch nur durch den Hinweis darauf beantworten, daß sich zwar ein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen der Verfolgung religiöser Minderheiten und der Unpopularität derer, die für diese Verfolgung verantwortlich sind, nachweisen läßt, nicht aber zwischen bestimmten Planetenkonstellationen und der Unpopularität bestimmter Herrscher. Es mag manchem so scheinen, als handle es sich bei den bisher vorgetragenen Überlegungen um nichts weiter als um wissenschaftstheoretische Spitzfindigkeiten, die keine weitere Bedeutung für die Praxis der historischen Forschung haben. Entgegen dieser Ansicht kann jedoch die Überprüfung vorliegender geschichtswissenschaftlicher Erklärungen anhand der Modelle der Hempelschen Theorie in verschiedener Hinsicht durchaus zu einer selbstkritischeren Haltung der forschenden Historiker beitragen. Dies zunächst insofern, als eine Rekonstruktion geschichtswissenschaftlicher Erklärungen im Rahmen der Hempelschen Theorie den Historiker dazu zwingt, die seinen Erklärungen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten explizit zu machen. Dabei wird sich dann einerseits zeigen, ob die verwendeten Gesetze tatsächlich als empirisch fundiert gelten können oder ob sie nicht vielleicht auf landläufigen Vorurteilen beruhen. Andererseits wird, wenn man die einer Erklärung zugrunde liegenden Gesetze explizit macht, auch deutlich, ob diese Gesetze die gegebene Erklärung auch wirklich decken oder ob sie zur Erklärung des in Frage stehenden Ereignisses aus den angeführten Anfangsbedingungen nicht zu schwach sind. Überhaupt wird das Bewußtsein, bei seinen Erklärungen auf Gesetze angewiesen zu sein, den Historiker vielleicht dazu bewegen, sich mehr als üblich über die Ergebnisse der vergleichsweise theoretischen Nachbarwissenschaften Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie usw. zu unterrichten.

Einen weiteren Vorteil hat die Rekonstruktion gegebener Erklärungen im Rahmen der relativ strengen Modelle der Hempelschen Theorie insofern, als sie den Erklärungen eine größere Transparenz verschafft. Denn die Rekonstruktion erfordert außer der genauen Angabe der für bedeutsam gehaltenen Ursachen eine sehr präzise Beschreibung des Ereignisses, das erklärt werden soll, und läßt auf diese Weise – im Zusammenhang mit der Explizierung der verwendeten Gesetzmäßigkeiten – ganz deutlich werden, in welchem Maße die in der Erklärung angeführten Ursachen tatsächlich zur Erklärung der verschiedenen Eigenschaften des zu erklärenden Ereignisses beitragen.

A. Beckermann

1) The Journal of Philosophy 1942 (39), S. 35–48, wieder abgedruckt in C. G. Hempel „Aspects of Scientific Explanation“, New York/London 1965. Dieser Band enthält unter anderem auch die ausführlichste Darstellung der Hempelschen Erklärungstheorie durch Hempel selbst, den Aufsatz „Aspects of Scientific Explanation“.

2) Berlin/Heidelberg/New York 1969.

3) Neuauflage: Tübingen 1966.

4) Popper, a. a. O., S. 31.

5) Vgl. z. B. Popper „Die Logik der Sozialwissenschaften“ in KZfSS 1962 (14) S. 244 f.

6) Siehe bes. W. Dray „Laws and Explanation in History“, Oxford 1957.

7) In P. L. Gardiner „The Nature of Historical Explanation“, Oxford 1952; vgl. dazu Dray a. a. O., S. 25 ff. und 33 ff.



Achten Sie auf Reihe Hanser

Eldridge Cleaver/Lee Lockwood
Gespräche in Algier
Band 58. Ca. 7.80 DM

Hermann Schürer
Europa: Die Toten haben nichts zu lachen
Band 59. Ca. 5.80 DM

Paul Lüth
Ansichten einer künftigen Medizin
Band 60. Ca. 7.80 DM

Wolf Lepenies/Helmut Nolte
Kritik der Anthropologie
Marx und Freud. Gehlen und Habermas.
Über Aggression. Band 61. Ca. 7.80 DM

Witold Wirpsza
Der Mörder
Erzählungen. Band 62. Ca. 5.80 DM

Veraltete Musik
Analyse und Kritik eines Zustandes.
Herausgegeben von Ulrich Dibelius.
Band 63. Ca. 7.80 DM

Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie
Ideologiekritische Untersuchungen.
Herausgegeben von Friedrich Knilli.
Band 64. Ca. 7.80 DM

Alain Labrousse
Die Tupamaros
Stadtguerilla in Uruguay. Band 65. Ca. 9.80 DM

Die Tabus der bundesdeutschen Presse
Aufsätze von L. Gothe, R. Kippe, K. P. Kisker,
H. D. Müller, H. Ostermeyer, H. Schweppenhäuser,
A. Skriver, U. Sonnemann, R. Sülzer,
G. Wallraff. Herausgegeben von Eckart Spoo.
Band 66. Ca. 9.80 DM

Michael Hatry
Aus lauter Liebe
Band 67. Ca. 5.80 DM

Leo Navratil
a + b leuchten im Klee
Psychopathologische Texte. Band 68.
Ca. 7.80 DM

Das Rechtskartell
Reaktion in der Bundesrepublik.
Herausgegeben von Harald Jung und
Eckart Spoo. Band 70. Ca. 7.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom
Carl Hanser Verlag, 8 München 86,
Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen
Sonderprospekt.

AfE.

Integration in den sozialwissenschaftlichen Fachbereich.

Dargestellt am gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Frankfurt

Die Erfahrungen der Auseinandersetzungen über die Integration der Didaktiken in die einzelnen Fachbereiche und speziell die Konzeption des sozialwissenschaftlichen Grundstudiums für Lehrerstudenten bieten – jenseits der lokalen Besonderheiten – ein Exempel für Formen hochschulpolitischer Praxis in einer Phase der Desorganisierung der Studentenbewegung.

Gleichwohl haben sich unter solchen eingeschränkten Bedingungen an der Integrationsfrage politische Fraktionen gebildet. Für die Politik der Ordinarien und von Teilen der Assistentenschaft ist charakteristisch, daß aufgrund des Mangels diskutierbarer Konzeptionen gesellschaftliche Probleme unter den Gesichtspunkten bürgerlicher Standesinteressen wahrgenommen und beurteilt werden. Daraus resultiert, daß Entscheidungen vermieden und so auf die Ebene nur schwer politisierbarer Verwaltungsakte verlagert werden. Der nur mehr geringe Druck einer entmobilisierten Studentenschaft, die zu Zeiten der Studentenbewegung immer auch politische Polarisierungen innerhalb der Professorenschaft aufbrechen ließ, ermöglichte professorale Koalitionsbildungen quer durch die verschiedenen Gruppen (2).

So bestand in Frankfurt in der Frage der Integration der Didaktiken bei der Mehrzahl der unmittelbar betroffenen Professoren (3) Einmütigkeit darüber, sie als personalpolitisches Problem zu behandeln: als Auswertung der Reputation der AfE-Professoren einerseits und als lockere Kooperation auf der Ebene von Forschung und Lehre andererseits. Eine weitergehende Integration der Studiengänge und damit der Studenten in den neu zu bildenden Fachbereichen wurde abgewehrt.

Im Falle der Integration der Lehrerausbildung in Frankfurt bot sich die Neutralisierung von politischen Entscheidungen durch vorgeschobene technische „Sachzwänge“ deswegen an, weil gleichzeitig mit der Einrichtung der neuen Fachbereiche die Zusammenfassung der verstreuten Seminare und Institute in einem neuen Gebäude entstand, so daß man Diskussionen über die künftige Fachbereichsorganisation an Raumplanungsfragen scheitern lassen konnte.

Das wird deutlich etwa an folgender zirkelhafter Argumentation: die Diskussion um die Raumebelegung setze voraus, daß die Grundkonzeption des künftigen Fachbereichs bereits entwickelt worden wäre. Da dies nicht geschehen sei, blieben wegen des Terminzwangs bei der Unterbringung der einzelnen Lehrstühle nur „pragmatische“ Entscheidungskriterien übrig; durch die Raumebelegung sei aber die Diskussion über Struktur und Funktion des Fachbereichs so weit präjudiziert, daß sie damit auch schon überflüssig sei.

Die Verbindung der prinzipiellen Ablehnung einer Integration mit derartigen technischen Argumenten geht besonders aus der Bemerkung des Soziologieprofessors Zapf

hervor, die räumliche Zusammenfassung der bisher getrennten soziologischen Seminare mache überdies deutlich, „daß es nicht angeht, Teile der Soziologie für die Lehrerausbildung zu funktionalisieren“ (4).

Einem Planungsprozeß, wie ihn der Senatsausschuß für Struktur und Planung intendierte, der von Gruppen ausgehen sollte, die „nicht Dezierionen mitteilen, sondern wissenschaftstheoretisch ihre Vorschläge begründen“ (5), entzogen sich die Ordinarien der betroffenen Fakultäten schließlich durch folgenden Beschluß:

„Es erscheint sinnvoller, daß Gespräche zwischen den einzelnen Gruppen zur Vorbereitung der Fachbereichsarbeit im Kontext der noch bestehenden Seminare geführt werden, als daß stark fluktuierende ad hoc-Gremien rechtsunwirksame Beschlüsse fassen. Es gilt, die Institutionen des Fachbereichs möglichst schnell zu errichten und die entsprechenden Wahlen durchzuführen. Erst danach lassen sich bindende Beschlüsse fassen. Die Erfahrungen mit den aufwendigen, aber schließlich ergebnislosen und folgenlosen Planungen und Besprechungen in ad-hoc-Gruppen legen uns diesen Vorschlag nahe“ (6).

Reaktion der Studenten

Die einzigen studentischen Gruppen, die auf die Fachbereichs- und Integrationsproblematik überhaupt reagiert haben, waren AStA und Fachschaften. Durch Vollversammlungsbeschlüsse wurde wenigstens Legitimationsdruck auf die Ordinarien ausgeübt, außerdem auch die Bildung einer Assistentengruppe beschleunigt, die für die Integration eintrat und entsprechende Konzepte zu entwickeln begann.

Die Philosophische Fachschaft, die durch die Bildung eines eigenständigen Fachbereiches die Philosophie von den Gesellschaftswissenschaften und von Aufgaben der Lehrerbildung abgetrennt sah, warnte vor einer derartigen Entwicklung durch die die empiristische Beschränkung der Sozialwissenschaften weiter gefördert und die Philosophie zur „obsoleten Kulturbeschäftigung“ zu werden drohe. Die Fachschaftsvollversammlung beschloß, alle „Bestrebungen zur Eingliederung des philosophischen Seminars und der sozialwissenschaftlichen Seminare der AfE in den sozialwissenschaftlichen Fachbereich zu unterstützen, bei Wahrung der Autonomie der Philosophie in einer Betriebseinheit (HUG, § 20/2)“ (7).

Die Fachschaftsvollversammlung der Soziologie (phil.) forderte, unter dem Eindruck einer sich formierenden Reaktion, gleichfalls die „einschränkungslose Eingliederung“ der betreffenden AfE-Seminare und schloß sich im übrigen der Forderung der Philosophischen Fachschaft an. Auf einem Hearing des Senatsausschusses wurde

eine vorbereitete Stellungnahme der Fachschaft vorgetragen, in der festgestellt wurde, daß

„1. empirische Untersuchungen über eine – für die Integration der AfE-Soziologie und -Politologie in den sozialwissenschaftlichen Fachbereich – erforderliche Aufstockung des Stellenbestandes den Konzeptionen, die sich auf dies Argument gerne berufen, nicht zugrundeliegen;

2. daß die Vorstellungen über die an der AfE gelehrte Soziologie, die bleiben soll, was sie nur sein kann, mehr als vage sind, ja daß kaum anderes als Vorurteile gegenüber der AfE reproduziert werden, in der Fixierung eines Lehrerbildes, dessen Kriterien zu entwickeln man sich enthoben glaubt durch die Oevermannsche Fehlformel vom Lehrer als ‚angewandten Sozialwissenschaftler‘;

3. das Erstaunliche, daß für die sich gegen die Integration der AfE aussprechenden Konzeptionen als Alibi herhalten muß: ausgewählte Studentenvertreter seien bei einer Bestätigung vorweg gefallener Entscheidungen anwesend gewesen“ (8).

Tatsächlich erschien den Fachschaftsvertretern und den Studenten im Senatsausschuß die „diskutierende Öffentlichkeit“ deshalb nicht gewährleistet, weil ihnen Informationen und Vordiskussionen vorenthalten worden seien bzw. – so der damalige Prorektor Wiethölter – die gesamtuniversitäre Öffentlichkeit noch nicht hergestellt sei, die begreifen werde, wer sich und aus welchen Gründen der Fachbereichsgliederung entziehen wolle.

Professoren- protest gegen Integration

Immerhin erweiterte sich die Auseinandersetzung zur offenen Konfrontation zwischen zwei Fraktionen, zu deren Sprechern sich Assistenten machten; damit war auch die Diskussion von der verwaltungstechnischen Ebene auf eine inhaltliche Auseinandersetzung über kontroverse Konzeptionen sozialwissenschaftlicher Grundausbildung der Lehrer verlagert worden.

Die deutlicher artikulierten Einwände der Professoren-Fraktion gegen eine Integration lassen sich in drei Punkten zusammenfassen. Es wird geltend gemacht, daß:

- der Sozialkunde-Unterricht die Funktion eines gesellschaftstheoretischen Propädeutikums haben soll und daß es deshalb inkonsequent wäre, die gleiche Funktion der grundwissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer zuzuschreiben;

- der Realisierung der vollständigen Integration eine faktische Gewichtsverlagerung zugunsten der Erziehungswissenschaften und eine Funktionalisierung der Soziologie folgen müsse; theoretisch zentrale Gebiete

(Industriesoziologie, Medizinsoziologie z. B.) müßten zwangsläufig vernachlässigt werden;

– mit der Zerstörung einer autonomen, an der jeweiligen Fachöffentlichkeit orientierten Entwicklung von Soziologie, Politologie und Psychologie die Basis der Grundwissenschaftlichen Ausbildung selbst zerstört würde (9).

Die politischen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen, die hinter diesen prinzipiellen Einwänden stecken, wurden von Habermas-Assistent Ulrich Oevermann in einem Grundsatzpapier entwickelt, das zudem einen Alternativvorschlag der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung einer sozialwissenschaftlichen Lehrerausbildung enthält.

Zunächst fügt Oevermann der sehr problematischen Annahme einer notwendigen autonomen Entfaltung der Soziologie, mit der die institutionelle Abtrennung der Lehrerausbildung gerechtfertigt wird, die weitere hinzu, daß die Soziologie zwei deutlich unterschiedene kritische Funktionen habe, die in der Integrationskonzeption vermengt würden: einerseits „Kritik als Aufklärung durch Diffusion sozialwissenschaftlich-kategorial kontrollierter Deutungsmodelle der Realität“ und „Kritik als Realisierung emanzipatorischer Bildungsprozesse durch die Bereitstellung und Durchsetzung fundierter Strukturmodelle von Bildungsinstitutionen“ (10).

Damit ist das Verhältnis der autonomen Sozialwissenschaft zur praxisorientierten Lehrerausbildung grundsätzlich festgelegt. Die Funktion des Lehrers ist die eines Erfüllungsgehilfen der Sozialisationsforschung, deren „Strukturmodelle“ er „durch-

setzt“, während er zugleich den sozialwissenschaftlichen Interpreten die Daten liefert; die sozialwissenschaftliche Kontrolle der Deutungsmodelle entzieht sich allerdings – aufgrund der Ausbildung – seiner Kompetenz. Die politischen Rahmenbedingungen, unter denen ein solches Verhältnis zwischen autonomen Wissenschaftlern und „angewandten Sozialwissenschaftlern“, den Lehrern, erst wirksam werden könnte, ist die – so Oevermann – anzustrebende „Autonomisierung des gesamten Bildungssystems, die sich unter Bedingungen zentralisierter Bildungsplanung und Verwaltung durchaus vollziehen kann“. Gleichzeitig müsse erreicht werden, „daß die Lehrer gegenüber der Administration eine autonome, kritische Instanz werden“ (11).

Funktion des Lehrers für die Sozial- wissenschaften

Die vorgeschlagenen Themen des sozialwissenschaftlichen Curriculums für Lehrerstudenten sind präzise auf die so bestimmten beruflichen und politischen Qualifikationen der künftigen Lehrer zugeschnitten. Sie lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen. Die künftigen Lehrer müssen zunächst, um der Sozialwissenschaft die notwendigen Daten liefern zu können,

- erziehungswissenschaftliche Forschungstechniken anwenden können,
- Intelligenz- und Leistungstests durchführen können,

Sie finden bei uns
Literatur
folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre
Betriebswirtschaftslehre
Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräfstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683

– selbständig in einem vorgegebenen Rahmen Einzelheiten des Curriculums entwickeln können.

Die Beherrschung der Instrumente soll genügen, Einsicht in die Grundlagen der Meßtheorie etwa dagegen entbehrlich sein. Einsicht in ökonomische und soziale Zusammenhänge sind nach diesem Modell soweit relevant, als sie dem Lehrer gestatten, den Einzugsbereich der Schule sich selber und den Schülern sozio-ökonomisch und sozio-kulturell durchsichtig machen zu können. Politische Kenntnisse sollen soweit angeeignet werden, als sie organisations- und entscheidungstheoretische Analysen der Schulzentren und der übergeordneten Schulverwaltung ermöglichen. Schließlich soll der Lehrer in die Lage versetzt werden, durch Erwerbung einer Reihe individual- und sozialpsychologischer Grundkenntnisse die Unterrichtssituation sozialpsychologisch zu durchschauen, psychische Fehlentwicklungen bei Schülern zu erkennen und Lernmotivationen der Schüler zu entwickeln.

Aus diesen Voraussetzungen ist die organisatorische Struktur einer „sozialwissenschaftlichen Lehrerbildung“ leicht auszumachen: Da die Grundlagen der Theorie der Erziehung im autonomen sozialwissenschaftlichen Fachbereich entwickelt werden, reduziert sich selbständige Forschung auf dem Gebiet der Lehrerbildung auf Projekte, die die Forschungspraxis eines sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichs hinsichtlich der dort vorhandenen Kompetenz als auch der dort anzusetzenden Forschungsprioritäten sprengen würde; sie reduziert sich auf

– Projekte, die begleitend die Schulversuche der lokalen Bildungszentren erforschen und

– Projekte, die in Form eines Experimentalprogramms die Curriculumentwicklung betreffen.

**Schnellkurse
in Maschinenschreiben
(10-Finger-System, blind)
2¹/₂ Wochen
und Stenografie
garantiert
nach der weltbekannten
Methode**

**Schon über
2000 Schüler
in Frankfurt.**

**Sight + Sound
Eschersheimer Landstr. 5 - 7
Telefon 55 04 25/26**

Damit war der eingangs bezeichnete Versuch der Professoren der sozialwissenschaftlichen Seminare der Fakultäten, eine „Funktionalisierung“ der Soziologie abzuwehren, und die Integration auf Kontakte der professoralen Ebene zu begrenzen, diesmal auf dem Wege eines Reformkonzepts der Lehrerbildung (das den Empfehlungen des Bildungsrates entspricht), abgesichert worden.

Kritik der Oevermann Konzeption

Die Oevermannsche Konzeption geht von einer Reihe hinterfragbarer Annahmen aus. Diese fragwürdigen Annahmen wurden von den Befürwortern einer Integration zurückgewiesen; so etwa die Vorstellung einer autonomen, an der Fachöffentlichkeit orientierten Entfaltung der Soziologie, die angesichts ihrer direkten und indirekten Abhängigkeit von gesellschaftlichen Interessen absurd geworden ist; weiterhin das politische Konzept des künftigen Arbeitsbereiches der Lehrer, in dem Vorstellungen über eine Art Freiraum für politisches Handeln eine offenbar problemlose Verbindung mit dem Prozeß der technokratischen Zentralisierung eingehen. Wenn man davon ausgehen kann, daß weder die wissenschaftstheoretischen noch die politischen Anwendungsbedingungen dieses Curriculummodells reflektiert werden, muß angenommen werden, daß die in diesem Modell intendierten Reformen tatsächlich überflüssig sind, und sich reduzieren lassen auf technokratische Empfehlungen.

Technokratische Motive diagnostizierte auch die „Integrationsfraktion“. Ihr kam es primär darauf an, „den Stellenwert von Reformen“ zu erkennen, in deren Rahmen Elemente und Bruchstücke progressiver Bildungskonzeptionen formal realisiert werden können. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gelehrt, daß das Prinzip „technokratischer“ Reformen, darin besteht, „überkommene und für die Kapitalverwertung dysfunktional gewordene Strukturen im Ausbildungsapparat zu zerschlagen und durch leistungsfähigere zu ersetzen. Dabei werden formale Organisationsmuster realisiert, die einmal Bestandteil progressiver Programme waren, die aber im neuen Funktionszusammenhang dazu bestimmt sind, Effizienzsteigerung mit der Blockierung kritischer Reflexionen und daraus möglicherweise hervorgehender gesellschaftlicher Veränderungen zu verbinden... Technokratische Funktionalisierung von Sozialwissenschaften soll die künftigen Lehrer befähigen, schulische Konflikte, die sich aus der ökonomisch bedingten Differenzierung von Ausbildungsgängen, verschärftem Leistungsdruck, technokratischen Selektionskriterien

und sozialen Spannungen ergeben, mit entsprechenden Techniken zu handhaben und abzufangen. Daneben könnte es sich als notwendig erweisen, die mit politisierten Schülergruppen konfrontierten Lehrer mit adäquatem Argumentationsmaterial und Befriedigungstechniken zu versehen. Eine spezifische sozialtechnische Ausbildung und Einübung ideologischer Legitimierungsmuster kann daher erwartet werden“ (12). Für die volle Integration der Didaktiken spreche die vorberufliche Kooperationsmöglichkeit vermöge einer von allen Lehrern gemeinsam betriebenen Soziologie und Politik, die nicht auf angebliche „schulische Erfordernisse“ reduziert werden kann. Ferner sei die Forderung nach der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Studienabschlüssen plausibel zu machen, die sich durch die Möglichkeit der zunehmenden Klärung der Studienmotivation während des Studiums legitimierte (Baukastenstudium). Es müsse der Soziologie darauf ankommen, gerade durch ihre „Funktionalisierung“ ein Maß von Kritikfähigkeit zu institutionalisieren, um eine die bewußtlose Regulierung von Lehrerangebot und -nachfrage betreibende Bildungspolitik abzublocken.

Christian Strohbach*

*) Das Manuskript stellt eine Gemeinschaftsarbeit dar. Verantwortlich zeichnet stud. phil. Christian Strohbach, Fachschaftssprecher der Fachschaft Soziologie (phil) während des WS 69/70 und des SS 1970 und ASIA-Referent für Struktur und Planung seit Mai 1970.

1) Als Kennzeichen der Frankfurter Situation sollten genannt werden: 1. die besonders die AFE betreffende Raumnot (die Seminare sind über das Frankfurter Stadtgebiet verstreut), der ein 1973 bezugsfertiges Hochhaus abhelfen sollte; 2. die Entstehungsgeschichte der AFE als selbständiger „Hochschule für Erziehung“ und die damit verbundenen Statusprobleme vieler Hochschullehrer; 3. die vom ehemaligen Rektor Rüegg hinterlassenen „Planungsschwünge“ und ca. 30 entscheidungsgewohnten oder verblichene Senatsausschüsse; 4. die Inkompetenz des sich hochschulpolitisch engagierenden Direktors des Soziologischen Seminars (phil), Prof. Dr. med. Horst Baier, dessen Berufung von der Fachschaft schon bald als verhängnisvoller Fehlgang erkannt worden ist.

2) So kam es im Senatsausschuß zu zeitweiligen Koalitionen von Radikaldemokraten und Technokraten, von Linksliberalen und Reaktionären.

3) Als Ausnahme müssen erwähnt werden der Ratsvorsitzende der AFE, Prof. Roth, der Soziologe Vogel und andere AFE-Professoren.

4) Prof. Dr. Zapf, Mitteilung an Professoren, Assistenten und Fachschaften des zukünftigen Fachbereichs Soziologie und Politik, Ffm., 3. 11. 1970.

5) Protokoll des Akademischen Senats der Universität Frankfurt am Main, Sitzung vom 22. 6. 1970.

6) Prof. Dr. Zapf, a. a. O.

7) Schreiben der Fachschaft Philosophie an den Senatsausschuß für Struktur und Planungsfragen vom 2. 7. 1970 mit dem Text der Resolution der FVV Philosophie vom 19. 6. 1970.

8) Stellungnahme der Fachschaft Soziologie (phil) auf der vom Ausschuß für Struktur und Planung veranstalteten öffentlichen Anhörung zur Fachbereichsgliederung am 23. 6. 1970 (Tonbandmitschnitt). Punkt 3 bezieht sich auf eine von Habermas geleitete Sitzung einverständlicher Integrationsgegner, zu der ein Fachschaftsvertreter zufällig gestoßen war. Diesem wurde später vorgehalten, einen Konsens hinterläßt zu erschüttern, wiewohl er doch Gelegenheit gehabt habe, seine Argumente vorzutragen.

9) Protokollnotiz der „Diskussion über die Fachbereichsgliederung“ vom 2. 7. 1970.

10) Tischvorlage von U. Oevermann zur Sitzung des Akademischen Senats vom 6. 7. 1970 zum Tagesordnungspunkt Fachbereichsgliederung, S. 3.

11) A. a. O., S. 7 und 8.

12) Joachim Hirsch, Thesen zu Lehrerbildung und Fachbereichsgliederung, maschinenschriftliche Vervielfältigung, ohne Datum (verfaßt vor dem 23. 6. 1970).

Bundesarbeitsgericht



Aus Kassel kaum Neues

Prof. Dr. Gerhard Müller trat 1969 vor frische Kursanten der Akademie der Arbeit zu Frankfurt und raunte mundartlich gefärbt: „Der (gewerkschaftlich organisierte) Streik ist ein reinigendes Gewitter.“ Dabei vergaß er nicht, zur Absicherung ein paar Flüche auf die sogenannten „wilden“ Streiks dreinzuschicken. Dieses Gepolter sollte vermutlich Koketterie mit seiner Juristenprovinzialität anzeigen, gleichwohl aber den versammelten knorrigen Gewerkschaftshauptamtlichen knorrige Aufgeschlossenheit signalisieren.

Müller ist seit 1963 Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zu Kassel. Sein Vorgänger im Amt (1954–63) war Hans Carl Nipperdey, der den Glanz seiner juristischen Karriere sowohl in der Weimarer Zeit als auch im Dritten Reich polieren durfte. Sprüche à la Müller hätte er nie geklopft. Nipperdey, ein Spezialist für kollektives Arbeitsrecht und vor allem Arbeitskampsrecht, fühlte sich sein Leben lang der faschistisch unterspülten sozialkonservativen Idee des totalen und ewigen Wirtschaftsfriedens verpflichtet. Diese Idee hatte sich in der Aufbauphase der Bundesrepublik keineswegs überlebt. Nipperdey war kein Fossil. Der Einfluß der boomgesegneten Industrie, das Klima der CDU-Herrschaft, der Antikommunismus des Kalten Krieges ließen ihn ungestört mit seinem Gericht als Werkzeug eine streikfeindliche Rechtsprechung exekutieren, die davon ausging, daß zunächst jeder Streik als Eingriff in unternehmerische Rechte am Betrieb rechtswidrig sei. Nur sozialadäquate Streiks wollte man ausnahmsweise segnen. Sie sollten unpolitisch tarifvertragliche Regelungen zum Ziel haben, von einer Gewerkschaft getragen, „fair“, „letztes Mittel“ sein und was der restriktiven Dinge mehr sind. Mit diesen Ausnahmen wurden die Gewerkschaften begrenzt konfliktfähig akzeptiert – als Ventil für aufbegehrende Mitglieder, gleichzeitig aber auf einen engen Aktionsradius festgenagelt. Mittlerweile treiben Gewerkschaftsspitzen bewußte Kooperation mit Unternehmern und Staat; ihre begrenzten Konfliktstrategien haben zuvörderst den Zweck, die Kooperationswürdigkeit zu sichern. Anders als in den 50iger Jahren ist nun nicht mehr ihr Verhältnis zum Tarifgegner und zur Rechtsordnung prekär sondern die Beziehung zu den eigenen Mitgliedern, deren Anspruchsniveau gestiegen ist. In dieser Situation beschert der Weltgeist der Harmonie unserem Land Herrn Müller, der alsbald verspricht, als Präsident des BAG „wilde“ Streiks zu bekämpfen (was er in etlichen Urteilen auch tut) und zugleich die Gewerkschaften etwas „liberaler“ zu behandeln (siehe oben – sein bönmot zum Streik), vermutlich um sie damit mobiler und damit als Ordnungsfaktor für viele Mitglieder attraktiver zu machen. An diesem nur vage geäußerten Anspruch muß

eine Grundsatzentscheidung des Großen Senats des BAG (Vorsitzender Müller) vom April dieses Jahres, die aus der Tagespresse bereits hinlänglich bekannt sein dürfte, gemessen werden. Hier stand eine rechtsvereinheitlichende Antwort des Großen Senats auf ein Votum des untergeordneten 1. Senats an, in dem es heißt: „Durch die lösende Aussperrung werden die Arbeitnehmer meist härter betroffen als die Arbeitgeber durch den Streik. Diese behalten die Sachwerte des Unternehmens... und das Betriebskapital. Dagegen wird dem Arbeitnehmer... der Arbeitsplatz genommen... meist seine einzige Existenzgrundlage.“

Die daraus hergeleitete Forderung, die Aussperrung nach Weimarer Muster lediglich mit (für die Arbeitsverhältnisse) suspendierender Wirkung auszustatten – beantwortete der Große Senat mit einem: „Ätsch, angeschmiert.“ Eine völlige Abkehr von der Grundsatzentscheidung des streikfeindlichen Großen Senats von 1955 (Vorsitzender Nipperdey), die durch die „lösende“ Wirkung die Aussperrung gegenüber dem Streik stärkte, schien ihm nicht opportun. Auch bisher war es üblich, die große Mehrheit der Arbeitnehmer nach einer Aussperrung quasi automatisch wieder einzustellen, zumal die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Arbeitskämpfe in aller Regel nicht völlig „verlieren“. Für die durch Nichtwiedereinstellung zu maßregelnden „Rädelsführer“ berief man sich auf den 55iger Spruch. Diese Praxis wird nun kodifiziert: Das Wiedereinstellen heißt nun Weiterbeschäftigen. Lösende Wirkung – also Entlassung – wird es „nach dem Gebot der Verhältnismäßigkeit“ in besonderen Fällen weiterhin geben. Das „Gebot der Verhältnismäßigkeit“ soll allerdings der Überprüfung durch die Arbeitsgerichtsbarkeit nach „billigem“ Ermessen anvertraut werden. In dieser zusätzlichen Kontrolle unternehmerischen Verhaltens liegt die einzige Verbeugung des Großen Senats gegenüber den Gewerkschaften.

Doch haben die Gewerkschaften mit ihrem Vertrauen in die Gerichte (gerade was kollektivrechtliche Streitigkeiten angeht) bislang wenig gute Erfahrungen gemacht. Fraglich ist, ob es sich lohnt, Hoffnungen darin zu setzen, daß sich die Rekrutierung der künftigen Arbeitsrichter ändert und konservative Beamten- und Juristenfamilien nicht mehr überproportional viele Richter zeugen oder daß eine „linke“ Studentenzeit das Ihre tun wird. Es gibt strukturelle Schwächen rechtsförmiger Regelung. Kollektive Streitigkeiten vor Gericht entscheiden zu lassen, heißt, sie in Einzelfälle zerlegen, sie entpolitisieren und personalisieren. Denn die Gerichte – Agenturen der Herrschaftsvollstreckung durch Ausklammerung expliziter Interessenszusammenhänge – können nicht offen Partei nehmen. Gerhard Müller hat von der Heilsamkeit

des Konflikts bloß geredet, vielleicht weil Richter sich – anders als Industriemanager – schwer vorstellen können, wie man Konflikte zur Fortschreibung des Status quo regelt. Der Große Senat des BAG hat den Arbeitsgerichten trickreich neue Kompetenzen verschafft: Das ist eine Strategie gegen die Angst vorm Überflüssigwerden der Gerichtsbarkeit. Überflüssig zu werden muß sie auch weiterhin befürchten, wenn die Arbeitnehmer bisweilen durch massenhafte, spontane Streiks (wie 1969) zeigen, daß sie nicht Fußvolk sondern Auftraggeber der Gewerkschaften sind. Die einzelnen Arbeiter oder die einzelne am Verbandsvermögen hängende Gewerkschaft, die man zu Schuldigen machen könnte, gibt es dann nicht mehr.

Lutz Unterseher

Sonderangebot Kollegbedarf

500 Blatt SM-Papier A 4 70 g h'frei	5,75
100 Blatt SM-Papier A 4 70 g h'frei	1,50
Ringbuch-Einlagen A 4 80 g h'frei	1,40
Ringbuch-Einlagen A 5 70 g h'frei	–,90
Karteikarten A 6 liniert, unliniert, kariert	1,90
Sichthüllen, 10 Stück	3,–
Füllhalter und Kugelschreiber in großer Auswahl	

Luise Pollinger

Frankfurt am Main
Bockenheimer
Landstraße 131 + 133

Konjunktur und Klassenkonflikt in der BRD

Das in den 60er Jahren einsetzende Schrumpfen der westdeutschen „industriellen Reservearmee“ (Karl Marx) stärkte den Gewerkschaften das Rückgrat. 1963 fand ein außerordentlicher Kongreß des DGB statt; man ersetzte das DGB-Grundsatzprogramm von 1949 durch ein neues. Die dem Programm zugrundeliegende Situationsanalyse entsprach etwa der von Prof. Otto Stammer (Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1961):

„Die zweifellos festzustellende Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmerschaft hat nicht zu einer adäquaten Steigerung der gesellschaftlich-politischen Macht dieser sozialen Klasse geführt. Noch immer liegt der Machtkern im Gesamtsektor der Wirtschaft auf der großkapitalistischen Seite. Die Konzentration der industriellen und in letzter Zeit auch der merkantilen Wirtschaft bringt das deutlich zum Ausdruck. Im politischen Herrschaftsgefüge tritt dieses Ungleichgewicht gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht und entsprechender politischer Einflüsse zutage.“

Die Gewerkschaften zogen 1963 folgende Konsequenzen und bestätigten sie auf dem ordentlichen DGB-Kongreß im Mai 1966: Ausbau der Gemeinwirtschaft, Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Ausweitung der Mitbestimmung, Rahmenplanung einschließlich Investitionslenkung, volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und Nationalbudget.

Politische Macht und Rezession 1966

Die Oberschichten sahen die Gewerkschaftsziele als Kampfansage an und ihre gesellschaftlichen Machtpositionen in Gefahr und reagierten: Der damalige Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Siegfried Balke, erklärte, daß nach seinen Beobachtungen „die Bereitschaft, hier endlich einmal solidarisch zu handeln, gewiß stärker als auf dem Lohngebiet“ sei.

Die Unternehmer sahen sich nämlich in die Klemme geraten: 1. die ihrer Ansicht nach „ungeheure Macht der Gewerkschaften“, gegenüber der „die Koalition der Arbeitgeber... praktisch bedeutungslos“ sei; 2. die mehr und mehr unvermeidbar werdenden Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und Qualifizierung der Arbeitskraft im weitesten Sinne; 3. mußte die Finanzierung und Realisierung dieser „inneren Reformen“ – das wurde im Herbst 1966 beim Streit um die für die nächsten Jahre voraussehbaren Defizite der öffentlichen Haushalte klar – einen weiter ständig zunehmenden Einfluß des Staates zu Lasten der Machtstellung der „privaten Wirtschaft“ mit sich bringen.

Der Ausweg war klar:

Die Macht der Gewerkschaften war zu brechen 1. durch Arbeitslosigkeit, d. h. durch die Zerschlagung der Konjunktur mittels einer rücksichtslos durchgehaltenen restriktiven Geld- und Kreditpolitik; mittels der Drohung, die Tarifautonomie aufzuheben; 3. mittels des Angebots an die Gewerkschaften, bei einer „konzertierten Aktion“ mitzuwirken, zu deren Zielen die Begrenzung des Lohnspielraums durch Produktivitätssteigerungen – und damit die Zementierung der skandalösen Einkommensverteilung – ebenso gehörte wie die Verwirklichung der wirklich nicht zu umgehenden (d. h. vor allem system-stabilisierenden) „inneren Reformen“ auf Kosten des privaten Verbrauchs, d. h. auf Kosten der Arbeitnehmer.

Als Mittel bot sich die Kreditpolitik an. Die Bundesbank, damals noch unter Karl Blessing, war als „Herr der Kreditpolitik“ damit zum Sprecher der Oberschichten geworden. Ihre Werte und Normen waren die herrschenden; entsprechend handelte sie. Der Preisanstieg von 4 vH diente ihr als Rechtfertigung. Produktionsverluste und Arbeitslosigkeit erschienen als akzeptabler Preis für Macht im Staate. „Offensichtlich“ ging es darum, „den Gewerkschaften die Zähne zu zeigen“ konstatierte der – einseitiger Interessenvertretung völlig unverdächtige – Prof. Wilhelm Krelle (IK v. 3. 12. 66). Die Kur gelang. Die Rezession von 1966/67 legte rd. eine Million Arbeitsplätze still und kostete rd. 30 Milliarden DM Produktionsverluste. Die Gewerkschaften waren vorübergehend aus dem Feld geschlagen.

Inzwischen sind die Zeiten wieder andere geworden. Die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften haben neues Selbstbewußtsein gewonnen und sie reagieren allergischer und bewußter und rationaler auf als „ungerecht“ empfundene Situationen. Die Septemberstreiks von 1969 waren ein deutliches Signal.

Die gesellschaftlichen Probleme aber sind die gleichen geblieben, sie sind außerdem stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Mehr als bisher sitzen die Unternehmer in der Klemme: Vor sich haben sie eine Arbeiterschaft, die bereit zu sein scheint, Erkenntnisse in Aktionen zu transformieren. Hinter ihnen steht die Auslandskonkurrenz und zwingt zu Konzentrationen und Investitionen. Außerdem drängen das immer unelastischer werdende Arbeitsangebot und sinkende Produktivitätsraten ebenfalls zu verstärkter Investition und schließlich beginnt eine sozial-liberale Regierung, die bisher auf Eis liegenden inneren und äußeren Reformen endlich in Angriff zu nehmen. Das unter der Federführung Schillers zustande gekommene Stabilitätsgesetz, das den gewerkschaftlichen Vorstellungen nach Wirtschaftsplanung z. T. entgegenkommt, erleichtert der Regierung ihr Vorhaben, nachdem es bereits 1967 in

der Hand Schillers die Rezession überwinden half.

Das alles erhöht die Sorgen der Unternehmer um Gewinn und Macht: Denn einmal kostet die Befriedigung der erhabenen Ansprüche Geld, das die Unternehmer gern in den eigenen Taschen sehen möchten. Zum andern kostet es Produktionsfaktoren, die die Unternehmer gern zur eigenen Vermögensmehrung eingesetzt hätten. Denn es ist ein Faktum:

Wer die Investitionsquote kontrolliert, legt damit das Ausmaß des Angebots an Konsumgütern des individuellen (Kleidung, Schuhe usw.) und kollektiven (Schulen, Kranken-, Alters-, Kinderheime, Straßen, Müllverbrennungsanlagen usw.) Bedarfs der Periode und nächsten Zukunft fest. Wer die Qualität und Struktur der Produktionsmittel bestimmt, determiniert damit gleichzeitig im großen Umfang die Qualität und Struktur des Konsumgüterangebots und des Angebots an sozialer Wohlfahrt. Wer in unserer Gesellschaft über beides – über Volumen und qualitative Struktur der Investitionen – entscheidet, legt auch Preisniveau und reale Einkommen- und Vermögensverteilung in Bezug auf individuelle und kollektive Güter fest.

Strategie der Gewerkschaften

Die Entscheidungszentren aber sind vorläufig noch überwiegend in den Händen einiger weniger Unternehmerfamilien – 1,7 Prozent der privaten Haushalte besitzen 70 Prozent des privaten Betriebs- und Kapitalvermögens – Familien, die sich mehr am Profit und der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen Macht orientieren als an den Kriterien der sozialen Wohlfahrt. Hier einen Wandel zu schaffen, gelingt nicht mit noch so fein ausgetüftelten Plänen zur Konjunkturpolitik, Lohnpolitik oder gar Vermögensbildung. Strategisches Hauptproblem in unserer Gesellschaft bleibt die Verteilung der Entscheidungs- und Verfügungsmacht über Volumen und Struktur der Investitionen nach demokratischen Prinzipien, bleibt also die Demokratisierung der Wirtschaft. Sie erfaßt sämtliche Ebenen, schließt also die paritätische Mitbestimmung auf den Unternehmensebenen ebenso ein wie die im März 1971 veröffentlichte Forderung des DGB nach Wirtschafts- und Sozialräten auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene. Teil der gewerkschaftlichen Demokratisierungsstrategie sind die seit 1969 für den Zeitraum von jeweils 5 Jahren erstellten DGB-Projektionen. Mit diesen eigenen und alljährlich zu revidierenden Projektion durchbrachen die Gewerkschaften das Informationsmonopol der Regierung. Denn bis dahin hatte nur diese bei den Sitzungen der Konzertierten Aktion ein volkswirtschaftliches Gesamtrechnungs-Tableau vorgelegt

und damit die Grenzen der Diskussion vorausbestimmt. Jetzt wies die DGB-Projektion nach, daß auch andere – die ständige Benachteiligung der Arbeitnehmer vermeidende – Möglichkeiten der Entwicklung von Produktion und Verteilung möglich sind. Im Herbst 1970 enthielt die DGB-Projektion die Schätzungen für die Jahre 1971 bis 1975. Die Unternehmer sahen sich nun endlich gezwungen, ebenfalls Farbe zu bekennen: Ende 1970 veröffentlichte der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft eine Projektion für die Jahre 1971 bis 1975.

Wachstum vor Preisstabilität

In diese Überlegungen hinein platzt nun das Ende des fünften konjunkturellen Nachkriegszyklus. Merkmal der Situation ist ein hoher, aber sinkender Auslastungsgrad der technischen Produktionskapazitäten und der Arbeitskraftreserven. Die konjunkturelle Situation ist äußerst labil. Nachdem bereits zu Beginn dieses Konjunkturzyklus die amtlichen wirtschaftspolitischen Instanzen die Verstetigung des Wachstums und die Drosselung des Preisauftriebs durch das Bremsen des Investitions- und Gewinnbooms versäumt hatten, drohen jetzt für 1971 neue Versäumnisse. Immer noch halten Regierung und Bundesbank an ihrer globalen Restriktionspolitik fest, obwohl die Konjunkturindikatoren längst ein expansives Gegensteuern geraten erscheinen lassen. Dieser Restriktionspolitik liegt eine völlig verfehlt Perspektiv zugrunde (zur Kritik an der Bundesbankpolitik vgl. die vorzügliche Arbeit von Reinhard Pohl: Geldtheoretische Analysen der Deutschen Bundesbank als Elemente einer Strategie der Überredung. Berlin 1971). Insbesondere die Bundesbank orientiert sich am Preisindex des privaten Verbrauchs (Monatsbericht 11/1970, S. 5 f). Aber das war bereits im Aufschwung falsch, weil die Investitionsgüterversteuerung erst viel später auf die Lebenshaltungskosten durchschlug. Außerdem stiegen ja die Investitionsgüterpreise bedeutend stärker als die der Verbrauchsgüter, bedingt durch die Kostenüberwälzungspraxis und das Bemühen, die Realisierung des Nachholbedarfs der Arbeitnehmer zu verhindern.

An diesen Preistendenzen läßt sich durch globale Nachfragedämpfung auf kurze Sicht also nichts ändern; konjunkturell gefährdet sie überdies die Auslastung der im Investitionsboom aufgebauten Investitions- und Verbrauchsgüterkapazitäten und mittelfristig den weiteren Kapazitätsausbau, also das Wachstum und dessen Voraussetzung, die Verbesserung der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen. Schwerwiegende Folge sinkender Absatzchancen wäre das Auftreten von Arbeitslosigkeit, aus der dann erneut verteilungs-

verzerrende staatliche Investitionsanreize resultieren müßten, um die Labilität unseres Gesellschaftssystems durch Massenarbeitslosigkeit nicht zu vergrößern. Der damit verbundene neue Investitionsboom würde wieder die Absicht der mittel- und langfristigen Wachstumsverstetigung durchkreuzen (vgl. Gottfried Bombach: Trend, Zyklus und Entwicklung des Preisniveaus. Weltwirtschaftsarchiv 1970).

Wachstum durch Sozialinvestitionen

Vor dem Hintergrund dieser Fakten erscheint der Hinweis insbesondere des Bundeswirtschaftsministers auf die Verantwortung der Tarifparteien für die Lösung der anstehenden Probleme – mit Betonung der Notwendigkeit lohnpolitischer „Bescheidenheit“ der Gewerkschaften – als fehlendes Vertrauen zur Macht, die die Regierung in Händen hält, oder als Ahnung von der eigenen Machtlosigkeit gegenüber der geschlossenen Front der Unternehmer. Handeln aber tut not angesichts der im Gang befindlichen Überanpassung nach unten. Das Angebot zeigt die gleichen Schwächetendenzen wie die Nachfrage. Seit dem 2. Quartal 1970 geht die Zunahme der industriellen Nettoproduktion zurück. Vor allem infolge dieser Produktionsdrosselung sinkt die Produktivität. Parallel hierzu sinkt die Zahl der offenen Stellen und steigt die Zahl der Arbeitslosen. Im November 1970 bereits vermindert die Industrie erstmals die Zahl der Beschäftigten; sie „reagiert damit nun sichtbar auf den Wandel im konjunkturellen Klima der Gesamtwirtschaft“ (DIW-Wochenbericht 8/1971).

Eindeutig setzt sich der Nachfragemangel als Bestimmungsgrund der Konjunktur durch. Vor allem bei den Investitionsgütern sind Vernachlässigung der Kapazitätsausweitung und Wachstumsverluste zu erwarten. Das gilt insbesondere für die staatlichen Infrastrukturinvestitionen: Mit Recht hat der Sachverständigenrat das „Nachhinken der öffentlichen Investitionen“ kritisiert. Er verlangt, daß zu ihren Gunsten die „private Übernachfrage“ zurückzudrängen sei. Antizyklische Investitionen des Staates nur in der Rezession als Lückenbüßer für fehlende private Investitionen schaffen einen „zurückgestauten Investitionsbedarf“, der „aus wachstumspolitischen Gründen nicht unbedenklich“ sei. Die Regierung sollte daher ihr Programm der Sozialinvestitionen ab sofort konsequent durchsetzen, einschließlich der Steuerreform: denn allein z. B. durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes von heute 53 vH auf 60 vH könnten 52 Kliniken vom Typ der (privaten) Wiesbadener Mayoklinik (Bau- und Einrichtungskosten 40 Mio DM) gebaut werden.

Der akuten Gefahr der Überanpassung nach unten wird durch die bisherige Auflockerung der Restriktionen nicht begegnet. Weder die Zulassung der degressiven Abschreibungen ab 1. 2. 71 noch die weitere Senkung des Investitionssteuersatzes ab 1. 1. 71 noch die Erklärung der Regierung, auf Steuererhöhung in 1971 zu verzichten und die geplanten öffentlichen Ausgaben voll zu tätigen, werden die Investitionsneigung ausreichend positiv beeinflussen. Die Zinslockerung blieb auf halbem Weg stehen; die hohen Mindestreservesätze engen die Liquidität vor allem der Klein- und Mittelindustrie ein. Die abwartende Haltung der Investoren wird dadurch nur verstärkt. Der Zustrom kurzfristiger Auslandsgelder hielt wegen des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland an. Die Währungsreserven übertreffen mit fast 60 Mrd. DM die des Leitwährungslandes USA, dessen Zahlungsbilanzdefizite vor allem die BRD finanziert. Auch das spricht für weitere monetäre Lockerung.

Bundesbank auf Rezessionskurs

Wieder – wie 1966/67 – nutzt die Bundesbank ihre Autonomie in fragwürdiger Weise für eine rücksichtslos durchgehaltene Restriktionspolitik, während gleichzeitig von interessierten Kreisen eine „Überprüfung“ der Tarifautonomie verlangt wird. Erneut versucht man, die Konzertierte Aktion vom Informationsgremium zum Disziplinierungsinstrument gegenüber den Gewerkschaften zu deformieren. Abermals kursieren Solidaritätsaufrufe im Unternehmerlager in denen von „Gefahren“ für die Gesamtwirtschaft gesprochen und die eigene Machtposition gemeint wird. Und Mitglieder des Sachverständigenrates unterstützen in eindeutig technokratischer Verkennung der gesellschaftspolitischen Folgen den Ruf nach – noch nicht einmal sachlich einwandfrei zu begründender – „Preis- und Kostenniveuneutralität“ der Lohnpolitik. Behält die Bundesbank aber ihren Restriktionskurs bei, rechnet das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) mit einem realen Wachstum für 1971 von 2 vH. Das würde einen Produktionsverlust von ca. 16 Mrd. DM bedeuten. Kaum anders sehen das DIW in Berlin und das IfO-Institut in München die Lage. Beide Institute befürchten Arbeitslosigkeit und „daß nicht einmal die Untergrenze des in den Orientierungsdaten der Bundesregierung vom Oktober 1970 angestrebten gesamtwirtschaftlichen realen Wachstums von 3 bis 4 vH erreicht wird“ (IfO-Schnelldienst 4/1971 vom 25. 1., S. 3).

Das Rheinisch-Westfälische Institut (RWI) in Essen dagegen hält weiter an der Preisstabilität als angeblich immer noch wichtigstem Ziel fest und empfiehlt zu seiner Verwirklichung, auch Rezession und Ar-

beitslosigkeit in Kauf zu nehmen. In weder sachlich noch politisch zu verantwortender Weise rät das RWI, die Verantwortung für Vollbeschäftigung den Tarifparteien zu überlassen.

Unternehmerstrategie:

Die Unternehmer sind der gleichen Meinung wie RWI und Bundesbank; auch sie halten expansive Maßnahmen für „verfrüht“. Angesichts weitersteigender Preise – obwohl alle ökonomischen Gründe dagegensprechen –, liegt die Frage politischer Motivation nahe; zumal der mittels Preissteigerungen ausgetragene Konflikt um die Einkommensverteilung ja nur eine der Formen des altbekannten Klassenkampfes um die Herrschaft in der Gesellschaft ist (Dahrendorf 1965, Giersch 1970). Will man mittels einer Preiswelle die Stabilisierungspolitik der sozialliberalen Regierung boykottieren? Verspricht man sich von der konservativen Opposition eher die Erfüllung der Interessen? Man erinnert sich an den einseitig die Exportindustrie begünstigenden Widerstand der CDU/CSU gegen die Aufwertung. Soll jetzt wieder die Macht der Gewerkschaften gebrochen werden? Es wäre das gleiche Konzept, nach dem 1966/67 beabsichtigt gewesen ist, „den Gewerkschaften die Zähne zu zeigen“ (Wilhelm Krelle).

Solch ein Konzept würde aus dem bestehenden Macht-Ungleichgewicht resultieren, das der Sachverständigenrat so beschreibt: „Die strategische Position der Investoren und Kapitalanleger, die ihre Renditeerwartungen durchsetzen wollen, ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit freiem internationalem Kapitalverkehr zu stark“ (Ziff. 236). Demgegenüber ist der Verteilungskampf der Arbeitnehmer „nicht nur Abbild des Marktgeschehens, sondern auch Ausdruck der Auflehnung gegen die empfundene Ungerechtigkeit, an der sich so wenig ändert“ (Ziff. 238). Eine neue Rezession würde dieses Machtungleichgewicht – wie 1966/67 – erneut zuungunsten der Arbeitnehmer verschieben.

Ziele sozialer Wirtschaftspolitik

Aus genau diesen Gründen fordern die Gewerkschaften von Regierung und Bundesbank u. a. die schnellstmögliche Lockerung der Restriktionen, den Stopp und die sofortige Rückzahlung des Konjunkturzuschlags und die Einleitung expansiver Maßnahmen. Denn im Konzept der Gewerkschaften haben die Ziele: Freiheitsmehrung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit höchsten Rang. Im Bereich der Wirtschaftspolitik ergeben sich aus diesen gesellschaftspolitischen Forderungen als ober-

ste sozialökonomische Ziele erstens die Demokratisierung der Wirtschaft als Ausdruck der Freiheitsmehrung für alle Produzenten, zweitens das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Verwirklichung der großen Gemeinschaftsaufgaben und für weitere Einkommensmehrung, drittens den Produktivitätszuwachs und den Preisauftrieb übersteigende Lohnerhöhungen bis zur Verwirklichung der Einkommensverteilungs-gerechtigkeit und viertens die Vollbeschäftigung als Garantie sozialer Sicherheit und autonomer Selbstverwirklichung. Preisstabilität, außerwirtschaftliches Gleichgewicht usw. sind demgegenüber nur technische Vorbedingungen zur Realisierung der obersten Ziele und mit diesen durchaus vereinbar (1).

Die bisherigen Vorschläge der Gewerkschaften zeigen, wie man diesen Zielen auch 1971 näher kommen kann. Allerdings denken sie realistisch genug, um wie der Sachverständigenrat zu vermuten: „Weniger wahrscheinlich erscheint uns, daß die Unternehmer bereit sein werden, die hierfür erforderlichen Investitionen vorzunehmen, wenn es zu der Einkommensentwicklung kommt, die der DGB projiziert... Entscheidend ist letztlich die Gewinnerwartung“ (Ziff. 243). Aus dieser durch Erfahrung erhärteten Feststellung und dem vorhandenen Machtübergewicht der Unternehmer aber bleibt dann nur noch zu folgern, daß die Gewerkschaften völlig falsch beraten wären, wenn sie den immer wieder gezielt verbreiteten Aufforderungen zu „verantwortungsvoller Zurückhaltung“ bei der Durchsetzung ihrer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Strategien folgen würden. Was den Gewerkschaften als „Richtwerte“ zumeist empfohlen wird, ist das Interesse derjenigen, die die Macht haben. „Verantwortlich“ heißt hier handeln in bezug auf die finanziellen und sozialen Kosten der Unternehmer, nicht in bezug auf die finanziellen und sozialen Kosten der Lohnabhängigen. Also werden die Gewerkschaften weiterhin – wie bisher – in eigener Regie abwägen und entscheiden, was für sie Verantwortlichkeit bedeutet und welche sozialen und finanziellen Lasten und Kosten sie sich selbst und den anderen gesellschaftlichen Gruppen auferlegen können und dürfen.

Preispolitik

Die Fakten erfordern die Aufgabe des Restriktionskurses von Regierung und Bundesbank, und zwar sofort. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin warnt: „Abwarten kann teuer zu stehen kommen“. Dieser Warnung entsprechen – vorläufig und auf kurze, konjunkturelle Sicht – der Abbau der Investitionssteuer ab 1. 1. 71 und das Wiederzulassen der degressiven Abschreibungen ab 1. 2. 71. Doch warum die Begleitmusik im Jahreswirtschaftsbericht der Regierung, die Sorge gelte zunehmend der Investitionsbereitschaft der Unternehmer? Als wenn wir uns auf Gedeih und Verderb immer wieder dem Profitstreben privater Kapitalisten unter-

werfen müßten. Das Grundgesetz gestattet noch andere Wirtschaftsordnungen als den Kapitalismus; für den Hunde- und Katzenfutter rentabler sind als sauberes Wasser. Und dessen – angeblich für optimale Bedürfnisbefriedigung sorgende – „Marktgesetze“ schon Karl Marx verspottete: „Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham.“

Die staatlichen Vergünstigungen für private Investoren laufen also schon wieder an. „Akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten!“ (Karl Marx), so lautet wie eh und je die Parole. Die „sozial-symmetrische“ Förderung der Arbeitnehmereinkommen jedoch bleibt aus: Der Bericht suggeriert der Öffentlichkeit Lohnleitlinien in der Form von Obergrenzen für Lohnerhöhungen. Von der Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages ist nicht die Rede. Die „vorzeitige Rückzahlung des Konjunkturzuschlags ist nicht vorgesehen“.

Dagegen spricht: Erstens war der Konjunkturzuschlag von vornherein ein Unfug. Mit ihm soll Kaufkraft abgeschöpft werden, die angeblich die Preise steigen läßt.

Tatsache ist, daß in 1970 die Verbrauchsgüterpreise nur halb so stark wie die Investitionsgüterpreise stiegen. Man hätte also eher die Kaufkraft der Investoren bremsen müssen, nicht die der Verbraucher. Zumal längerfristig die degressiven und anderen Sonderabschreibungsmöglichkeiten zugunsten der Unternehmer unbedingt abgebaut werden sollten.

Gesicherte Erkenntnis ist zweitens gemäß der relativen Einkommenshypothese („ratchet effect“) von J. Duesenberry (1948) und der Dauereinkommenshypothese von M. Friedman, F. Modigliani und R. E. Brumberg (1954/57), daß solche Kaufkraftdrosselung wirkungslos bleibt, da die Verbraucher sich – von ihrer sozialen Schicht abhängig – am langfristig erwarteten, nicht am vorübergehend aktuellen Einkommen orientieren. Für die Zukunft aber rechnete man 1970 mit weiter steigenden Einkommen, also dämpfte man den Konsum nicht.

Drittens hat die Verbrauchsgüterindustrie den Kapazitätsauslastungsgrad der Investitionsgüterindustrie nur im Jahre 1969 erreicht und „ist noch im abgelaufenen Jahr der Verbrauch der privaten Haushalte zum wichtigsten wachstumsstabilisierenden Faktor geworden“ (DIW). Lohndrosselungen in 1970 waren und sind daher auch konjunkturell fehl am Platz. Das gilt erst recht für 1971.

Die Argumente sprechen also dafür, den Steuerzuschlag sofort zurückzuzahlen. Doch Schiller will nicht. Warum? Einmal will er sicher nicht die Überflüssigkeit des Konjunkturzuschlags zugeben. Es wäre das Eingeständnis, das Zwecklose getan und das Zweckmäßige – vor allem allerdings dank der CDU/CSU – versäumt zu haben: Nämlich das Bremsen der Gewinnexplosion und des Investitionsbooms in 1968/69. Zum anderen hat Schiller sein Ansehen als „Mann der Politik und der Wissenschaft“ zwar publikumswirksam, doch etwas kurzfristig an

Marxismus

Dokumente zur
theoretischen Begründung
revolutionärer Politik

Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion
der zwanziger und dreißiger Jahre

und Politik

makol Verlag Band 1, 512 Seiten, 18 Mark

marxismus archiv

der Preisstabilität aufgehängt. Sie ist aber ohne energische Einschränkung der Unternehmerautonomie nicht zu verwirklichen.

Mit der Überbetonung der Preisstabilität setzt Schiller also kaum auf das richtige Pferd. Dennoch scheint ihm manches Mittel recht. Auch das der einseitigen Profitförderung, aber hoffentlich nicht (wie manchen Wissenschaftlern, Unternehmern und leider auch immer noch der Bundesbank) das Mittel der Arbeitslosigkeit. Was er übersieht, ist die Tatsache, daß Profite keine Voraussetzung, sondern nur eine – allein für die spätere finanzielle Konsolidierung notwendige – Nebenbedingung des privatkapitalistischen Investitionsprozesses sind.

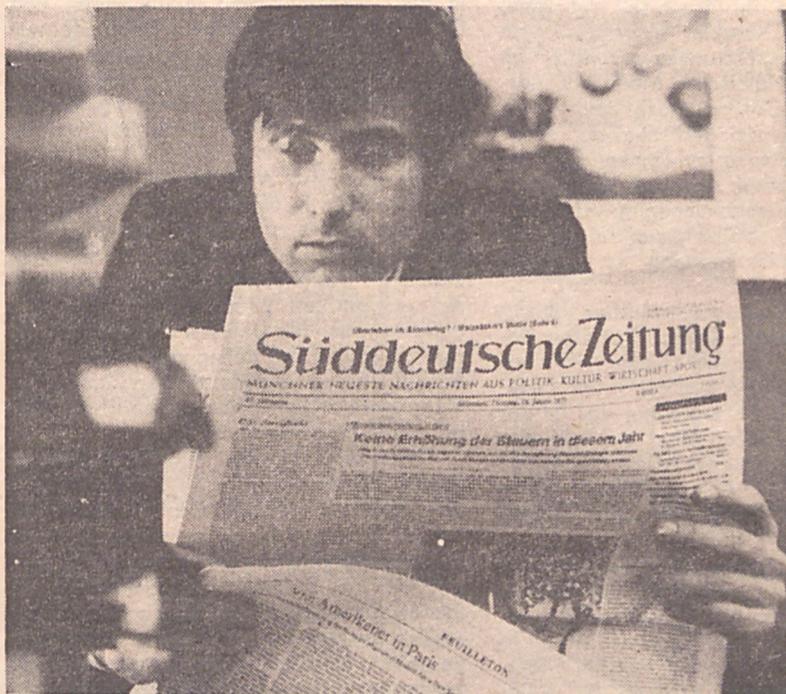
Als Bestimmungsfaktor der Investitionen ist viel entscheidender das Streben der Unternehmer nach Leistung und Beherrschung der Umwelt, nach Erhaltung und Ausweitung der – Einfluß garantierenden – Unternehmen (David McClelland: Die Leistungsgesellschaft, Stuttgart 1966). Unter den institutionellen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft tritt der Profit nur besonders in den Vordergrund, bedingt durch finanzielle – Aktivitäten steuernde, nicht verursachende – Sanktionsmechanismen.

Allgemeiner gesprochen: Um Macht also geht es in diesem Kampf der Klassen, d. h. um die „Chance, innerhalb eines sozialen Beziehungssystems den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Max Weber). Eng verbunden aber mit der Möglichkeit der Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung ist die Leistungsbegehrtheit: Je größer die Chance zur Eigenverantwortlichkeit, um so höher die Leistung – ein Effekt, der noch verstärkt wird, wenn außerdem das Solidaritätsgefühl des einzelnen zur Geltung kommen kann (M. Clelland, S. 89 f.). Und Profite sind wie Löhne die Indikatoren und Meßwerte des Leistungs- und Machterfolgs. Während Streiks und Investitionen – und Arbeitslosigkeit in den Händen der Unternehmer – so etwas wie Instrumente zur Herstellung dieses Erfolgs sind. „Nur der grobianische Menschenverstand verändert den Klassenunterschied in den „Längenunterschied des Geldbeutels“, polemisierte bereits Karl Marx mit dem Blick auf Herrscher und Beherrschte, auf Kapitalisten und Arbeiter, auf Ausbeuter und Ausgebeutete (MEW, Bd. 4, S. 349). Und Max Weber ergänzte: „Das Streben nach Herrschaft steckt den Arbeitgebern im Blute, sie kommen über den Herrenkittel nicht hinweg, sie wollen nicht bloß die Macht, die gewaltige faktische Verantwortung und Macht, die in der Leitung jedes Großbetriebes liegt, alleine – nein, es muß auch äußerlich die Unterwerfung des anderen dokumentiert werden.“

Diesem unternehmerischen Herrschaftskonzept aber widerspricht der Drang der Lohnabhängigen nach Selbstverwirklichung und Freiheit. Ihr Streben nach der Beseitigung jeder Herrschaft von Menschen und Sachen über Menschen macht nur Halt vor sachlich begründeter Autorität, die von den

V.I.P.

VERY IMPORTANT PAPER



Studenten-Abo
6,- DM per Post
4,40 DM für Abholer

Abholstellen:

Schreibwaren
Karl Fr. W. Mosterts
Frankfurt
Robert-Mayr-Straße 17
Buchhandlung Th. Hector
Frankfurt
Gräfstraße 77
Buchhandlung Karl Stiel
Frankfurt
Jordanstraße 11

Betroffenen jederzeit widerrufen und neu eingesetzt werden kann: „Mit solchen elementaren Bewegungen ist nicht zu rechnen... Gerade das erkennen wir aus den Bestrebungen der Arbeiter, daß die ‚Messer- und Gabelfrage‘ von sekundärer Bedeutung ist. In erster Linie verlangt er für sich, selbst seines Glückes – oder Unglückes – Schmied zu sein“ (Max Weber). Und eben dies Wissen und Wollen ist es, unter dem sich in diesen Tagen in der Bundesrepublik die Tatsache anzubahnen scheint, daß gegebenenfalls der Streik für Vollbeschäftigung und Demokratisierung der Wirtschaft zur weit häufiger praktizierten Selbstverständlichkeit wird als der „gewöhnliche“ Lohnstreik.

Dies also ist der Hintergrund der Auseinandersetzung um lohn- und konjunkturpolitische Tagesfragen. Solche Tagesfragen zu verabsolutieren heißt, die Realität in verzerrter Perspektive zu sehen: ein Fehlverhalten, das tagtäglich bei Wissenschaftlern und Politikern zu beobachten ist, wenn

es um Gewerkschaften geht. Dabei liegt doch heute mehr denn je auf der Hand, was der engagierte schwedische Ökonom und UN-Politiker Gunnar Myrdal schon vor rd. 40 Jahren über eine der wichtigsten Triebfedern der Dynamik unserer modernen Gesellschaft der bürgerlich-kapitalistischen Welt ins Stammbuch schrieb (1932/1963):

„Man versteht das Pathos der Arbeiterbewegung schlecht, wenn man glaubt, daß sie hauptsächlich für ihre Reallöhne kämpft... Selbst wenn die Arbeiter Grund hätten zu glauben, daß ein Rückgang der Produktionseffektivität und der Arbeitslöhne resultieren würde, so würden sie trotzdem mehr Macht und Mitbestimmung an der Regulierung der Produktion fordern. Letztlich geht es ihnen um mehr als um Geld, es geht ihnen um ihre Arbeitsfreude, ihr Selbstgefühl oder, wenn man so will, um ihren Wert als Menschen“.

Horst Hinz*

* Sachbearbeiter beim Vorstand der IG METALL, Abt. Wirtschaft.

marxismus bibliothek

»Die Texte der Marxismusbibliothek sind ein wesentlicher Beitrag zum Theorienverständnis innerhalb der Neuen Linken.«

Otto Bauer
Das Weltbild des Kapitalismus
mab 1, 64 Seiten, 4 Mark

A. Deborin
Lenin – der kämpfende Materialist
mab 2, 64 Seiten, 4 Mark

N. Bucharin
Proletarische Revolution und Kultur
mab 3, 64 Seiten, 4 Mark

A. Lismatschanski
Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse
mab 4, 48 Seiten, 4 Mark

Leo Kofler
Die Wissenschaft von der Gesellschaft
mab 5, ca. 180 Seiten, 8 Mark

A. Braumthal Entwicklungstendenzen
der kapitalistischen Gesellschaft
mab 6, 64 Seiten, 4 Mark

Frank Böckelmann Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit
mab 7, ca. 150 Seiten, 6 Mark

A. Bogdanow
Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse
mab 8, 64 Seiten, 4 Mark

Informationen von 6 Ffm, Sebanthalerstraße 49

makol Verlag

Forschung und Lehre an unseren Universitäten finden nicht im gesellschaftlich leeren Raum statt. Vor allem im Bereich der Sozialwissenschaften heißen Wertfreiheit und Zweckneutralität – Prädikate, die von den sog. „kritischen Rationalisten“ als Wesensmerkmale von Wissenschaft postuliert werden – immer Verschleierung des Charakters wissenschaftlicher Tätigkeit als Mittel zur Perpetuierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten des Spätkapitalismus.

Ökonomie ist ahistorisch seit Anbeginn, sie nahm den Charakter einer zusätzlich apolitischen Quasi-Naturwissenschaft an im Zeichen der neoklassischen Modellschreineri und schickte sich an, nach dem Motto „wir sind alle Keynesianer“ zwar den empirischen Bezug wiederzugewinnen, aber im eigenen theoretischen Anspruch vollends zu einer den Systemzusammenhang nicht mehr infragestellenden Lenkungstechnologie im Dienste der Systemerhaltung zu verkümmern.

Sowohl den gesellschaftlichen Bezug ökonomischer Theorie explizit in deren Gegenstandsbereich einzubeziehen, als auch beide – Theorie und Realität – als historisch gewachsene zu begreifen, das ist der Anspruch, dem sich seit Marx die Politische (im Gegensatz zur bürgerlichen) Ökonomie verpflichtet weiß und der sich auch hinter dem Programm „Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft“ verbirgt.

Von einem derartigen Wissenschaftsbegriff ausgehend, mit dem Verständnis, für die Belange der Klasse zu arbeiten, deren „Existenzweise den objektiven Möglichkeiten der Gesellschaft am meisten widerspricht“ (Hofmann), arbeiten an der WiSo-Fakultät seit längerem studentische Schulungs- und Diskussionsgruppen, mehr oder weniger losgelöst vom übrigen Studienbetrieb und daher für die breite Mehrzahl der Studenten ohne jede Relevanz.

Dem abzuhelfen, die Gewichte kritischer ökonomischer Ansätze zu erhöhen, konstituierte sich im letzten Semester eine Arbeitsgruppe der SOHOG-WiSo mit dem Ziel, für alle Ökonomiestudenten dieses Wissenschaftsprogramm zum verbindlichen Inhalt des Studiums zu machen. Hauptantrittspunkt unserer Arbeit war und ist eine Neubestimmung von Lehrinhalten und

Lehrformen vor allem im ersten grundlegenden Abschnitt des Ökonomiestudiums, war und ist vor allem die „Sozialwissenschaftliche Eingangsstufe“.

Arbeit in den Entscheidungsgremien der Fakultät – konkret in der Studienreformkommission – und die Erreichung der oben bestimmten Ziele, schien sogar recht erfolgversprechend, vor allem deshalb weil sich auch in den Reihen der bürgerlichen Ökonomie bei den „fortschrittlichen“ Kräften die Einsicht durchgesetzt hat, daß das in den herkömmlichen Einführungs- und Grundlagenveranstaltungen Gebotene weder unter Effizienzgesichtspunkten noch auch aus der Sicht des wissenschaftstheoretischen Anspruchs des Positivismus guten Gewissens als brauchbar akzeptiert werden kann.

Es gab also Aussicht, im Bündnis mit den Liberalen in Sachen Studienreform gegen jene Kräfte zu arbeiten, die unverhohlen die Interessen der Industrie vertreten, indem sie das Ziel des optimal verwertbaren angepaßten ökonomischen Praktikers aufbauen, den die Universität zu „produzieren“ habe und die daher von all dem, was Sozialisten wie Liberale mit der „Sozialwiss. Eingangsstufe“ anstreben, möglichst weniger als nichts zulassen wollen.

Was verbirgt sich hinter dem Konzept „Sozialwissenschaftliche Eingangsstufe“, bzw. genauer gefragt, was verstehen die beiden Gruppen die es verfechten darunter und wie wollen sie es realisieren?

Als die Studienreformkommission im letzten Semester diese Frage diskutierte, schien es zunächst nur Gemeinsamkeiten zu geben. Man dachte an ein gemeinsames zweisemestriges Einführungsstudium für Studenten der Fachrichtungen Ökonomie, Soziologie, Politik und Jura, das folgendes leisten sollte:

- a) die Gemeinsamkeiten des Gegenstandsbereiches der Teilwissenschaften zu demonstrieren und deren aller gesellschaftliche Relevanz aufzuzeigen.
- b) eine Einführung in die wissenschaftstheoretischen Grundlagen von Sozialwissenschaft zu geben.
- c) dem Studenten ein Problembewußtsein zu vermitteln, mit dem er jede als gesichert ausgegebene Erkenntnis zu relativieren, in ihren Prämissen zu begreifen und zu kritisieren in der Lage ist.
- d) eine inhaltliche Motivation zur weiteren Arbeit in der Universität zu erzeugen.

Dieser von uns formulierte Zielkatalog wurde akzeptiert, man einigte sich darauf, die Propädeutika (Buchhaltung, Statistik, Mathematik) aus der Eingangsstufe fortzulassen, ging schon an die Verteilung der Stundenzahl, das Konzept schien reif.

Doch schon wetzte die Reaktion das Messer. Mit dem Konzept unvereinbare „Minimalforderungen“ der Betriebswirte wurden aufgebaut, unverhohlene Drohungen in Hochschullehrerversammlungen stifteten weitere Unsicherheit. Kleinkarierte Fachegoismen der Soziologen (in Gestalt ihrer „Repräsentanten“) und ein Verschanzen hinter dem großen Rücken der Reaktionen auf Seiten der „liberalen“ Juristen veranlaßten diese zum Rückzieher. Und das zu einem Zeitpunkt, wo lediglich ein paar Vokabeln über Inhalte kursierten, das Konzept aber (siehe oben) aus kaum mehr als groben Willenserklärungen bestand.

Es gelang, zunächst die Einwände aufzufangen, den Fortgang der Arbeit sicherzustellen, allerdings unter Aufgabe des Zielles einer gemeinsamen Eingangsstufe der drei bzw. vier Disziplinen. Doch bald zeigte sich – als nämlich von der sog. das erste etwas konkretere Papier vorgelegt wurde, daß es auch ohne Mitwirkung anderer „Fächer“ Kontroversen weiterhin genug gab.

Modell des Grundstudiums

Das Papier stellt einen Versuch dar, in teilweiser Anlehnung an das Wiethölter-Konzept der juristischen Grundausbildung, ausgehend von der Frage nach den individuellen Motivationen zum Studium der Ökonomie, festgemacht am vorwissenschaftlichen Verständnis von Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft die Wechselwirkungen zwischen diesen Feldern menschlichen Handelns bewußt zu machen und somit den Grundstein für ein kritisches, den Systemzusammenhang beachtendes Wissenschaftsverständnis zu legen.

Es sieht im einzelnen 6 Kurse vor, die wie folgt zu beschreiben sind:

Ökonomie
als Gesellschaftswissenschaft –
Erfahrungen beim Versuch
der Operationalisierung
und Durchsetzung
eines Konzepts zur Reform
des ökonomischen Studiums
an der

WiSo

Kurs I: „Student – Universität – Gesellschaft“

In Form einer ca. vierwöchigen Blockveranstaltung zu Beginn des Studiums (des 1. Semesters) sollte hier die Motivation der Studenten für die Ökonomie erforscht, analysiert und problematisiert werden, die Studenten sollten sich ihrer selbst als soziale Wesen bewußt gemacht werden. Es müßte behandelt werden: (z. B.) Berufspraxis der Absolventen gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge – Emanzipation, kritische Rationalität versus soziale und formale Zwänge – Soziale Konsequenzen ökonomischer Entscheidungen. Lernprozesse und Sozialisation – Einfluß der Erziehung auf soziales Verhalten – universitäre Lehr- und Kommunikationsformen.

Kurs II: Analyse relevanter sozioökonomischer „Daten“ der BRD

In Vorlesung, Übung und Tutorengruppen sollte in diesem Kurs aufbauend auf dem vorwissenschaftlichen ökonomischen Faktenwissen der Schulabgänger anhand zentraler sozioökonomischer Fakten die Gesellschaftsstruktur der BRD untersucht werden. Etwa: Einkommen, Vermögen, Struktur von Eigentum und Verfügungsgewalt an Produktionsmitteln, Markt- und Machtstrukturen, Institutionen und Prozesse gesellschaftlicher Meinungs- und politischer Willensbildung.

Kurs III: Das Verhältnis von Sozialwissenschaft und Produktionsweise in seiner historischen Entwicklung

Dieser Kurs sollte anhand direkten Studiums von Quellentexten sowie dogmengeschichtlicher und „faktengeschichtlicher“ Lehrbücher die Entwicklung sozialwissenschaftlicher Lehrmeinungen, rückgekoppelt mit der Entwicklung der gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten beleuchten.

Kurs IV: Wissenschaftstheoretische Grundfragen der Sozialwissenschaften

In dieser Veranstaltung müßte das wissenschaftstheoretische Selbstverständnis sowie die historischen und aktuellen Kontroversen zu Aufgaben von Ökonomischer Theorie behandelt und diskutiert werden. Etwa: Ziele und Methoden sozialwissenschaftlicher Theorie – gesellschaftliche Relevanz – Werturteilsproblem – Erkenntnisziel und -interesse – Verwertungsproblematik.

Kurs V: Grundelemente hochindustrialisierter Wirtschaftsgesellschaften

Die dem ökonomischen Handeln der Mitglieder unserer Industriegesellschaft zugrundeliegenden Kategorien, einzel- und ge-

samtwirtschaftliche Grundentscheidungen sowie Ziele und Mittel wirtschaftlicher Betätigung des Menschen der Jetztzeit sind der Inhalt dieses Kurses. Behandelt werden sollten: Bedürfnisstruktur und -befriedigung (Entscheidung und Anpassung) – Bewertungskriterien und -prozesse der Güterbereitstellung – technische und gesellschaftliche Dimensionen der Arbeitsteilung – Rationalitätskriterien - Struktur des Entscheidungsprozesses – Gesellschaftliche Voraussetzungen und Implikationen ökonomischer Theorien.

Kurse vom Typ VI: Integrierte exemplarische Projekte und Literaturkurse

Anhand von festfixierten Problemkreisen sollte in Veranstaltungen diesen Typs, die von je einem Kollektiv Dozenten mehrerer Fachrichtungen betreut werden müßten, interdisziplinär gearbeitet werden, wobei die in den anderen Kursen der Eingangsstufe vermittelten Grundkategorien der Ökonomie von den Studenten in der Form des Forschenden Lernens erprobt werden müßten. Themenkreise könnten etwa sein: Wettbewerb in Modell und Realität, Mitbestimmung in Betrieben, Funktion und Struktur des Bildungssystems, Nulltarif. Die Grenzen des Vorankommens auf dieser Stufe ökonomischen Wissens dürften Perspektiven und Motivationen für die Erarbeitung ökonomischen Wissensstoffes und von Methoden in den folgenden Semestern sein.

Kritik am Modell

Einwände gegen dieses Konzept, das in der Tat auch nicht mehr leistet, als die Zielrichtung der Kurse denjenigen verbindlich zu machen, die sie inhaltlich zu gestalten haben, das aber natürlich ein Messen der konkreten Ausgestaltung an diesen Zielen ermöglicht – und hierauf muß sich nach unserer Vorstellung ein Curriculum beschränken – lassen sich auf die folgenden drei Punkte reduzieren:

1. Eine solche Sozialwissenschaftliche Eingangsstufe verlängere das Studium, weil damit alle „relevanten“ Inhalte in spätere Semester verlagert würden.

2. Das Konzept vernachlässige die Tatsache, daß erst derjenige problematisieren könne, der über einen „qualifizierten Wissensfundus“ verfügt.

3. Die Kurse, die sehr stark interdisziplinär angelegt sind, seien personell nicht realisierbar.

Die Einwände vom Typ 1 und 2 tragen deutlich die Zeichen des Lagers, aus dem sie kommen, übersehen aber außerdem vollständig die Erfahrungen des momentanen Studiums. Gerade heute zeigt sich doch sehr

deutlich, daß vor allem das Fehlen eines Curriculums – und dadurch mangelnde Transparenz des Studienganges und fehlende inhaltliche Motivierung zur Rezeption von dargebotenen Stoffen – hauptverantwortlich an den stetigen Verlängerungen der individuellen Studiengänge ist. Die Einwände vernachlässigen bzw. vergessen bewußt, daß, wer erst einmal das „gesicherte Wissen der bürgerlichen Ökonomie“ eingepackt hat, für Fragen der gesellschaftlichen Relevanz und für problematisierende Ansätze kein Ohr mehr hat. Gewiß ist eines, auf dem Wege zum fungiblen Fachidioten wird das Konzept der Sozialwissenschaftlichen Eingangsstufe alle Brücken abbrechen. Es wird sich zeigen müssen, ob Argumente und veränderte Mehrheiten in der Fachbereichskonferenz ausreichen, um hier Lernprozesse zu initiieren. Vor allem gilt diese Frage jenen, die bisher so gern „liberal“ argumentieren: „Ich bin ja einverstanden, mir müssen Sie nichts klarmachen, aber es wird Einwände geben, die da lauten... (siehe 1 und 2).

Einwände vom Typ 3 erscheinen gewichtiger. Hier bleibt nur zu verweisen auf die Möglichkeiten, die die neue Personalstruktur mit sich bringt, bleibt zu appellieren an jene Kräfte des „Mittelbaus“ und der Hochschullehrer, die sich der „demokratischen Fraktion“ des Konvents zurechnen, endlich das Schneckenhaus des „heimlichen Linken“ abzuwerfen und bei der Realisierung des Konzepts mitzuhelfen.

Sozialistische Hochschulpolitik mag einen geringen Stellenwert haben im Klassenkampf, wie ihn die „Anti-Revisionisten“ praktizieren. Arbeit an der Hochschule, unter anderem zum Beispiel an der Realisierung des Konzepts „Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft“ bietet Chancen, ein Studium zu etablieren, das eine Mehrheit von Studenten in die Lage versetzt, die ökonomisch bedingten Herrschaftsstrukturen dieses Systems aufzubrechen und abzubauen.

Wissenschaft – und nicht allein Ökonomie – ist heute kein reines Überbauphänomen mehr, sie steht als systemnotwendige Produktivkraft im gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang und stellt somit ein Instrument dar, auf das im Kampf um Veränderung des Systems nicht verzichtet werden kann.

SOHOG-WiSo

Grundlagen des modernen Konservatismus

1. Einleitung

Es ist heute allgemeiner Brauch der sogenannten progressiven Kräfte geworden, den Begriff des Konservativen zu diffamieren und konservative Politik mit Reaktion und Restauration gleichzusetzen. Sicher läßt es sich nicht verleugnen, daß es auch reaktionär-konservative Minderheiten gibt, die Politik auch im Sinne einer Restauration betreiben wollen, aber progressive und reaktionäre Kräfte in der BRD verkennen, daß der Konservatismus eine ihm eigene Dynamik aufweist, die ihn befähigt, gesellschaftliche Reformen und Richtlinien für die Zukunft zu bestimmen.

Nur ein dynamisch verstandener Konservatismus kann in der entscheidenden Phase der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der von weiten Teilen der Sozialdemokratie in Abkehr vom Godesberger Programm vertretenen Strategie des systemtranszendierenden Reformismus, die sich von traditionell-marxistischen Positionen nur in der Methodenfrage, nicht aber in den grundlegenden Zielsetzungen unterscheidet, nicht nur Leitbild für gesellschaftliche und politische Änderungen geben, sondern auch Maßstäbe und Kriterien für die Trennung zwischen Reformen auf christlich-demokratischer Grundlage und sozialistischer „Reform“-Politik aufstellen.

Diese scharfe Trennung ist nicht nur notwendig, weil sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen von Sozialdemokraten und Sozialisten geförderte Änderungen vollziehen, die geeignet sind, die Grundlagen unseres wirtschaftlichen und politischen Systems zu gefährden, sondern auch, weil einige Gruppierungen innerhalb der CDU Maßstäbe und Kriterien für systemimmanente Reformen nur sehr unsicher oder gar nicht handhaben. Es kann daher in aller Deutlichkeit nur darauf hingewiesen werden, daß man innerhalb der CDU nicht Reform um der Reform willen, Progressivität um der Progressivität willen zu betreiben hat, sondern daß man stets die Konsequenzen einer Reform auf das politische System der BRD und die Übereinstimmung mit Grundlagen und Zielen christlich-demokratischer Politik mitzubedenken hat.

Die kommende Auseinandersetzung mit dem Marxismus und seinem sozial-demokratischen Ableger kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sie auf der Grundlage eines langfristig konzeptionellen Ansatzes konservativer Politik geführt wird.

Ein konzeptioneller Konservatismus muß davon ausgehen, daß in jeder Gesellschaftsordnung ein fundamentaler Widerspruch zwischen Leistungs- und Demokratieprinzip besteht und daß sich jede Gesellschaftsordnung zwischen diesen beiden Polen bewegt.

Nachdem die Forderung nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche die gesellschaftspolitische Diskussion in der BRD bestimmt, ist eine Entscheidung über die



Rangordnung und die wechselseitigen Beziehungen zwischen Leistung und Demokratisierung notwendig.

Die These, daß Demokratisierung nur als Korrektiv des Leistungsprinzips, nicht aber als dominierender Faktor begriffen werden kann, bildet den Ansatzpunkt einer Konservativen Analyse:

2. Leistung als Grundlage gesellschaftlicher Organisation

Eine natürliche Gesellschaftsordnung lebt durch die Selbstverwirklichung ihrer Individuen, denn die Entfaltung individueller Anlagen und die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind ein Grundstreben menschlicher Existenz. Die Stellung des Individuums wird durch einen aktiven Prozeß individueller Verwirklichung geprägt. Dieser aktive, eigendynamische Prozeß beruht auf dem Bestreben des Individuums, seine Stellung in der Gesellschaft zu bestimmen und zu verändern. Unterschiedliche Anlagen und ihre unterschiedliche Auswertung durch Individuen bewirken eine innere, plurale Dynamik der Gesellschaft. Die Realisierung individueller Anlagen erfolgt in einer Zweck-Mittel-Beziehung durch Leistung, wobei Leistung als Oberbegriff die Pluralität der Verwirklichungsinhalte umfaßt. Leistung erfaßt als individuelles Bedürfnis nur einen Bereich der Realität des Menschen, nimmt aber in der Aufschlüsselung der gesamten Natur des Menschen eine zentrale Stellung ein.

Der hier vertretene Leistungsbegriff geht von einem nicht-determinierten menschlichen Willen aus. Die Freiheit des Willens befähigt den Menschen zu selbst-

verantwortlichen Entscheidungen. Die vom Menschen als Bezugssystem abhängige gesellschaftliche Ordnung entwickelt ihre innere Dynamik aus der Pluralität individueller Verwirklichungsinhalte. Diese Pluralität bedingt eine Strukturierung der Gesellschaft, die nicht nur menschliches Zusammenleben reguliert und koordiniert, sondern auch notwendige Abhängigkeiten schafft:

Begreift man die Entwicklung zur technologischen Gesellschaft als Produkt stetiger Erweiterung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnis, dann geht daraus gleichzeitig hervor, daß die Gesamtheit aller wissenschaftlichen und technischen Ergebnisse und Probleme für den einzelnen immer weniger überschaubar wird. Dieser Prozeß beruht aber gerade darauf, daß die unterschiedlichen Anlagen und ihre unterschiedliche Verwertung durch Individuen nicht nur zu der Pluralität, sondern auch zu einer leistungsbedingten Aufteilung der Verwirklichungsinhalte führen. Die technologische Tendenz zur Spezialisierung ist notwendige Folgeerscheinung dieser Entwicklung.

Spezialisierung beinhaltet neben der leistungsbedingten Aufteilung ebenfalls die (aktive) Delegation bestimmter Verwirklichungsbereiche. Der einzelne überträgt demnach durch Delegation Verantwortung an andere und übt selbst Verantwortung für andere aus. Die Entstehung von Abhängigkeiten in der Gesellschaft ist demnach auf die leistungsimmanente Delegation von Verwirklichungsinhalten zurückzuführen. Das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft unterliegt in bezug auf die Verwirklichungsinhalte und Leistungskriterien einer wechselseitigen Beeinflussung. Die Aufteilung von Verwirklichungsinhalten erfolgt nicht nur formal, sondern auch inhaltlich, durch die unterschiedliche Bedeutung und Funktion individueller Leistung in der Gesellschaft. Unterschiedliche Anlagen und ihre unterschiedliche Verwertung bedingen unterschiedliche Qualitäten der Leistung, die sich an der Verantwortung in der und für die Gesellschaft orientieren.

Die Verbindung zwischen Leistung und Verantwortung ergibt eine Grundlage für die These, daß die Bildung dominierender gesellschaftlicher Gruppen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen unvermeidbar ist. Dominierende Gruppen haben im Rahmen ihrer Verantwortung Entscheidungskompetenz.

Leistung bildet in diesem Rahmen die Grundlage für das wirtschaftliche System einer realen Gesellschaftsordnung. Nicht nur Leistung, sondern auch die Möglichkeit individueller Aneignung und die Übertragbarkeit des durch Leistung Erworbenen übernehmen Ordnungsfunktionen. Die Übertragbarkeit von Leistung verfestigt jedoch im Ergebnis die Stellung wirtschaftlich dominierender Gruppen und bildet deshalb ein Kernproblem für die innere Mobilität eines in sich geschlossenen Leistungssystems. Es ist festzuhalten, daß die Übertragung des durch Leistung Erworbenen grundsätz-

lich möglich sein muß; seine Rechtfertigung findet dieser Grundsatz in der Institution der Familie und im Sinn und Ziel der Leistung an sich. Unter Wahrung dieses Grundsatzes müssen ausgleichende Maßnahmen die innere Mobilität der Gesellschaft sichern.

Die politische Ebene der Leistungsgesellschaft wird durch die Delegation und Verantwortung bestimmt. Führt die leistungsbedingte Aufteilung von Verwirklichungsinhalten zu einer Spezialisierung, dann wird auch politische Verantwortung zu einem speziellen Verwirklichungsbereich. Die Spezialisierung von Verwirklichungsinhalten verbindet sich aber mit der leistungsbedingten aktiven und passiven Delegation von Verwirklichungsinhalten. Politik wird demnach durch die aktive Delegation politischer Verantwortung (u. a. durch Wahl) an politische „Spezialisten“ gekennzeichnet.

Ebensowenig wie die Spezialisierung auf eine wissenschaftliche Disziplin die lebendige Verbindung zu anderen Wissenschaften und zu den gesellschaftspolitischen Implikationen aus den Augen verlieren darf, so darf auch die Delegation politischer Verantwortung nicht zu einer totalen Entpolitisierung der delegierenden Individuen führen. Eine effektive Kontrolle ist nur dann sinnvoll, wenn sie allgemeinpolitisch (in bezug auf politische Grundpositionen) bewußt erfolgt. Der Parlamentarismus bietet ein gutes Beispiel für eine nur formal ausgleichende Funktion des Demokratieprinzips: Quantitäten gelten als Entscheidungskriterien über die Qualität dominierender Gruppen. Deshalb ist es notwendig, politisches Bewußtsein in Grundsatzfragen durch effektive Kontakte zur Basis herzustellen.

Da im politischen Bereich die Bildung von dominierenden Gruppen ebenfalls unvermeidbar ist, wird das Erfordernis der Austauschbarkeit allein durch ein Zweiparteiensystem effektiv erreicht. Das politische System der Leistungsgesellschaft wird dann durch politische Kontrolle der Wähler, Konkurrenz der Parteien um Wählerstimmen und die Austauschbarkeit dominierender Gruppen untereinander (Austauschbarkeit bedeutet nicht die Austauschbarkeit politischer Grundsätze der bürgerlichen Parteien, sondern den Wechsel zwischen Regierung und Opposition) und innerhalb der Gruppen selbst bestimmt.

An der notwendig „herrschaftsorientierten“ Strukturierung der Gesellschaft lassen sich die Grundvoraussetzungen für eine leistungsgerechte gesellschaftliche Ordnung verdeutlichen:

Ein vernünftiges und objektives System der Leistung kann nur auf der Grundlage einer (nur relativ herzustellenden) sozialen Startchancengleichheit und auf der möglichst freien, aber gesellschaftskonformen Entfaltung von Individualität (Erziehung) aufbauen.

Der energetische Prozeß der Verwertung individueller Anlagen setzt die Gewährleistung des Wettbewerbs voraus. Die systembedingten Abhängigkeiten in der Gesellschaft, die insbesondere aus der Delegation von Verwirklichungsinhalten hervorgehen, erfordern als Ausgleich eine funktionsgerechte Kontrolle.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird durch das Leistungsprinzip grundlegend bestimmt. Dabei unterliegt die Wertorientierung der Leistungskriterien (sowie Qualität und Inhalt der Leistung) einem steten Wandel. So stellt sich z. B. der Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft als ein Weg zur vernünftigen und objektiven Erfassung (Rationalisierung) der Leistungskriterien dar.

Greift man auf die Ausgangsthese zurück ergibt sich eine Bestätigung folgender Grundsätze:

1. Jede gesellschaftliche Ordnung wird durch die Spannung zwischen Leistungsprinzip und Demokratieprinzip geprägt.

2. Das Leistungsprinzip ist dominierender Faktor; das Demokratieprinzip findet in der „funktionsgerechten Kontrolle“ seine theoretische und praktische Position als Korrektiv und Gegenpol. Daß diese Grundsätze auch für sozialistische Gesellschaftsordnungen gelten, wird heute niemand mehr ernsthaft bestreiten wollen. Auf der Grundlage dieser Qualifikation gesellschaftlicher Verhältnisse ergibt sich die Frage, ob der Konservatismus eine reformistische Dimension aufweisen kann.

3. Konservativer Reformismus

Der konservative Reformismus geht davon aus, daß die erhaltende und Kontinuität sichernde Komponente des Konservatismus durch ein Koordinatensystem repräsentiert wird, dem grundlegende politische Werte und Positionen als feste Bezugspunkte zugeordnet sind. Dabei bilden Leistungs- und Demokratieprinzip als Gegenpole die Grundwerte des Koordinatensystems. Die reformerische Dynamik des Konservatismus beruht grundsätzlich auf der Mobilität innerhalb des Koordinatensystems, d. h. auf der inneren Verbindungsmöglichkeit der Bezugspunkte zu neuen politischen Einheiten.

Das Prinzip der inneren Mobilität kann notwendig nicht auf einem absoluten Entwicklungsgesetz etwa im Sinne des DIAMAT fundieren, verwendet aber unter theoretischen Vorbehalten den Begriff der Dialektik, um Bezüge zwischen politischen Werten und Positionen zu verdeutlichen, aber auch, um Kriterien und Maßstäbe für eine Politik des konservativen Reformismus aufzuzeigen.

Innerhalb des Koordinatensystems bestehen unter den politischen Werten formale und materielle Widersprüche und

Konkurrenzen; Widersprüche entstehen auch dann, wenn politische Wertungen mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr übereinstimmen. Diese Widersprüche wirken systemfortbildend, wenn sie durch partielle Einschränkung legitimiert oder aufgehoben werden.

Da alle Widersprüche generell aufhebbar sind, ergibt sich die durch innere Mobilität bedingte Dynamik des Konservatismus aus einem relativierten Begriff der Dialektik. Damit wird „konservative“ Dialektik durch die Kriterien der partiellen Einschränkung und der Legitimation zum Maßstab für die Beurteilung systemimmanenter Reformen; gleichzeitig bestimmt sie die stufenweise Entwicklung des Koordinatensystems über die neugeschaffenen Bezugspunkte und bewirkt eine kontinuierliche Evolution.

Da die Entwicklung des Konservatismus nicht selbsttätig erfolgt, muß die innere Mobilität durch wissenschaftlich-politische Erkenntnis und ihre praktisch-politische Umsetzung hergestellt werden. Eine Politik des konservativen Reformismus bedeutet dann Herstellung der inneren Mobilität durch reflektierte Impulsgebung.

Die Entwicklung einer konservativen Gesellschaftsordnung wird durch das Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Demokratisierung determiniert. Und zwar bedeutet das theoretisch, daß dieser Grundwiderspruch langfristig nur aufgehoben werden kann, wenn eine Demokratisierung über Leistungslegitimationen angestrebt wird. Im wirtschaftlichen Bereich ist deshalb eine qualifizierte Mitbestimmung im Rahmen eines konservativen Konzepts nur dann legitimierbar, wenn die Demokratisierung der Wirtschaft über Miteigentum und Mitrisiko erfolgt. (Mittelfristig wäre eine 6:4:2-Verteilung im Aufsichtsrat unter Beteiligung der leitenden Angestellten anzustreben.)

Das Leistungsprinzip bestimmt also über seine Legitimationen den Demokratisierungsprozeß – und nicht umgekehrt!

Dietmar Bauer
Mai '71

In Brasilien werden Kinder gefoltert, um Geständnisse ihrer Eltern zu erpressen; in Südafrika werden 47% aller auf der Welt ausgesprochenen Todesurteile vollstreckt; in der Sowjetunion werden Intellektuelle als „Schizo-Oppositionelle“ in Irrenanstalten zwangsweise eingewiesen; in Indonesien werden politische Häftlinge (offiziell 50 000) erschossen, wenn sie nicht ernährt werden können. Amnesty International ist keine Organisation, die zu den zur Genüge vorhandenen moralischen Appellen noch weitere hinzufügt; sie stellt sich vielmehr die Aufgabe, etwas für die Verwirklichung all dieser feierlichen Erklärungen zu tun. Sie beruft sich dabei auf die §§ 5, 9, 18 und 19 der UN-Menschenrechtserklärung, die fast alle Staaten 1948 unterzeichnet haben.

Der englische Anwalt Peter Benenson hatte vor den Gerichten vieler Länder politische Gefangene vertreten. Er erkannte bald, daß er allein nur einigen wenigen Menschen helfen konnte, die wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder einfach nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse verfolgt wurden. 1961 gründete er in London Amnesty International.

Ende 1961 hatte die Organisation in ihrer Aufgabenstellung Gestalt angenommen. Die „Dreiergruppen“ wurden zur fundamentalen Einheit der Organisation. Jede dieser Gruppen setzt sich für die Freilassung dreier Gefangener, und zwar aus einem östlichen, einem westlichen und einem Land der sogenannten Dritten Welt, ein.

Die Gruppen bilden in ihren Ländern nationale Sektionen. Sie werden durch das Amnesty-Sekretariat in London mit Informationen versorgt. Diese Informationen sind nähere Unterlagen („case sheets“) über die Person des Gefangenen, die Beschuldigung, das Urteil, seinen Gesundheitszustand usw. sowie über den Hintergrund und die allgemeine Situation in dem betreffenden Land („background information“). London gibt gewisse Richtlinien für die Arbeit in dem jeweiligen Fall.

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen zwei Arten von Fällen: 1. Adoptionen, 2. Nachforschungen. Die Adoptionen stellen eine volle Betreuung des Gewissensgefangenen dar. In den anderen Fällen werden genauere Informationen über den Gefangenen benötigt, um prüfen zu können,

ob er als Gewissensgefangener betreut werden kann. Als Gewissensgefangener betrachtet Amnesty International solche Personen, die in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt sind, ohne daß sie Gewalt angewendet oder befürwortet haben.

In ihrer Arbeit sind die einzelnen Gruppen vollkommen autonom. Es ist ihre Aufgabe, sich für die Freilassung ihrer Gefangenen einzusetzen und gleichzeitig für die Unterstützung der betroffenen Familien zu sorgen. Das erfordert ein Höchstmaß an Phantasie, Zeit, Arbeit, Geduld und Geld.

Drei Prinzipien der Amnesty-Arbeit

1) Es hat sich als richtig erwiesen, die Vereinigung international auszurichten und politische Gefangene in allen Teilen der Erde und unabhängig von ihren politischen und religiösen Bekenntnissen zu vertreten. Diese Praxis hat auch Kritiker von der Überparteilichkeit der Organisation überzeugt. Zum Beispiel erleichtert der Hinweis auf die Hilfe für verfolgte Priester in einem kommunistischen Staat die Bemühungen um die Freilassung verhafteter Kommunisten in Spanien und Portugal. Amnestygruppen in Irland oder Schweden können mehr für politische Gefangene in der DDR tun als Gruppen in der BRD, die wiederum in Rhodesien oder Südafrika erfolgreicher sind als britische Gruppen.

2) Das Prinzip, die Betreuung nicht einzelnen Personen, sondern Gruppen zu übertragen, hat sich bewährt. Das Zusammenwirken verschiedener Fähigkeiten, Kenntnisse und Verbindungen in einer Amnesty-Gruppe, sowie die gegenseitige Beratung ermöglichen eine erfolgreichere Arbeit, als sie ein einzelner leisten könnte.

3) Amnesty ist keine monolithische, straff geführte Kadergruppierung. Die Menschen, die mitarbeiten, bilden eine offene Projektgruppe. Das Engagement liegt im Vollzug, nicht in der Utopie. Amnesty-Mitarbeiter müssen alles, was sie im Rahmen der Gruppenarbeit tun und erreichen wollen, an der Frage messen, ob es dem Gefangenen nützen oder schaden könnte. Das wichtigste Motiv des Handelns ist die Verwirklichung der Menschenrechte, nicht die Verfolgung weitgehender parteipolitischer Ziele. Dem widerspricht nicht, daß die Gruppen über die Betreuung individueller Gefangener hinaus durch politische Aktionen, durch Protestschreiben und durch Veröffentlichungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die Öffentlichkeit unterrichten und dadurch ein gewisser Druck auf das betreffende Land ausgeübt werden kann.

Das Operationsgebiet

Es hat sich erwiesen, daß Amnesty nur in solchen Staaten tätig werden kann, in denen das Regime sich nicht mehr unbeflüßelt von der Meinung des Auslands fühlen kann. Wo dies nicht der Fall ist, läuft Amnesty Gefahr, durch Hilfsversuche für einzelne deren Los noch zu verschlechtern. Ein Aufweichen des totalitären Systems ist notwendig, anders ist Einfluß von außen nicht möglich. Völlig „abgeschlossen“ sind Albanien, China, Nord-Korea und Nord-Vietnam. Hier ist eine Erweiterung der Arbeit von Amnesty notwendig.

Die Organisation von Amnesty International ist in den Jahren seit 1961 stark angewachsen. Zur Zeit existieren etwa 1000 Gruppen. Der überwiegende Teil arbeitet in Skandinavien und Westeuropa. Allein in der deutschen Sektion sind 330 Gruppen tätig.

Die Mitarbeit ist also noch keineswegs international. Der Grund hierin ist zu suchen in der Schwierigkeit, in Ländern, in denen zahlreiche politische Gefangene leben, Amnestygruppen aufzubauen.

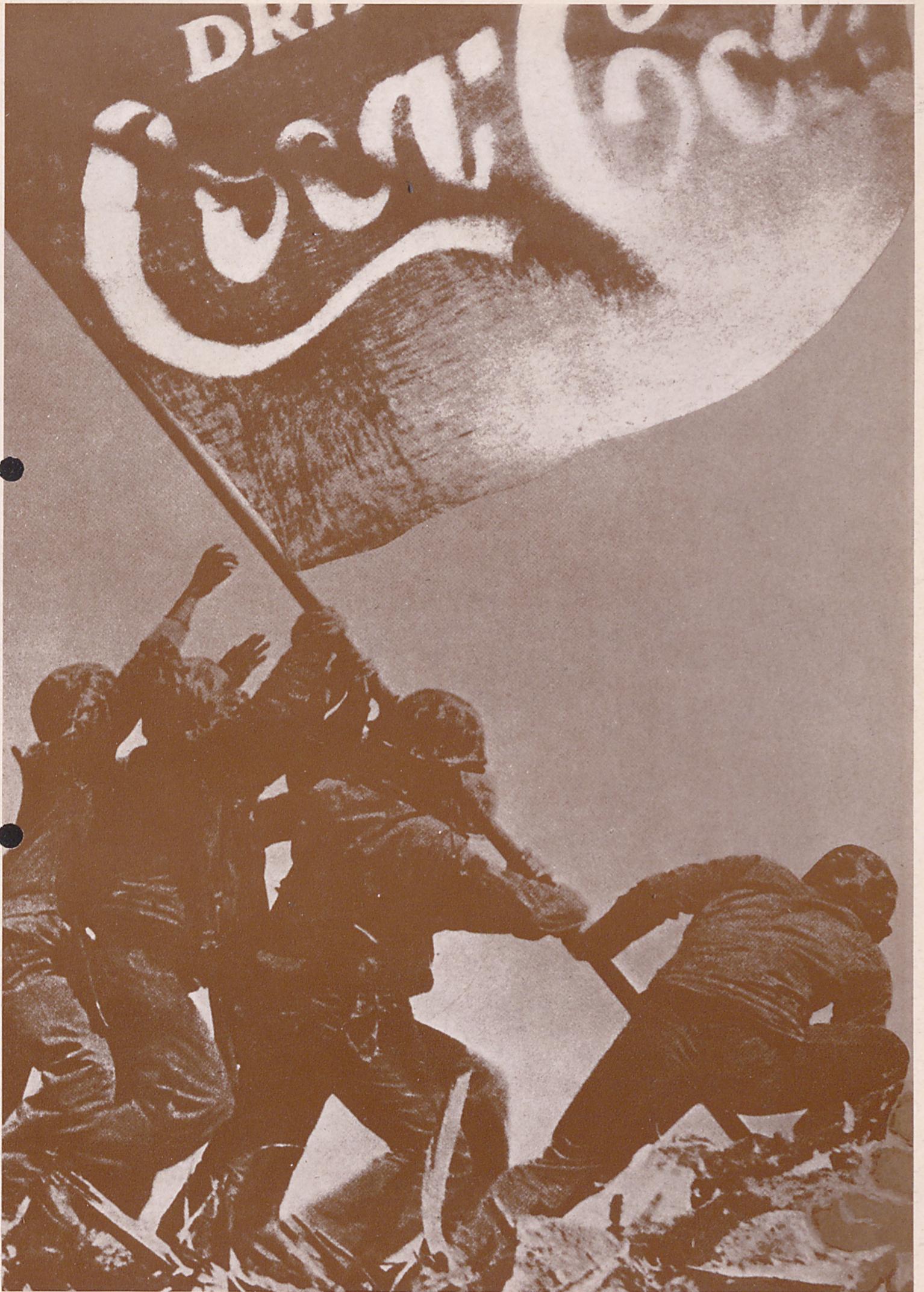
Das Anwachsen von Amnesty hat wichtige Konsequenzen in der Öffentlichkeit: Das Arbeiten der Organisation kann nicht mehr als Getue einer kleinen, nicht ernst zu nehmenden „Sekte“ abgetan werden. Das internationale Gewicht von Amnesty und damit der Druck auf Regierungen, die Forderungen zu berücksichtigen, ist gestiegen. Zum anderen sind die wachsenden Mitgliederzahlen ein Barometer für die Besorgnis der Öffentlichkeit und die Bereitschaft, aktiv gegen die Mißachtung der Menschenrechte zu arbeiten.

Wolfgang Faix
Jürgen Fay
Barbara Thür

Die Frankfurter Amnestygruppen zeigen im Volksbildungsheim anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung vom 27. 5. bis 10. 6. eine Dokumentation über die Arbeit. Am 5. 6. werden sie die Öffentlichkeit durch einen Stand an der Hauptwache informieren.

amnesty international Frankfurt
c/o Birgit Schielin
6 Frankfurt am Main
Darmstädter Landstraße 217

Amnesty International 1961-1971





**„Man kann das Lachen des Publikums,
wie jeder Kritiker weiß,
zum Verstummen bringen,
wenn man zuviel auf der Bühne lacht.
Es gibt einen Routineoptimismus, der im
Zuschauerraum Pessimismus erzeugt.“
Bertolt Brecht**